



**Öl für Deutschland, koste es was es wolle  
Deutsche Banken in der russischen Ölförderung**





Öl für Deutschland, koste es was es wolle  
Deutsche Banken in der russischen Ölförderung

urgewald, Juli 2006

## Inhalt

<b>Kapitel 1</b>	
<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
1.1 Der Preis des Öls	5
1.2 Energiepolitische Kurzsichtigkeit des Petersburger Weltwirtschaftsgipfels	6
1.3 Die Rolle Deutschlands	6
<b>Kapitel 2</b>	
<b>Russlands Öl: Fluch oder Segen?</b>	<b>8</b>
2.1 Putins Schatztruhe: Die russische Ölindustrie	9
2.2 Der Fluch des Öls	14
2.3 Der Fall Yukos	17
<b>Kapitel 3</b>	
<b>Es läuft wie geschmiert: Deutsche Banken und russisches Öl</b>	<b>18</b>
3.1 Ohne Geld kein Öl	19
3.2 Spitzenstellung in einem dreckigen Geschäft: Deutsche Banken im russischen Ölsektor	23
<b>Kapitel 4</b>	
<b>Risiken beim Transport, Katastrophen vor Ort: Fallbeispiele</b>	<b>30</b>
4.1 Umweltschutz in Russland – Top oder Flop?	31
4.2 Ostsibirien-Pazifik Ölpipeline: Präsidentenbasta zugunsten des Baikalsees	34
4.3 Rücksichtslose Ölausbeutung in Westsibirien und der Komi-Republik	35
4.4 Ölbohrung vorm Weltnaturerbe - Lukoil bedroht die Kurische Nehrung	38
4.5 Sachalin II: Gigantismus im fernen russischen Osten	43
4.6 Fazit	45
<b>Kapitel 5</b>	
<b>Forderungen</b>	<b>46</b>
<b>Kapitel 6</b>	
<b>Anhang</b>	<b>54</b>
6.1 Tabellen	55
6.2 Fußnoten	61

# 1. Einleitung

Vom 15. bis 17. Juli 2006 fand in St. Petersburg zum zweiunddreißigsten Mal der Weltwirtschaftsgipfel statt. Die Staatsoberhäupter der G8, die sieben führenden Industrienationen<sup>1</sup> und Russland, kamen zusammen, um unter dem Vorsitz Russlands über die Zukunft der Welt zu beraten. Ganz oben auf der Agenda stand die Versorgungssicherheit mit Energierohstoffen, allen voran Erdöl und Erdgas. Russland möchte sein gewichtiges Wort in diesem Bereich nutzen, um endlich Vollmitglied in dem exklusiven Club zu werden und als „Energie-Empire“ wieder zur einflussreichen Großmacht aufzusteigen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, denn den G7 brennt das Thema Energiesicherheit unter den Nägeln. Sie stehen nämlich etwa beim Erdöl vor dem Dilemma, nur 17 Prozent der weltweiten Ölproduktion auf sich zu vereinen, aber mehr als 50 Prozent des Erdöls zu verbrauchen.

Russland dagegen ist der größte Erdgasexporteur und nach Saudi Arabien der zweitgrößte Erdölexporteur der Welt. Es verfügt über 26,6 Prozent der globalen Erdgasvorräte und 6,2 Prozent der nachgewiesenen globalen Ölvorräte.<sup>2</sup> Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Energiewirtschaft ist Russlands Beitrag zur internationalen Energieversorgung in den letzten Jahren beträchtlich gewachsen. Zwischen 2000 und 2004 hatte Russland den größten Förderzuwachs unter den großen Ölproduzenten der Welt. Dass Russland dieses energiepolitische Ungleichgewicht für politische Zugeständnisse der G7 nutzen will, liegt auf der Hand.

Die einseitige Diskussion um die Versorgungssicherheit blendet die Sicherheit der Menschen, die in den russischen Ölregionen leben, aus. Der Ölabbau führt zu ökologischen und humanitären Katastrophen in den Fördergebieten, bedroht beim Transport die Umwelt und stärkt ein undemokratisches, intransparentes und korruptes System den Rücken.

## 1.1

### Der Preis des Öls

Dass dies stillschweigend in Kauf genommen wird, liegt an der weltwirtschaftlichen Bedeutung des Erdöls, das nach wie vor der wichtigste Energielieferant mit einem Anteil von ca. 40 Prozent am Primärenergieverbrauch ist. 2005 wurden weltweit über 3,8 Milliarden Tonnen Erdöl verbraucht, Tendenz steigend: die Internationale Energie Agentur IEA prognostiziert ein Anwachsen des weltweiten Erdölbedarfs bis zum Jahre 2030 auf nahezu 6 Milliarden Tonnen<sup>3</sup> – ein Horrorszenario für Mensch und Umwelt, vor Ort und global:

- Bei der Förderung und beim Transport des schwarzen Goldes kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und schweren Umweltverschmutzungen.

- Der vermeintliche Segen Ressourcenreichtum entpuppt sich vielerorts als „Fluch des Öls“ und fördert Unterentwicklung - das „Paradox of Plenty“. Treffend schrieb die „Financial Times“ (8.10.2003):<sup>4</sup> „Nach bisheriger Erfahrung kann man einem Entwicklungsland nichts Schlimmeres wünschen, als dass Öl auf seinem Territorium gefunden wird. Ölreichtum hat nichts oder nur wenig dazu beigetragen, den Armen dieser Welt zu einem besseren Leben zu verhelfen. Es verbreitet Korruption unter gierigen Eliten. Die entstehenden Einkünfte werden regelmäßig unterschlagen oder missbraucht. Es schafft Abhängigkeiten und verdrängt andere wirtschaftliche Aktivitäten. Unter seinem Einfluss verlieren Regierungen die Kontrolle über ihre Budgets. (...) Öl hat sich als eine Sucht für die Herrschenden und einen Fluch für die Beherrschten erwiesen.“

- Die Ölverbrennung zur Energiegewinnung und für den Transport verursacht den größten Anteil der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen, jährlich über 10 Milliarden Tonnen, das entspricht etwa 41 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.<sup>5</sup> Damit ist sie eine der Hauptursachen der Klimakatastrophe, die jüngsten Studien zufolge weit dramatischer voran schreitet als bisher prognostiziert.<sup>6</sup>

### 1.2 Energiepolitische Kurzsichtigkeit des Petersburger Weltwirtschaftsgipfels

Eine verantwortliche und vorausschauende Politik der führenden Industrienationen, die zu den größten Energieverbrauchern gehören, müsste deshalb auf eine weltweite Energiewende weg von fossilen (und atomaren) Energiequellen ausgerichtet sein. Die G8 Erklärung zur Energiesicherheit von St. Petersburg geht jedoch von einem massiven Anstieg des Energiebedarfs aus und hält Investitionen in Billionenhöhe (US\$) für notwendig. Diese enormen Mittel sollen eingesetzt werden, zur „Erweiterung der nachgewiesenen Kohlenwasserstoffreserven, so dass ihrer Erschöpfung vorgebeugt und die Gewinnung von Energieressourcen gesteigert wird“. Darüber hinaus fordert die Erklärung: „Wir rufen zum Bau und zur Entwicklung von Anlagen zur Verar-

beitung von Kohlenwasserstoff auf, um die Flexibilität der Energiemärkte und das Vertrauen in sie zu stärken, und auch zum erweiterten Handel mit Kohlenwasserstoff-Produkten, soweit dies wirtschaftlich sinnvoll ist.“<sup>7</sup> Zwar wird auch die Bedeutung des Klimawandels hervorgehoben, jedoch nicht berücksichtigt, dass gesteigerte Kohlenwasserstoffnutzung und mehr Klimaschutz nicht vereinbar sind.

### 1.3 Die Rolle Deutschlands

Deutschland trägt an dieser Entwicklung nicht nur als G8-Mitglied eine wesentliche Mitverantwortung. Trotz einer gewissen Vorreiterrolle in Sachen alternative Energien und Energieeffizienz gehört Deutschland gleichzeitig zu den größten Ölkonsumenten der Welt. Mit 122 Millionen verbrauchten Tonnen oder 3,2 Prozent des weltweiten Ver-

*Den Preis des Öls zahlen oft die Indigenen Russlands.  
Quelle: Marek Licak*



brauchs lag Deutschland 2005 an fünfter Stelle hinter den USA (950 Mio. T, 24,7%), China (326 Mio. T, 8,5%), Japan (243 Mio. T, 6,3%) und Russland (127 Mio. T, 3,3%). Mehr als die Hälfte unseres Verbrauchs, rund 200 Millionen Liter pro Tag, entfällt dabei allein auf den motorisierten Straßenverkehr. Der Anteil von Erdöl am Primärenergieverbrauch und am CO<sub>2</sub>-Ausstoss Deutschlands beträgt jeweils 36 Prozent, es ist auch hierzulande wichtigster Energielieferant und größter Klimakiller.<sup>8</sup> Da Deutschland kaum eigenes Erdöl besitzt, muss es 97 Prozent seines gesamten Verbrauchs

durch den Import von Rohöl und Mineralölprodukten decken. 80 Prozent davon kommen aus nur fünf Ländern, der weitaus größte Teil aus Russland: im Jahr 2005 34 Prozent oder 38 Millionen der insgesamt importierten 112 Millionen Tonnen.

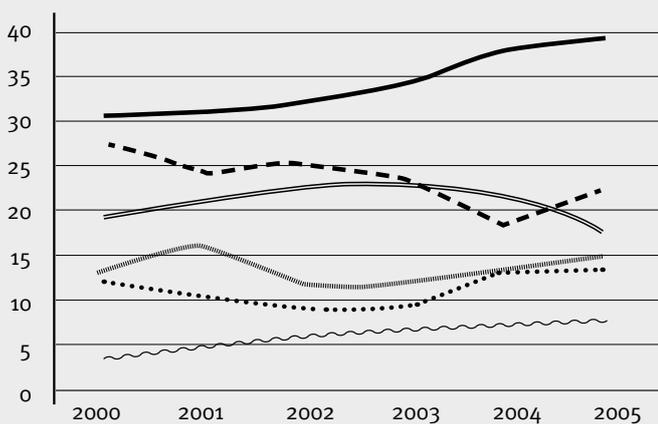
Diese Studie beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Ölförderung in unserer wichtigsten Lieferregion. Die Erdöleinnahmen tragen wesentlich zu den russischen Staatseinnahmen bei. Doch auch Russland leidet unter dem Fluch des Öls: Das schwarze Gold macht nur wenige reich und ist der russischen Demokratie nicht förderlich. Stattdessen werden bürgerliche Rechte eingeschränkt und der Staat sichert seine Energieinteressen durch eine gelenkte Justiz (Kapitel 2).

Deutsche Banken verdienen gut am russischen Ölgeschäft. Sie waren in den letzten neun Jahren an 82% der internationalen Kredite für russische Öl- und Gaskonzerne beteiligt, allen voran die vier Großbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank und Hypovereinsbank (Kapitel 3).

Das Ölgeschäft stellt eine Große Bedrohung für die Umwelt dar. Auf dem Papier sind die russischen Umweltgesetze stark, doch die Realität sieht anders aus: Wo die Umweltgesetze der Ölindustrie im Wege stehen, werden sie umgangen. Marode Pipelines und Lecks verseuchen großflächig Landstriche und vergiften Mensch und Natur. Diese Katastrophe wird weitgehend ignoriert. Und westliche Ölmultis, die in Russland tätig sind, geben weder in Umwelt- noch in Verteilungsfragen ein gutes Vorbild (Kapitel 4).

Die deutsche Regierung und die EU dürfen diese Probleme nicht länger aus kurzfristigen Interessen der Energiesicherheit ignorieren. Sie und die deutschen Banken stehen in der Verantwortung bestehende Probleme zu lösen und zukünftige zu vermeiden. Diese Studie enthält dafür Vorschläge (Kapitel 5).

Abbildung 1.1: Deutschlands Rohöleinfuhren aus den fünf wichtigsten Ursprungsländern 2000-2006 absolut in Mio. Tonnen. Quelle: EnergieINFO, Jg. 2001-2006, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.



- Russische Föderation
- Norwegen
- - Großbritannien
- ..... Lybien
- ~ Kasachstan
- ..... Rest

# Kapitel 2

## Inhalt

<b>Russlands Öl: Fluch oder Segen?</b>	<b>8</b>
<b>2.1 Putins Schatztruhe: Die russische Ölindustrie</b>	<b>9</b>
2.1.1 Erdölförderung und Exporteinnahmen	<b>9</b>
2.1.2 Privatisierung und Struktur der Ölindustrie	<b>10</b>
2.1.3 Die Kreml AG: Re-Verstaatlichung im Energiesektor	<b>12</b>
2.1.4 Gezähmte Oligarchen	<b>13</b>
2.1.5 Engagement internationaler Ölmultis in Russland	<b>13</b>
<b>2.2 Der Fluch des Öls</b>	<b>14</b>
2.2.1 Fehlende Demokratie	<b>14</b>
2.2.2 Missachtung der Menschenrechte	<b>15</b>
2.2.3 Allgegenwärtige Korruption	<b>16</b>
2.2.4 Milliardäre und andauernde Armut	<b>16</b>
2.2.5 Makroökonomische Entwicklung in Russland	<b>16</b>
<b>2.3 Der Fall Yukos</b>	<b>17</b>

# Russlands Öl: Fluch oder Segen?

## 2.1

### Putins Schatztruhe: Die russische Ölindustrie

15 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion zählt sich Russland wieder zu den großen Mächten dieser Welt und schickt sich an, vollwertiges Mitglied im Club der führenden Industrienationen (G8) zu werden. Die schwere Währungs- und Inflationskrise von 1998 ist überstanden und Russlands Kassen sind praller gefüllt als je zuvor:

- 2005 betrug der Haushaltsüberschuss Russlands nach Angaben des staatlichen Statistikamtes (Rosstat) 1670,2 Mrd. Rubel, das entspricht 61,8 Mrd. US\$. Umgerechnet standen 281,9 Mrd. US\$ an Einnahmen 220,1 Mrd. US\$ an Ausgaben gegenüber.<sup>1</sup>

- Russland hat nach norwegischem Vorbild einen sogenannten Stabilisierungsfonds eingerichtet, in dem Mehreinnahmen aus den Ölexporten hinterlegt werden, um die üblichen starken Schwankungen von Öleinnahmen auszugleichen und Auslandsschulden zurückzahlen zu können. In dem Fonds waren per 24. Mai laut Finanzminister Alexej Kudrin umgerechnet 71,4 Milliarden Dollar deponiert.<sup>2</sup>

- Die Staatsverschuldung schrumpfte von 109 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 1999 auf 20,7 Prozent zum Ende 2005.<sup>3</sup>

- Im gleichen Zeitraum wuchs das Bruttoinlandsprodukt Russlands von 196 Mrd. US\$ 1999 auf 765,8 Mrd. US\$ 2005<sup>4</sup> und wird im Jahr 2006 erstmals wieder den Umfang erreichen, den es vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte.<sup>5</sup>

Zu verdanken hat Russland den finanziellen Aufschwung vor allem dem seit 2000 anhaltenden Ölpreisboom, der die Einnahmen aus der Ölindustrie in astronomische Höhen trieb. Allein im Januar 2006 betragen die Staatseinnahmen aus dem Öllexport 6,7 Mrd. US\$.<sup>6</sup> Ohne diese Einnahmen aus dem Öllexport würde der russische Staatshaushalt nach Schätzungen von Jewgeni Nadorschin, Wirtschaftsexperte der Moskauer Investmentbank „Trust“, ein Defizit von etwa 35 Prozent aufweisen.<sup>7</sup> Als Folge wird „die Regierung Putin

[...] immer abhängiger von den Erdöleinnahmen zur Finanzierung ihrer populistischen und autokratischen Politik.“<sup>8</sup> Die Wertentwicklung des russischen Stabilisierungsfonds spiegelt den Einnahmeboom durch den gestiegenen Erdölpreis am deutlichsten:<sup>9</sup> Sein Volumen stieg von ca. 3,9 Mrd. US\$ im Jahr 2004 auf ca. 71,4 Mrd. US\$ im Mai 2006 und ist damit in nicht einmal zweieinhalb Jahren um fast 70 Mrd. US\$ gewachsen. Dabei wurden dem Fond 2005 schon 15 Mrd. US\$ zur vorzeitigen Rückzahlung von Auslandsschulden entnommen, eine weitere Entnahme von ca. 21 Mrd. US\$ ist für August 2006 geplant.<sup>10</sup>

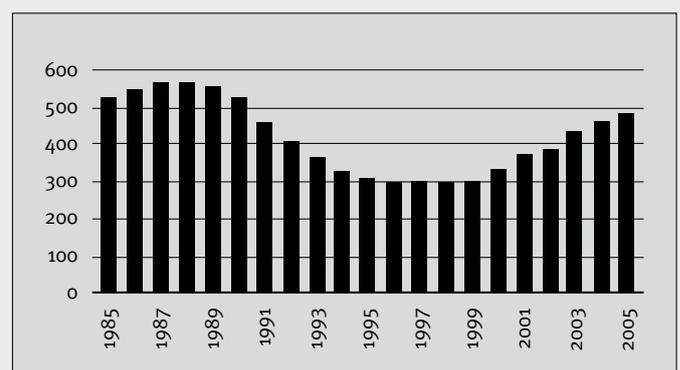
### 2.1.1

#### Erdölförderung und Exporteinnahmen

Russland ist heute nach Saudi Arabien der zweitgrößte Erdölproduzent- und Exporteur der Welt. Nachdem die Ölförderung mit Zusammenbruch der Sowjetunion Mitte der 90er Jahre auf gut 300 Mio. Tonnen zurückgegangen war, ist sie 2005 auf 470 Mio. Jahrestonnen gestiegen (vgl. Abbildung 2.1). Drastisch erhöhte Investitionen und der Einsatz neuer Fördertechnologien haben dies ermöglicht. Damit trägt Russland 12,1 Prozent zur weltweiten Fördermenge bei.

Abbildung 2.1:

Russlands Ölproduktion 1985 bis 2005 in Mio. Tonnen pro Jahr  
Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2006<sup>11</sup>



Über die Hälfte des geförderten Rohöls wurde 2005 exportiert, insgesamt 251 Mio. Tonnen. Davon gingen 38 Mio. Tonnen (über 15 Prozent des Gesamtexports) allein an Deutschland, das damit der größte Einzelabnehmer für russisches Erdöl ist. Rohöl ist Russlands Exportgut Nummer Eins: Es macht mehr als ein Drittel des Exportvolumens aus.

Die größte einzelne Einnahmequelle für den russischen Staat ist die Erhebung von Zöllen auf den Export von Öl. Der Exportzoll auf Erdöl ist zum 1. Juni 2006 auf den Rekordstand von 199,8 US\$ pro Tonne angestiegen (von 474,3 US\$ pro Tonne) (vgl. Abbildung 2.2). Zusätzlich erhält der Haushalt Einnahmen aus der Steuer auf die Förderung von Bodenschätzen, die Steuer auf Ölprodukte und die Gewinnsteuer der Ölgesellschaften.

### 2.1.2

#### Privatisierung und Struktur der Ölindustrie

Die Produktions- und Verarbeitungsbetriebe für Erdöl unterstanden in der Sowjetunion dem Ministerium für die Erdölindustrie. Ab 1989 war das Ministerium für die Erdöl- und Erdgasindustrie, ab 1992 das Energieministerium für den Erdölsektor zuständig. Die staatliche Erdölindustrie wurde nach dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1992 in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Deren Aktien hielt zunächst die staatliche Holdinggesellschaft Rosneft. Ab 1993 wurden aus den von Rosneft kontrollierten Kapitalgesellschaften insgesamt 13 Ölgesellschaften: Lukoil, TNK, Surgutneftegaz, Sibneft, Tatneft, Yukos, Bashneft, Slavneft, Sidanko, Onako, Komi-TEK, VNK und Rosneft selbst.<sup>13</sup>

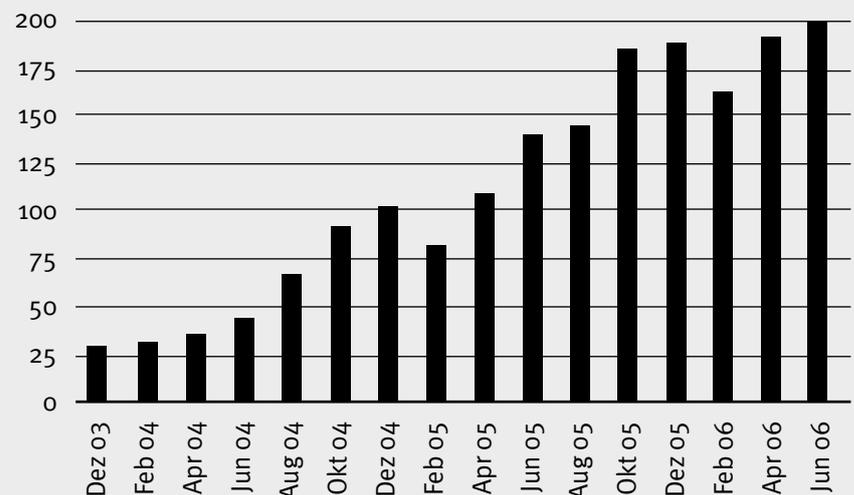
Tabelle 2.1: Außenhandel Russlands 2003 bis 2006 in Mrd. US\$ mit Anteil von Öl und Gas  
Quelle: The Central Bank of the Russian Federation<sup>12</sup>

	1.Quartal 2006*		2005		2004		2003	
	in US\$	in %	in US\$	in %	in US\$	in %	in US\$	in %
<b>Exporte insgesamt</b>	63,8	100,0	245,3	100,0	183,2	100,0	135,4	100,0
<b>Rohöl</b>	23,2	36,4	84,9	34,6	58,8	32,1	39,4	29,1
<b>Ölprodukte</b>	8,0	12,5	34,3	14,0	19,4	10,6	14,4	10,6
<b>Summe Rohöl + Ölprodukte</b>	31,2	48,9	119,2	48,6	78,2	42,7	53,8	39,7
<b>Gas</b>	11,9	18,7	31,9	13,0	22,0	12,0	20,2	14,9
<b>Importe insgesamt</b>	31,2	48,9	125,1	51,0	97,4	53,2	75,4	55,7
<b>Außenhandelsüberschuss</b>	32,6	51,1	120,1	49,0	85,8	46,8	60,2	44,5

Abbildung 2.2:

Russischer Exportzoll für Erdöl in US\$ pro Tonne seit Dezember 2003

Quelle: Zusammengestellt nach dem Online Archiv von Russland-Aktuell  
<http://www.aktuell.ru/>



Die Privatisierung der Ölindustrie erfolgte in zwei Wellen.<sup>14</sup> 1992 wurden in der ersten Phase Vouchers an die Bevölkerung ausgegeben – Anteilsscheine an den Unternehmen, die später gegen Aktien eingelöst werden konnten. So sollte das Staatseigentum möglichst breit unter die Bevölkerung verteilt werden. Die schlechte Wirtschaftssituation führte jedoch dazu, dass viele Bürger ihre Vouchers schnell verkauften, um Lebensmittel und Kleidung erwerben zu können. Der Preis für die Vouchers stürzte ab. Davon profitierten die alten Manager der Staatskonzerne, Mitglieder der ehemaligen Sowjetelite und die finanzstarke Gruppe der Schwarzmarktunternehmer. Sie kauften Vouchers gezielt auf und erwarben große Teile der ehemaligen Staatsbetriebe zu Spottpreisen. So wurden Gazprom, Lukoil und Surgutneftegaz bereits 1993 teilprivatisiert.

In der zweiten Privatisierungsphase 1995/1996 konnten sich reich gewordene Finanziers und Händler für einen Spottpreis einige der besten Unternehmen Russlands sichern: Boris Jelzin hatte vor den Präsidentschaftswahlen große Finanzschwierigkeiten und katastrophale Umfragewerte. Er ließ sich deshalb auf einen, wie sich später herausstellte, fatalen Handel ein – den „Share-for-Loans“-Plan seines Vizepremiers und Oligarchen Wladimir Potanin: Ein Bankenkonsortium bot dem Staat einen einjährigen 1,8 Mrd. US\$ Kredit an, abgesichert durch Anteile an Staatskonzernen. Damit würden die Banken die Anteile erhalten, wenn der Staat die Kredite nicht ordnungsgemäß begleichen könne. Die finanzielle Unterstützung der Banken sicherte Jelzin zwar den Wahlsieg, Geld, um die Kredite zurück zu zahlen, hatte er ein Jahr später allerdings nicht

Tabelle 2.2: Erdölproduktion russischer Ölkonzerne in Mio. t pro Jahr und Anteil von Staatsunternehmen 1994 bis 2005\*

Quelle: Energieministerium der Russischen Föderation; InfoTEK; Unternehmensangaben<sup>15</sup>

\* Unternehmen im Staatsbesitz sind grau gekennzeichnet.

Ölkonzerne	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Lukoil	57	53	51	53	54	62	62	63	76	82	84	86
TNK-BP	25	23	21	21	20	20	36	41	38	43	70	75
Rosneft	12	13	13	13	12	12	14	15	16	19	22	75
Surgutneftegaz	34	33	33	34	35	38	41	44	49	54	60	64
Gazprom Neft (Sibneft)	23	20	19	18	17	16	17	25	26	31	34	45
Tatneft	24	25	25	25	24	24	24	25	25	24	25	25
Yukos	37	36	35	47	45	45	50	58	70	81	86	23
Bashneft	18	17	16	15	13	12	12	12	12	12	12	12
Slavneft	13	13	13	12	12	12	12	15	(zu Sibneft und TNK)			
Sidanko	26	23	21	20	20	20	11	16	(zu TNK)			
Onako	7	7	8	7	8	7	8	(zu TNK)				
Komi-TEK	5	6	8	9	9	(zu Lukoil)						
VNK	11	11	11	(zu Yukos)								
Übrige	27	27	24	34	38	37	30	33	69	75	66	65
Gesamt	318	307	301	306	303	305	323	348	380	421	459	470
Davon staatlich	257	247	115	102	78	67	70	67	53	55	59	157
	81%	80%	38%	33%	26%	22%	22%	19%	14%	13%	13%	33%

und so erhielten die Banken bzw. die Oligarchen, denen sie gehörten, Kontrolle über die Konzerne. Die prominentesten Beispiele der auf diese Weise weitestgehend privatisierten Ölgesellschaften sind Sibneft, Sidanco, Tyumen Oil (TNK) und Yukos.

Seit Ende 2004 bemüht sich die Regierung, wichtige Teile der Ölindustrie wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. So hat Rosneft Yuganskneftegaz erworben und Gazprom Sibneft übernommen (siehe unten). Damit gelang es der russischen Regierung, den Staatsanteil an der Ölförderung von 13 Prozent wieder auf 33 Prozent zu erhöhen (vgl. Tabelle 2.2, Seite 11).

Heute wird die russische Ölindustrie von acht großen Ölkonzernen dominiert – Lukoil, TNK-BP, Rosneft, Surgutneftegaz, Gazprom Neft (bis 13.05.2006 Sibneft), Tatneft, Yukos und Bashneft kontrollieren 86 Prozent der gesamten russischen Ölförderung. Nicht nur für den Staat, sondern auch für sie ist die Ölförderung ein Riesengeschäft: Trotz der hohen Abgaben an Steuern und Exportzöllen konnte die russische Erdölbranche 2005 einen Reingewinn von 38 bis 40 Mrd. US\$ machen, sagt der stellvertretende Finanzminister Sergej Schatalow.<sup>16</sup> Die bedeutendsten Ölkonzerne werden im Folgenden kurz vorgestellt. Der Fall des Ölkonzern Yukos und seines ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkowskij wird in Kapitel 2.3 weiter ausgeführt.

### 2.1.3 Die Kreml AG: Re-Verstaatlichung im Energiesektor

Unter dem Namen „Kreml AG“ fasst der russische Volksmund neun vom Staat beherrschte Konzerne zusammen. Sie werden von Vertrauten des Präsidenten Wladimir Putin – vorwiegend Petersburger Geheimdienstler und einige Wirtschaftsliberale – kontrolliert und haben zusammengenommen ein Vermögen von ca. 37 Prozent des gesamten russischen Bruttoinlandsprodukts. Gazprom und seine Öltöchter Gazprom Neft (ehemals Sibneft) sowie der Ölkonzern Rosneft gehören dazu. Nach Aussagen von Analysten zweigen die Staatsfirmen viel Geld für Kreml-Kampagnen, Wahlkämpfe und private Wünsche von Unternehmens- und Staatsführung ab.<sup>17</sup>

**Gazprom Neft**<sup>18</sup> entstand, als im September 2005 der staatliche Gasmonopolist den Ölkonzern Sibneft übernahm. Dies ist die bisher größte Übernahme der russischen Wirtschaftsgeschichte. Umgerechnet rund 13,1 Mrd. US\$ bezahlte Gaz-

prom dem Multimilliardär Roman Abramovich für seine 72,66 Prozent an Sibneft. Zuvor hatte der Gaskonzern seiner Tochter Gazprombank 3,02 Prozent Sibneft-Anteile abgekauft. Mit beiden Paketen erlangte der Gasriese somit die Kontrollmehrheit von 75,68 Prozent. Weitere 20 Prozent der Aktien gehören (noch) der inzwischen bankrotten Ölfirma Yukos. Die 13,1 Mrd. US\$ für die Übernahme ließ sich Gazprom von einem internationalen Bankenkonsortium, an dem die Dresdner Bank Tochter Dresdner Kleinwort Wasserstein federführend beteiligt war (vgl. Kapitel 3).

Gazprom Neft förderte 2005 22 Mio. Tonnen Öl. Hinzu kommen 12 Mio. Tonnen durch die 50 prozentige Beteiligung an Slavneft (die anderen 50 Prozent hält TNK-BP). Mit einer Fördermenge von insgesamt 45 Mio. Tonnen Öl 2005 ist Gazprom Neft damit der fünftgrößte russische Ölkonzern. Bis 2020 will Gazprom die Förderung seiner Öltöchter auf 80 Millionen Tonnen steigern.<sup>19</sup>

Das Herzstück der staatlichen Ölförderung ist **Rosneft**<sup>20</sup>, die einzige 100 prozentig staatliche Ölgesellschaft. Mit der dubiosen Übernahme der Yukos-Tochter Yuganskneftegas im Dezember 2004 konnte Rosneft seine Ölförderung von 22 Mio. Tonnen auf 75 Mio. Tonnen pro Jahr mehr als verdreifachen (vgl. Kapitel 2.3, Der Fall Yukos). Das Unternehmen setzte im vergangenen Jahr 18 Milliarden Dollar um und erwirtschaftete einen Gewinn von 2,1 Mrd. Dollar.<sup>21</sup> Bis 2015 will Rosneft weltgrößter Ölförderer werden und seine Ölproduktion auf 150 Mio. Tonnen pro Jahr verdoppeln. Geleitet wird der Konzern von dem Kreml-Vize und Rosneft-Aufsichtsratschef Igor Setschin und dem Vorstandsvorsitzenden Sergej Bogdantschikow, sie gelten auch als Drahtzieher hinter der Zerschlagung des Yukos-Konzerns und der Verhaftung des Yukos-Chefs Michail Chodorkowskij.

Die Schulden, die Rosneft vor allem durch die Übernahme von Yuganskneftegas und den Erwerb der Gazprom-Anteile angehäuft hat, will der Konzern teilweise mit den Erlösen aus seinem Börsengang im Juli 2006 zurückzahlen. 14,3 Prozent will der Staat als Mehrheitseigentümer von Rosneft über die Börsen in Moskau und London verkaufen und erhofft sich Einnahmen von bis zu 11,6 Mrd. US\$. Es ist der größte Börsengang in der Geschichte Russlands und der viertgrößte der Welt. Die Dresdner Kleinwort Wasserstein ist neben ABN Amro, JP Morgan, Morgan Stanley und der russischen Sberbank an dem Bankenkonsortium federführend beteiligt, das Rosneft an die Börse bringt. Den Instituten winken Provisionen von bis zu 120 Mill. Dollar.

#### 2.1.4

##### Gezähmte Oligarchen

Der Oppositionspolitiker Boris Nemzow hat 1995 den Begriff „Oligarch“ in den politischen Diskurs eingeführt und bezeichnete damit einige wenige schwerreiche Großindustrielle und Bankiers mit exzellenten Beziehungen zum Kreml.<sup>22</sup> Zu ihnen zählte der „aufmüpfige“ Michail Chodorkowskij (vgl. Kapitel 2.3, Der Fall Yukos). Heute sind die Oligarchen von einst gezähmt, sitzen entweder im Exil, hinter Gittern - oder unterstützen nach Kräften Putin. Insbesondere dem Surgutneftegaz Chef Wladimir Dogdanow werden hervorragende Beziehungen zum Kreml nachgesagt, aber auch der Gründer, größte Aktionär und Generaldirektor von Lukoil, Yagit Alekperow, gilt als Kreml-Loyal und pflegt ein gutes Verhältnis zum Präsidenten.<sup>23</sup>

**Lukoil**<sup>24</sup> ist gemessen an der Fördermenge der größte Ölkonzern Russlands und der sechstgrößte der Welt. Im Jahr 2005 förderte er 86 Mio. Tonnen, das entspricht ca. 2,2 Prozent der Weltförderung. Gemessen an den gesicherten Ölreserven steht Lukoil mit 2,2 Mrd. Tonnen sogar auf Platz zwei der Weltrangliste, direkt hinter Exxon Mobil. Lukoil erwirtschaftete 2005 einen Reingewinn von 6,44 Mrd. US\$ bei einem Umsatz von 55,8 Mrd. US\$. Durch seine Tochterfirma Lukoil Overseas ist der Konzern auch international im Erdölgeschäft aktiv: Gefördert wird in Kasachstan, Ägypten, Aserbaidschan, Usbekistan, Saudi Arabien, Iran, Kolumbien, Venezuela und im Irak. Im September 2004 versteigerte der russische Staat seine letzten Anteile von 7,6 Prozent am Lukoil-Konzern. Für 2 Mrd. US\$ erhielt damals der US-Konzern ConocoPhillips den Zuschlag, bis 2006 konnte er seinen Anteil auf 16,1 Prozent steigern.

Lukoils Geschichte ist untrennbar mit Yagit Alekperow verbunden. Alekperow stieg unter Gorbatschow zum Energie- und Ölminister auf und schuf nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Grundlagen für die post-sowjetische Ölindustrie. Dabei bedachte er vor allem sich selbst und gründete noch zu seiner Amtszeit Lukoil als den ersten großen russischen Ölkonzern mit sich als Präsident an der Spitze. Mitte 1997 besaß Alekperow offiziell 10 Prozent von Lukoil, heute wird sein Anteil von Moskauer Medien auf 13 Prozent geschätzt.<sup>25</sup> Dies macht ihn laut Forbes mit einem Privatvermögen von geschätzten 11 Mrd. US\$ nach Abramovich (siehe oben) zum zweitreichsten Russen und zum 37. reichsten Menschen der Welt.<sup>26</sup>

**Surgutneftegaz**<sup>27</sup> förderte 2005 etwa 64 Mio. Tonnen Erdöl und ist damit der viertgrößte Ölkonzern Russlands. Dabei konzentriert sich die Ölproduktion des Konzerns bisher ganz auf den Autonomen Kreis der Chanten und Mansen in Westsibirien (zu den Auswirkungen der Ölförderung dort siehe Fallbeispiel 4.3). Für die Zukunft plant das Unternehmen Teile seiner Ersparnisse von ca. 11 Mrd. US\$ in ostsibirische Vorkommen zu investieren. Der erwirtschaftete Reingewinn des Unternehmens lag 2005 bei 4,13 Mrd. US\$.<sup>28</sup> Chef des Konzerns ist seit 1984 Wladimir Bogdanow. Er gilt damit als einer der dienstältesten Konzernchefs Russlands. Bogdanow und seine Manager erwarben über diverse Finanzunternehmen bis 1998 insgesamt 85% am Surgutneftegaz-Konzern.<sup>29</sup> Über die heutige Eigentümerstruktur des Unternehmens ist nichts bekannt.

#### 2.1.5

##### Engagement internationaler Ölmultis in Russland

Das Engagement internationaler Ölmultis in Russland kann hier nur angerissen werden. Neben dem deutschen Unternehmen Wintershall (s.u.) sind nach einer Recherche von Greenpeace<sup>30</sup> der britische Konzern BP, die US-amerikanischen Firmen Exxon Mobil, Chevron Texaco und Conoco Phillips, die niederländisch-britische Shell, die französische Total, die italienische ENI und die chinesische China National Petroleum Corporation in Russlands Ölgeschäft vertreten. Beispielhaft wird hier kurz auf das britisch-russische joint venture TNK-BP und Wintershall eingegangen. Die Beteiligung von Shell am umstrittenen Ölförderprojekt Sachalin II ist in Kapitel 4.5 ausführlich dargestellt.

Das britisch-russische joint venture **TNK-BP**<sup>31</sup> gilt bis heute als größte ausländische Direktinvestition Russlands: 6,75 Mrd. US\$ zahlte BP an die russische Unternehmensgruppe Alfa und Access-Renova (AAR) für seine 50 prozentige Beteiligung an der Tyumen Oil Company (TNK), die zur Gründung von TNK-BP im September 2003 führte. Die andere Hälfte wird weiterhin von der AAR kontrolliert. TNK-BP besitzt ferner 50 Prozent am Ölkonzern Slavneft. Mit insgesamt über 75 Mio. Tonnen geförderten Öls 2005 ist TNK-BP vor Rosneft die zweitgrößte Ölgesellschaft Russlands. Der Reingewinn des Unternehmens betrug im Jahr 2005 nach vorläufigen Angaben 59 Mrd. Rubel (2,1 Mrd. US\$).<sup>32</sup>

Die BASF Tochter **Wintershall** ist der größte deutsche Erdöl- und Erdgasproduzent und weltweit tätig. Im russischen Ölgeschäft ist Wintershall über seine Beteiligung am deutsch-russischen joint-venture Wolgodeminoil bereits seit 1992

aktiv. Gegründet wurde das Gemeinschaftsunternehmen Wolgodeminoil am 10. Dezember 1992 durch die damaligen Partner Nizhnevolzhskneft und Deminex mit Wintershall, Veba Öl und RWE-DEA als Gesellschafter. Während Lukoil 1996 Nizhnevolzhskneft übernahm, ging der Deminexanteil 1998 an Wintershall über. Wolgodeminoil ist heute das am längsten existierende Joint Venture zwischen einem russischen und einem westeuropäischen Partner zur Förderung von Kohlenwasserstoffen.<sup>33</sup> 2004 gab Wintershall Pläne zur Ölexploration im russischen Teil des Kaspischen Meeres vor Dagestan bekannt und erwarb 70 Prozent an der Ölfirma Megantron NVK, welche die Lizenz für den 10.000 km - Block Tylenij besitzt.<sup>34</sup> Außerdem hat Wintershall mit der tatarischen Ölgesellschaft Tatneft ein strategisches Kooperationsabkommen für gemeinsame Explorations- und Produktionsvorhaben in der Wolga-Ural-Region geschlossen<sup>35</sup> und mit der Gazprom ein Memorandum zur Zusammenarbeit bei der Erschließung des Ölfelds Priraslomnoje in der Barentssee. Beide planen dafür Investitionen von mehr als einer Mrd. US\$.<sup>36</sup>

## 2.2

### Der Fluch des Öls

Erdöl ist ein überaus wertvoller Rohstoff. Trotzdem stellen die Ökonomen Jeffrey Sachs und Andrew Warner bei der Untersuchung von 97 Entwicklungsländern eine negative Beziehung zwischen der Abhängigkeit vom Export natürlicher Ressourcen und dem wirtschaftlichen Wachstum der Länder fest.<sup>37</sup> Dieser „Fluch des Öls“ äußert sich darin, dass vom unermesslichen Reichtum nur Wenige profitieren, während ein Großteil der Bevölkerung weiterhin in Armut lebt, dass die Demokratie in vielen erdölfördernden Ländern unterentwickelt ist, dass Menschenrechte verletzt werden, Korruption grassiert, die Rechte von lokalen Bevölkerungsgruppen verletzt werden, Umweltkatastrophen und grausame (Bürger-) Kriege lodern. Hinzu kommen makroökonomische Defizite, weil sich die Staaten zu sehr auf die Ölförderung konzentrieren und andere wirtschaftliche Sektoren vernachlässigen. Ebenso wertet die Schwemme an Petrodollars die eigene Währung auf und macht die Produkte der einheimischen Industrie im internationalen Handel zu teuer, was als „Holländische Krankheit“ (Dutch disease) bezeichnet wird. Es gibt Ausnahmen wie Norwegen und Kanada – gesunde Volkswirtschaften mit langen demokratischen Traditionen – aber in der Regel verhindert Ölreichtum die Entwicklung der betroffenen Länder.

Die enormen Einnahmen des russischen Staates und die riesigen Gewinne der Ölkonzerne zeigen auf beeindruckende Weise den ökonomischen Nutzen des Russlands Ölreichtums. Die folgenden Absätze zeigen jedoch, dass auch Russland unter dem Phänomen „Fluch des Öls“ zu leiden hat.

#### 2.2.1

##### Fehlende Demokratie

Die mangelhafte demokratische Entwicklung ist die offensichtlichste Schattenseite des Ölreichtums. Der Pulitzer-Preisträger Thomas L. Friedman<sup>38</sup> (2006) von der New York Times konkretisierte den Zusammenhang zwischen Öl und fehlender Demokratie indem er vom „Ersten Gesetz der Petropolitik“ spricht: Je höher die Preise für Rohöl auf den internationalen Märkten, desto weniger Reformbereitschaft herrscht in den Ländern, deren Ökonomien hauptsächlich auf großen Ölressourcen basieren. Als Beispiele führt er den Iran, Venezuela, Nigeria und Russland an. Bei steigenden Ölpreisen werden Rede- und Pressefreiheit, demokratische Wahlen, unabhängige Justiz und Rechtsstaatlichkeit zunehmend unterhöhlt. Verstärkt wird dieser Trend dadurch, dass den betroffenen Regierungen bei wachsenden Einnahmen zunehmend gleichgültig ist, was die Welt von ihnen hält. In Russland gibt es zahlreiche Beispiele für diese Entwicklung:<sup>39</sup>

- Die Hürde, die bei der nächsten Wahl für den Einzug in die Staatsduma übersprungen werden muss, wurde auf 7 Prozent heraufgesetzt, dies schließt kleine, liberale Parteien voraussichtlich von der Staatsduma aus.
- Wählervereinigungen dürfen zur Parlamentswahl nicht mehr antreten.
- Die Anforderungen an die Registrierung von Parteien bezüglich ihrer Mitgliederzahl und ihrer landesweiten Verbreitung wurde verschärft, was kleine Parteien ausschließt und die Bildung von regionalen Parteien unmöglich macht.
- Die von Jelzin eingeführte Wahl der Provinz-Gouverneure durch die Bevölkerung wurde abgeschafft. Nun sollen die regionalen Parlamente einen vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten wählen.
- Der Kreml kontrolliert die drei landesweit zu empfangenden Programme des Hauptmassenmediums Fernsehen. Er nutzte seinen Einfluss, um das Programm zu entpolitisieren und lässt keine oppositionellen Stellungnahmen mehr zu.
- Die Prozesse gegen Michail Chodorkowskij und seine Mitgesellschafter sowie die Zerschlagung des Yukos-Konzerns zeigen, dass in Russland von einer „gelenkten Justiz“ gesprochen werden muss.

■ Das neue Gesetz über Nichtregierungsorganisationen wird als der Versuch gesehen, die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu kontrollieren und zu steuern, um eine „orangene“ Revolution in Russland zu verhindern.

■ Moskau mischt sich in imperialer Manier in die Politik der Nachbarstaaten ein.

Einzel betrachtet lassen sich vielleicht Rechtfertigungen für verschiedene Maßnahmen des Kremls finden. In ihrer Gesamtheit jedoch vermitteln sie den Eindruck eines systematischen Demokratieabbaus.

Der Kreml sieht in der Kritik an der russischen „gelenkten Demokratie“ vor allem einen Angriff des Westens auf die Souveränität Russlands. Deshalb weist er sie energisch zurück und antwortet schroff „dass Russland unter Berücksichtigung seiner historischen, geopolitischen und anderen Besonderheiten selbst entscheidet, auf welche Art Freiheit und Demokratie realisiert werden können und unter welchen Bedingungen dieser Prozess stattfinden und wie lange er dauern wird.“<sup>40</sup> Eine Veränderung in dieser Haltung ist nicht in Sicht.

Anlässlich des St. Petersburger G8-Gipfels im Juli 2006 warnte der Kreml westliche Staaten sogar eindringlich davor, der Opposition zu helfen. Dies gilt schon für die Teilnahme offizieller außenpolitischer Vertreter an der regierungskritischen Konferenz „Anderes Russland“, die russische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Oppositionsparteien am 11. und 12. Juli in Moskau durchführten. „Wenn hohe Offizielle daran teilnehmen, werden wir das als unfreundliche Geste auffassen“, sagte Igor Schuwalow, Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der FTD. Mit der Konferenz soll vor allem ein Signal des Protests gegen die mangelnde Medienfreiheit und den steigenden Druck auf die Zivilgesellschaft gesetzt werden.<sup>41</sup>

Besonderes Gewicht hat vielleicht die Kritik von Andrej Illarionow, der von April 2000 bis Dezember 2005 Wirtschaftsberater von Wladimir Putin war und als „Sherpa“ für ihn die G8-Gipfel vorbereitete. Wenige Tage, bevor Russland Anfang 2006 den G8-Vorsitz übernahm, trat Illarionow aus Protest gegen Putins Kurs zurück. Nach dem Grund gefragt, antwortete er: „Weil das heutige Russland kein freies Land mehr ist. Der Verfall und der Abbau von politischen und bürgerlichen Freiheiten durch die russische Regierung führten dazu, dass Russland im Jahr 2005 in die gleiche Gruppe wie Ruanda, Somalia oder Afghanistan einzustufen ist.“<sup>42</sup>

### 2.2.2

#### Missachtung der Menschenrechte

Die Liste der Menschenrechtsverletzungen in Russland ist lang.<sup>43</sup> Vor allem aus Tschetschenien werden immer wieder Tötungen, Folterungen und Misshandlungen sowie das „Verschwindenlassen“ von Zivilisten berichtet. Viele dieser Menschenrechtsverletzungen wurden von russischen Truppen und tschetschenischen Sicherheitskräften verübt. In den meisten Fällen untersuchen die russischen und tschetschenischen Behörden Vorwürfe über Menschenrechtsverstöße an der Zivilbevölkerung nicht. Allein 2005 wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in Tschetschenien 316 Menschen entführt. Ein Großteil davon – so „Memorial“ – geht auf das Konto von „Kadyrowzi“, tschetschenische Sicherheitskräfte unter dem Kommando des tschetschenischen Premierminister Ramsan Kadyrow.<sup>44</sup>

Nach Berichten der Gesellschaft für bedrohte Völker sind vor allem Männer im Alter von 16 bis 40 Jahren ständig in Gefahr. Augenzeugenberichten zufolge stürmen die Einheiten Kadyrows bei so genannten Säuberungen meist nachts die Häuser, verschleppen die männlichen Bewohner und sperren sie in Kellern oder geheimen Gefängnissen ein. Systematisch werden ihre Opfer durch Schläge, Stromstöße und das Amputieren von Gliedmaßen gefoltert. So sollen sie gezwungen werden, Namen mutmaßlicher Kämpfer preiszugeben oder gestehen, dass sie am bewaffneten Kampf der Tschetschenen teilnehmen.<sup>45</sup> Kadyrow wurde vom Kreml aufgebaut und ist Putins Mann in Tschetschenien. Der Kreml-Chef gewährt Kadyrow anscheinend große Freiheiten, solange dieser dafür sorgt, dass es in Tschetschenien keine Separatisten mehr gibt.<sup>46</sup> Inzwischen strahlt der Konflikt in Tschetschenien auch auf die Nachbarrepubliken im Kaukasus aus. In Inguschetien herrscht ein Klima von Gewalt und Rechtlosigkeit, auch dort sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung.<sup>47</sup> Der Anwalt des ehemaligen Yukos-Chefs Michail Chodokowskij, Robert Amsterdam, macht deutsche Politiker und Manager mitverantwortlich für die tschetschenischen Menschenrechtsverletzungen. Vor allem Ex-Kanzler Gerhard Schröder wirft Chodokowskijs Anwalt vor, die Kritik an der Situation in Tschetschenien wirtschaftlichen Interessen untergeordnet zu haben und Putin nicht energisch genug entgegengetreten zu sein. Dabei wäre deutsche Kritik sehr wichtig, keine Regierung der Welt hat laut Amsterdam so einen Einfluss auf den Kreml wie Deutschland und „wenn die Deutschen schweigen, wird das von Russland als Legitimation verstanden.“<sup>48</sup>

### 2.2.3

#### Allgegenwärtige Korruption

Neben dem Demokratiemangel gehört die Korruption zu den negativen Folgen der Ressourcenabhängigkeit. Sie ist in Russland ein weit verbreitetes Phänomen, das bis in die höchsten Ebenen des Staates reicht und die wirtschaftliche sowie demokratische Entwicklung des Landes behindert. Im Korruptions-Ranking CPI (Corruption Perceptions Index)<sup>49</sup> von Transparency International teilte sich Russland 2005 den 126. Platz (von 158) mit Albanien, Niger und Sierra Leone. Der CPI bezieht sich auf das von erfahrenen Geschäftspersonen und Länderanalysten wahrgenommene Ausmaß an Korruption. Zum Vergleich: Island liegt auf Platz 1 und Deutschland auf Platz 16.<sup>50</sup>

Das Ausmaß der Korruption bei staatlichen Posten verdeutlicht eine von der russischen Nationalen Antikorruptionsbehörde Ende 2005 veröffentlichte Schmiergeld-Preisliste. Demnach hängt es vor allem am Geld, ob jemandem eine politische Karriere offen steht oder nicht: Für einen Ministerposten sind 10 Mio. US\$ zu zahlen, ein Senatorensitz kostet 6 Mio. US\$ und auch für einen hochrangigen Posten bei der Zollbehörde sind mehrere Millionen Schmiergeld nötig. Günstiger ist die Polizei: 500.000 US\$, wenn man in Moskaus Polizei hoch hinaus will, bis zu 100.000 US\$ ein hochrangiger Posten bei einer Distrikt-Polizei und um Richter in einem Distrikt werden zu können, sind 300.000 US\$ nötig.<sup>51</sup> Diese Schmiergelder sind das Eintrittsgeld, um selber zum Nutznießer des Korruptionssystems zu werden: Nach einer Umfrage der INDEM Stiftung unter mehr als 1000 Geschäftsleuten aus ganz Russland wurden 2005 von russischen Unternehmen 316 Milliarden US\$ Schmiergelder gezahlt, fast zehnmal mehr als noch 2001 und etwa die Hälfte des Bruttoinlandprodukts. Besonders häufig wurde bei Kontroll- und Aufsichtsbehörden und bei Lizenzvergaben „nachgeholfen“. Laut INDEM wird gezahlt, um administrative Barrieren zu nehmen, Protektion zu erhalten sowie aktiv zu bestechen, um Entscheidungen zu beeinflussen und Konkurrenten auszuschalten.<sup>52</sup> William Browder, Fondsberater der HSBC für Russland schätzt, dass auf diese Weise 30 bis 50 Prozent der Konzerngewinne in nicht autorisierte Taschen abgezweigt werden.<sup>53</sup> Dabei gehört der Öl- und Gassektor laut Transparency International zu den Wirtschaftssektoren, in denen am häufigsten Schmiergelder gezahlt werden.<sup>54</sup>

### 2.2.4

#### Milliardäre und andauernde Armut

In der ehemaligen Sowjetunion hat sich mit der Einführung des Kapitalismus eine enorme soziale Ungleichheit entwickelt. Während eine unbedeutende Minderheit in Reichtum und Luxus lebt, kämpfen zig Millionen ums Überleben. Der Grad der Vermögensverteilung ist das anschaulichste Bild dieser Polarisierung. Laut Regierungsangaben betrug 2003 das Einkommen der Reichsten 10% der Bevölkerung das 14-fache des Einkommens der Ärmsten 10%, Tendenz steigend. In Moskau, der teuersten Stadt der Welt,<sup>55</sup> beläuft sich dieser Unterschied gar auf das 52-fache.<sup>56</sup>

Auf 172 Mrd. US\$ wird das gemeinsame Vermögen der 33 russischen Superreichen geschätzt, ca. 25 Prozent des russischen Bruttoinlandprodukts. 11 von ihnen haben ihr Geld mit Öl gemacht. Sie sind neben dem Staatsapparat die Hauptprofiteure des russischen Ölreichtums.<sup>57</sup> Bei einem großen Teil der russischen Bevölkerung kommt hingegen nichts vom Reichtum an. Nach offiziellen Angaben lebten 2003 20,4 Prozent der russischen Bevölkerung in Armut (2004: 17,8 Prozent). Das United Nations Development Programme errechnet unter Verwendung von Daten der Statistikbehörde Rosstat für 2003 sogar, dass 33,4 Prozent der Bevölkerung in Armut leben.<sup>58</sup> Ein noch schlimmeres Bild zeigt eine Studie der Moskauer New Economic School, ebenfalls auf Basis der Rosstat-Daten.<sup>59</sup> Demnach sind 48,5 Prozent der russischen Haushalte arm. Von einem breiten Wohlstand kann also nicht die Rede sein und die Realeinkommen der Bevölkerung haben den Stand von 1991 immer noch nicht erreicht.

### 2.2.5

#### Makroökonomische Entwicklung in Russland

Volkswirtschaftlich leidet Russland unter einem massiven Zufluss an Devisen, der die Aufwertung des Rubels zur Folge hat. Dies bringt Absatzprobleme von Gütern der übrigen, exportierenden Industrien mit sich und verbilligt den Import von Konsum- und Investitionsgütern. Der sinkende Export und der steigende Import von Produkten der verarbeitenden Industrie führen zum Rückgang oder zum Verschwinden der betroffenen Industrien. Gleichzeitig verteuern sich die Preise für standortgebundene heimische Güter und Dienstleistungen, die keinem Importdruck ausgeliefert sind, zum Beispiel Wohnungspreise. Für einen Großteil der Bevölkerung sinkt damit der Lebensstandard.<sup>60</sup> Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Human Development Index (HDI) des

United Nations Development Programme. 2003 belegte Russland mit einem Wert von 0,795 nur Rang 62 von 177 Ländern und gehört damit nicht mehr zu den Ländern mit einem High Human Development.<sup>61</sup>

### 2.3 Der Fall Yukos

Der Fall Yukos ist das bekannteste Beispiel für die vom Kreml „gelenkte Justiz“. Im Oktober 2003 wurde der Yukos-Chef Michail Chodorkowskij verhaftet. Nach Fördermenge war Yukos bis Ende 2004 mit 86 Mio. Tonnen geförderten Öls der größte Ölkonzern Russlands. Chodorkowskij war Mehrheitsaktionär des Konzerns und mit einem geschätzten Privatvermögen von 15 Mrd. US\$ der reichste Russe und der 16. reichste Mensch der Welt.<sup>62</sup> Chodorkowskij's große Stunde schlug im Dezember 1995, als seine Menatep-Handelsgesellschaft im Zuge der berüchtigten „Share-for-Loans“- (siehe Kapitel 2.1) 45 Prozent von Yukos für lächerliche 159 Mio. US\$ kaufte.<sup>63</sup> Chodorkowskij war damit einer der größten Nutznießer der strittigen Privatisierung in den 90er Jahren, bevor ihn sein ganz persönlicher Ölfloch traf: Im Mai 2005 wurde er zu neun Jahren Lagerhaft in Sibirien verurteilt.<sup>64</sup>

Chodorkowskij hatte sich im Jahr 2003 den Kreml zum Feind gemacht. Der Regierung missfiel die geplante Fusion von Yukos mit dem Ölkonzern Sibneft, der beabsichtigte Verkauf von 40 Prozent von Yukos an den US-amerikanischen Ölmulti Exxon und vor allem die politischen Ambitionen, die sich in Chodorkowskij's Unterstützung der Opposition offenbarten. Der Putin-Staat schlug mit aller Härte zu: Mit Steueranforderungen in Milliardenhöhe, einer Vielzahl von Gerichtsverfahren und der Verhaftungen des Großteils der Yukos-Führung bereitete der Kreml die Zerschlagung des Yukos-Konzerns vor.

Ihren ersten Höhepunkt erreichte sie in der Zwangsversteigerung der Yukos-Tochter Yuganskneftegas im Dezember 2004. Yuganskneftegas förderte über 60 Prozent des Yukos Öls. Vor der Versteigerung schätzte die Dresdner Bank Investment-Tochter Dresdner Kleinwort Wasserstein (DrKW) im Auftrag des Kreml den Wert von Yuganskneftegas. Sie setzte 14,7 bis 17,3 Mrd. US\$ an, abzüglich der Yukos-Schulden kam die DrKW damit auf einen absoluten Mindestpreis von 10,4 Mrd. US\$.<sup>65</sup> Yukos selbst und Branchenbeobachter schätzten den Wert dagegen eher auf etwa 20 Mrd. US\$.<sup>66</sup>

Als Hauptinteressent für den Kauf von Yuganskneftegas hatte sich Gazprom positioniert und erklärt, einen Kredit von bis zu 13,4 Mrd. US\$ zur Finanzierung des Kaufes aufnehmen zu wollen. Ein Bankenkonsortium erklärte sich schnell bereit, Gazprom das Kapital zu beschaffen. Angeführt wurde es von der Deutschen Bank, die DrKW war mit von der Partie. Beobachter rechneten fest damit, dass Gazprom den Zuschlag erhält.<sup>67</sup> Nachdem Chodorkowskij jedoch in Texas in letzter Minute einen Gerichtsbeschluss gegen die fragwürdige Versteigerung erwirkte, erschien den Banken das Risiko offenbar zu groß. Die Deutsche Bank zog sich zurück, allerdings nicht, ohne in Texas umgehend gegen den Gerichtsbeschluss Einspruch zu erheben.<sup>68</sup> Den Zuschlag bei der Versteigerung bekam das bis dahin völlig unbekannt russische Unternehmen Baikalfinanzgruppe – für 9,4 Milliarden Dollar, was wenig mehr als die Hälfte des allgemein geschätzten Marktwertes war. Nur drei Tage später übernahm der staatliche Ölkonzern Rosneft die Baikalfinanzgruppe vollständig. Im Februar 2006 bestätigte Putin in einem Interview mit einem spanischen Journalisten, dass die Baikalfinanzgruppe extra zur Übernahme von Yuganskneftegas gegründet wurde. Dies sollte Rosneft gegen rechtliche Risiken schützen.<sup>69</sup> Finanziert wurde das Geschäft mit Hilfe chinesischer Banken.<sup>70</sup> Im Gegenzug begann Rosneft im Februar 2005, China Öl zur Hälfte des Marktpreises zu liefern.<sup>71</sup> Somit ist es dem russischen Staat gelungen, Yukos aufzuspalten und die Kontrolle über die Mehrheit des Unternehmens zu übernehmen.

Das voraussichtlich letzte Kapitel bei der Zerschlagung von Yukos wurde Anfang März 2006 eingeleitet. Ein Bankenkonsortium mit Société General an der Spitze, dem auch die Deutsche Bank und die Commerzbank angehören, stellte einen Insolvenzantrag gegen Yukos, um 482 Mio. US\$ Schulden einzutreiben, die der Konzern wegen der Steueranforderungen Russlands noch nicht zurückgezahlt hatte. Kurz bevor das Moskauer Schiedsgericht den Antrag am 28. März behandelte, wurde bekannt, dass die Banken ihre Forderungen über 482 Mio. US\$ zu dem Zeitpunkt bereits an den Staatskonzern Rosneft verkauft hatten. Das inzwischen eröffnete Insolvenzverfahren stärkt Rosneft's Position im Kampf um die Übernahme der letzten Yukos-Anteile: So kann Putin – der immer wieder betont hat, kein Interesse an der endgültigen Zerschlagung von Yukos zu haben – sagen, dass es nicht der Kreml, sondern ausländische Banken waren, die Yukos den Todesstoß versetzten.<sup>72</sup>

Welche Rolle die deutschen Banken sonst noch im russischen Ölsektor spielen, wird im folgenden Kapitel ausführlich erläutert.

# Kapitel 3

<b>Inhalt</b>	<b>Es läuft wie geschmiert: Deutsche Banken und russisches Öl</b>	<b>18</b>
<b>3.1</b>	<b>Ohne Geld kein Öl</b>	<b>19</b>
3.1.1	Finanzierungsformen im Ölsektor	19
3.1.2	Internationale Konsortialkredite	21
3.1.3	Die Besicherung entscheidet über den Kredittyp	21
3.1.4	Umwelt- und Sozialstandards? Fehlanzeige!	23
<b>3.2</b>	<b>Spitzenstellung in einem dreckigen Geschäft: Deutsche Banken im russischen Ölsektor</b>	<b>23</b>
3.2.1	Kredite aus Deutschland für russisches Öl	23
3.2.2	Deutsche Bank	24
3.2.3	Dresdner Bank	25
3.2.4	HypoVereinsbank	26
3.2.5	Commerzbank	27
3.2.6	WestLB	28
3.2.7	Überblicks-Tabellen	29

# Es läuft wie geschmiert: Deutsche Banken und russisches Öl

## 3.1 Ohne Geld kein Öl

Die Ölindustrie jongliert mit Zahlen, die am Rand des Vorstellbaren sind: Hier eine Pipeline für 3,5 Mrd US\$, dort ein Öl- und Gasprojekt, das 20 Mrd. US\$ kosten soll. Die Förderung, Verarbeitung und der Transport von Erdöl sind extrem kapitalintensiv, bereits ohne dass externe Kosten wie Umweltverschmutzung, Gesundheitsfolgen und Klimawandel berücksichtigt werden.

Für Russland beispielsweise schätzt die Internationale Energiebehörde (IEA, International Energy Agency), dass zwischen 2001 und 2030 insgesamt 328 Mrd. US\$, oder durchschnittlich 11 Mrd. US\$ pro Jahr in die Ölindustrie investiert werden müssen<sup>1</sup>, um die vorhandenen Quellen auszubeuten. Fast die Hälfte dieser Investitionen werden getätigt, um den Öldurst der OECD Länder<sup>2</sup> zu stillen.

Das russische Industrie- und Energieministerium veranschlagt sogar einen noch weit höheren Investitionsbedarf, rund 20 Mrd. US\$ pro Jahr für den Zeitraum 2005 bis 2015.<sup>3</sup> Dabei werden die einzelnen Positionen wie folgt beziffert:

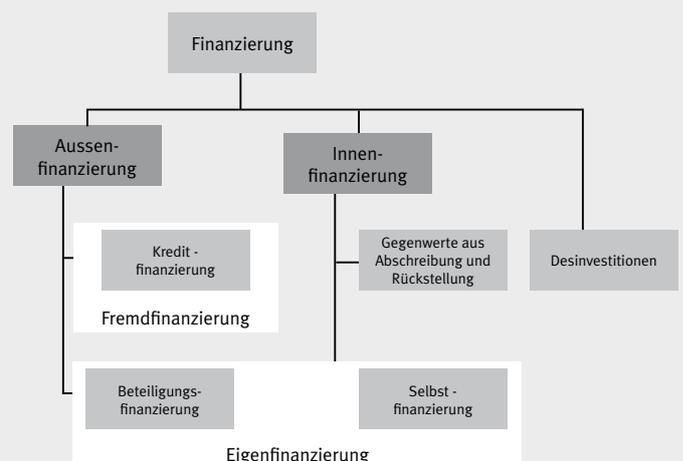
- Suche und Erschließung von neuen Ölfeldern: 31 Mrd. US\$
- Verbesserung der Fördertechnik: 144 Mrd. US\$
- Ausbau des Pipelinesystems und der Hafenanlagen: 13 Mrd. US\$
- Ausbau der Raffineriekapazitäten: 14 Mrd. US\$

Dieser enorme Kapitalbedarf stellt die Ölkonzerne vor das Problem, ausreichend Finanzierungsquellen zu erschließen. Denn Investitionen im Rohstoffsektor binden große Mengen Kapital für eine lange Zeit, was die eigenen Mittel der Ölkonzerne meist übersteigt. Hier beginnt die Rolle der Banken, denn: Ohne Geld kein Öl!

## 3.1.1 Finanzierungsformen im Ölsektor

Die Finanzierung – die umfassende „Versorgung eines Unternehmens mit Kapital“ – gliedert sich nach der Herkunft der Finanzmittel (vgl. Abbildung 3.1). Stammt Geld aus dem selbst erwirtschafteten Kapital, spricht man von Innenfinanzierung.

Abbildung 3.1:  
Gliederung der hauptsächlichsten Finanzierungsformen  
(c) Othmar Lippuner, Switzerland



**Die Innenfinanzierung** setzt sich zusammen aus

- der Selbstfinanzierung (aus einbehaltenen Gewinnen)
- der Finanzierung aus Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, die dem Grunde nach (ob) oder der Höhe nach (wie viel) noch nicht determiniert sind.
- der Finanzierung aus Abschreibungsrückflüssen (Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Umschichtung der Abschreibungsgegenwerte, die in den abzusetzenden Gütern gebunden sind).
- der Desinvestition, d. h. Freisetzung von Kapital im Unternehmen durch Verkauf von Vermögensgegenständen.

**Bei der Außenfinanzierung** wird Kapital von außen in den Betrieb eingebracht, entweder von Einzelpersonen bzw. Banken oder über den Geld- und Kapitalmarkt. Hier wird unterschieden zwischen

- der Beteiligungsfinanzierung (neues Eigenkapital durch Börsengang – IPO, Initial Public Offering), die Erhöhung des Grundkapitals (durch Ausgabe neuer Aktien oder den Verkauf von vorhandenen Aktien)
- und der Fremdfinanzierung bzw. Kreditfinanzierung durch Herausgabe von Unternehmensanleihen (engl. Corporate Bonds) und die Aufnahme von Krediten.

Bei den Unternehmensanleihen handelt es sich um langfristige Forderungspapiere, die über internationale Bankenkonsortien emittiert werden. Sie können wie andere Wert-

papiere auf den Kapitalmärkten gehandelt werden. Sie sind meist fest verzinst und haben eine Laufzeit von fünf bis zehn Jahren, in Einzelfällen können aber auch längere Laufzeiten vereinbart werden. Von der Möglichkeit, internationale Unternehmensanleihen auszugeben, hat vor allem Gazprom in letzter Zeit intensiv Gebrauch gemacht (vgl. Tabelle 3.1). Insgesamt hat sich Gazprom auf diese Weise über 6 Mrd. US\$ und 3 Mrd. Euro beschafft. Daneben sind zur Zeit noch Rosneft mit 150 Mio. US\$, Sibneft mit 900 Mio. US\$ und TNK-BP mit 700 Mio. US\$ auf dem internationalen Anleihe- markt vertreten.

Abbildung 3.2:

Der russische Kreditmarkt nach Volumen und Sektor bis 2005

Quelle: Fisher 2006<sup>5</sup>

### Russian Loan Market by Volume

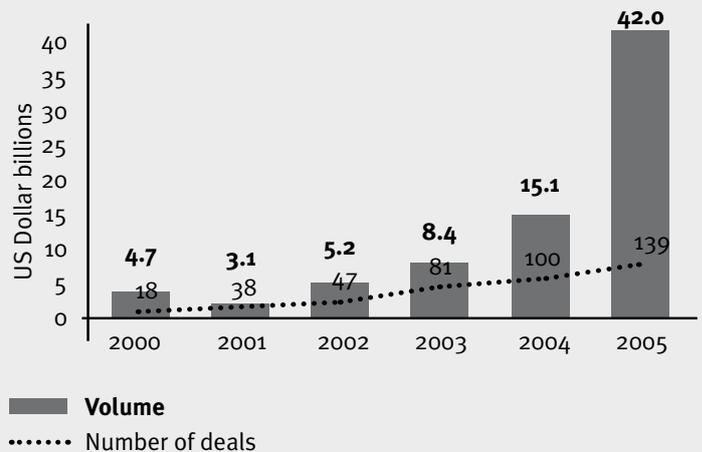


Tabelle 3.1:

Internationale Unternehmensanleihen russischer Öl- und Gasproduzenten

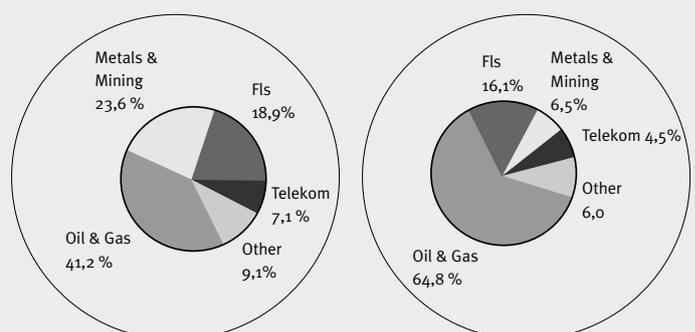
Quelle: Aton Capital, Stand: 05.06.2006<sup>4</sup>

Anleihe	Höhe in Mio.	Laufzeit bis	Zinssatz in %
Gazprom 07	500 US\$	25.04.2007	9,13
Gazprom 09	700 US\$	21.10.2009	10,5
Gazprom 10	1000	27.09.2010	7,8
Gazprom 12	1000	09.12.2012	4,56
Gazprom 13	1750 US\$	01.03.2013	9,63
Gazprom 13a	646 US\$	22.07.2013	5,63
Gazprom 15	1000	01.06.2015	5,875
Gazprom 20	1250 US\$	01.02.2020	7,2
Gazprom 34	1200 US\$	28.04.2034	8,63
Rosneft 06	150 US\$	20.11.2006	12,75
Sibneft 07	400 US\$	13.02.2007	11,5
Sibneft 09	500 US\$	15.01.2009	10,75
TNK-BP 07	700 US\$	06.11.2007	11

### Russian Loan Market by Sector

2004

2005



Hauptsächlich finanziert sich die russische Öl- und Gasindustrie jedoch über mittel- und langfristige Kredite von internationalen Bankenkonsortien. Auf diese Weise beschaffte sie sich allein 2004 über 6,2 Mrd. US\$ und 2005 die exorbitant hohe Summe von 27,2 Mrd. US\$, das sind 64,8 Prozent aller 2005 an Russland vergebenen internationalen Kredite (vgl. Abbildung 3.2).

### 3.1.2

#### Internationale Konsortialkredite

Ein Konsortialkredit wird von einer Gruppe (Konsortium) von Banken an einen Schuldner vergeben. Meist geht es um relativ hohe Kreditsummen, bei denen die Banken zusammenarbeiten, um das Risiko zu streuen. Da es sich um ein Bankensyndikat handelt, spricht man auch von einem syndizierten Kredit. Eine oder mehrere Banken werden mit der Einleitung, Strukturierung und Syndizierung der Kreditvergabe beauftragt (engl. mandated lead arranger, MLA). Das Schreiben von Einladungen zur Teilnahme am Konsortium, die Versendung von Informationen an die teilnehmenden Banken und die Information des Kreditnehmers über den Verlauf der Syndizierung besorgen eine oder mehrere federführende Konsortialbanken (engl. bookrunner). Sie stammen fast ausschließlich aus dem Kreis der MLA. Hinzu kommen weitere Teilnehmer (participants oder auch manager) als Kreditgeber. Die Gläubiger lassen sich also in zwei Gruppen aufteilen:

Die erste Gruppe setzt sich aus den führenden Konsortialbanken (MLA und bookrunner) zusammen, die eine aktive Rolle bei der Auswahl der Konsortialmitglieder, bei den Verhandlungen über die Konditionen und bei der Verwaltung des Kredits spielen. Meist sind dies die Hausbanken des Kreditnehmers, die selbst einen großen Anteil am Kredit übernehmen. Sie erhalten zusätzlich zu einem Zinsaufschlag (siehe unten) verschiedene Provisionen, die wesentlich zu den Einnahmen der Banken und ihrer Einnahmediversifizierung beitragen.<sup>6</sup> Die zweite Gruppe der Kreditgeber bilden die nachgeordneten Banken (participants und manager). Sie stellen meist nur Finanzmittel zur Verfügung und verlassen sich bei der Aushandlung der Kreditbedingungen weitestgehend auf die führenden Konsortialmitglieder.

Der Zinssatz eines Konsortialkredites ergibt sich aus dem so genannten Interbanken-Zinssatz (interbank rate) und dem Zinsaufschlag des Konsortiums (spread), der in Abhängigkeit von der Bonität des Kreditnehmers erfolgt. Der Zinsaufschlag des Konsortiums bleibt meist konstant, während die interbank rate variabel ist und meist nach LIBOR (London Interbank Offered Rate) oder EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) bestimmt wird.<sup>7</sup> Der spread wird dabei in Basis-

punkten (BP, engl. basis points, bps) angegeben. Ein Basispunkt entspricht 0,01 Prozentpunkten – ein spread von beispielsweise 115 Basispunkten würde daher einen Zinsaufschlag von 1,15 Prozentpunkten bedeuten.

Bemerkenswert an den Konsortialkrediten, die in den letzten Jahren an die russische Öl- und Gasindustrie vergeben wurden, ist, dass der spread den die Kreditnehmer zu zahlen hatten stetig gesunken ist – die Kredite also wesentlich günstiger wurden. Mussten die Konzerne 2000 noch einen Zinsaufschlag von 375 bis 600 Basispunkten bezahlen, waren es im Frühjahr 2006 nur noch 55 bis 115 Basispunkte (vgl. Tabelle A3.1 im Anhang).

Konsortialkredite sind heute eine der bedeutendsten Finanzierungsquellen. Etwa ein Drittel aller internationalen Finanzierungen, einschließlich Emissionen von Anleihen, Commercial Paper und Aktien, stellt der internationale Konsortialkreditmarkt zur Verfügung.<sup>8</sup> Weltweit wurden 2005 Konsortialkredite mit einem Volumen von insgesamt 2229 Mrd. US\$ vergeben.<sup>9</sup>

### 3.1.3

#### Die Besicherung entscheidet über den Kredittyp

Entscheidend für das Ob und Wie der Kreditvergabe ist die Frage, welche Sicherheiten den Banken für die Rückzahlung der Kredite gegeben werden, d.h. wie die Kredite besichert werden. Dadurch bestimmt sich, welche Risiken wie von den Banken geprüft werden, bevor sie sich an einem Kreditgeschäft beteiligen. Die Besicherung ist dabei nicht unbedingt von der konkreten Verwendung der Kredite abhängig.

Hauptsächlich wird unterschieden zwischen

- Krediten zur Projektfinanzierung,
- Krediten zur Rohstoff- und Handelsfinanzierung (Commodity & Trade Finance, CTF),
- Firmenkrediten und
- Krediten für Übernahmen.

Einige Rohstoffprojekte werden über die **Projektfinanzierung**<sup>10</sup> abgewickelt: Unter Projektfinanzierung wird die Finanzierung für ein wirtschaftlich und rechtlich abgrenzbares Vorhaben verstanden, das sich selbst refinanzieren soll. Der Schuldendienst, also die Zins- und Tilgungszahlungen, werden aus den Erträgen des Projektes geleistet. Während bei einer konventionellen Unternehmensfinanzierung die Geschäftsbanken in aller Regel ein uneingeschränktes Rückgriffsrecht auf das Vermögen des Unternehmens haben, ist dies bei der Projektfinanzierung nicht der Fall. Durch die Gründung einer eigenständigen Projektgesellschaft können Banken und andere Gläubiger nicht, oder nur noch begrenzt auf die Projektsporen, die das Vorhaben

umsetzen, zurückgreifen. Diese eingeschränkte Absicherung hat zur Folge, dass der Kreditvergabe eine umfangreiche und aufwendige Risikoprüfung voran geht. Die Projektfinanzierung spielt im internationalen Finanzierungsgeschäft allerdings nur eine marginale Rolle. Weltweit wurden 2005 im Rahmen von Projektfinanzierungen Kredite mit einem Volumen von 140 Mrd. US\$ vergeben. Das entspricht gerade einmal 6,3 Prozent der im gleichen Zeitraum vergebenen internationalen Konsortialkredite mit einem Volumen von 2229 Mrd. US\$ (siehe oben). Der Öl- und Gassektor belegte 2005 mit einem Kreditvolumen von 24 Mrd. US\$ und einem Marktanteil von 17 Prozent, Rang 3 im internationalen Projektfinanzierungsgeschäft.<sup>11</sup> Der überwiegende Teil der Projekte im Öl- und Gassektor wird aber auf anderem Wege finanziert.

Die Finanzierung internationaler Rohstoffströme mittels **Rohstoff- und Handelsfinanzierung** (Commodity & Trade Finance, CTF): Das CTF-Geschäft umfasst im Wesentlichen den Handel mit den Energieträgern Rohöl und Gas sowie deren Derivaten, aber auch Stahl und andere marktgängige Rohstoffe. Die Absicherung der Banken erfolgt meist durch Verpfändung der gehandelten Waren oder indem Forderungen (Lieferverträge zwischen dem Produzenten bzw. Exporteur und dem Importeur) abgetreten werden. Finanziert wird dabei die Rohstoffförderung und -verarbeitung sowie der Export, allerdings bleibt unklar, wie und für was die Kredite genau eingesetzt werden. Die Rückzahlung der Finanzierungsmittel erfolgt dabei direkt aus dem Verkaufserlös der Rohstoffe. Wird der Kredit an einen Rohstoff-Produzenten vergeben, um ihn erst in die Lage zu versetzen, die Handelsware zu fördern und auszuführen, wird von einer Exportvorfinanzierung (pre-export financing) gesprochen.

Bestimmend für die Risikoprüfung der Kreditvergabe können hierbei die Bonität (Kreditwürdigkeit) sowohl des Produzenten bzw. Exporteurs als auch des Importeurs der finanzierten Rohstoffe sein. Die Risikoprüfung fällt dabei bedeutend oberflächlicher aus als bei der Projektfinanzierung. Ein Großteil der russischen Öl- und Gasfinanzierung erfolgt durch Rohstoff- und Handelsfinanzierungen: Von 83 recherchierten Krediten (vgl. Tabelle A3.1 im Anhang) waren 35 Kredite zur **Exportvorfinanzierung** und 5 Kredite trade finance facilities.

Eine dritte Möglichkeit der Finanzierung sind **unbesicherte Firmenkredite** (unsecured loan or corporate loan). Sie können nach Belieben eingesetzt werden und werden bezeichnender Weise auch Blankokredite genannt, da sie ohne das Einholen konkreter Sicherheiten, d.h. ohne dass bestimmte Vermögenswerte gewissermaßen für die Erfüllung des Anspruchs des Gläubigers reserviert werden, gewährt werden. Blankokredite setzen ein großes Vertrauen von Seiten des

Kreditinstituts in den Kreditnehmer voraus, das sich üblicherweise durch langjährige Geschäftsbeziehungen herausbildet. Für die Rückzahlung der Kredite haftet der Kreditnehmer mit seinem Vermögen. Entscheidend für das Ob und Wie der Kreditvergabe ist hierbei allein seine Kreditwürdigkeit, die Bonität. Die wichtigste Maßzahl hierfür ist das Rating durch die drei bedeutendsten Ratingagenturen Fitch, Moody's und Standard&Poor's. Der gestiegenen Kreditwürdigkeit der russischen Öl- und Gaskonzerne (vgl. Tabelle 3.2) entspricht die gestiegene Anzahl und Bedeutung solcher unbesicherten Firmenkredite für die russische Öl- und Gasindustrie.

Ein Sonderfall sind **Kredite, die für die Übernahme ganzer Firmen oder Firmenanteile** bereitgestellt werden. Sie spielten 2005 mit 22,6 Mrd. US\$ vom Volumen die Hauptrolle bei der Kreditvergabe an die russische Öl- und Gasindustrie. Ohne die Hilfe von Banken wäre weder die Erhöhung der Staatsanteile an Gazprom auf 51 Prozent noch die Übernahme von Sibneft durch Gazprom möglich gewesen<sup>12</sup>. Die beiden dafür vergebenen Mega-Kredite an Rosneftegaz und Gazprom sind mit 7,5 bzw. 13,1 Mrd. US\$ die größten jemals an ein russisches Öl- oder Gasunternehmen vergebenen Kredite. Abgesichert wurde der Kredit im Falle Rosneftegaz mit einem 49 prozentigen Anteil an Rosneft, zurückgezahlt werden soll er durch den Börsengang der Firma.

Auch Lukoil lieh sich 2005 insgesamt 2 Mrd. US\$, um die in Kasachstan Öl fördernde Firma Nelson Resources zu übernehmen. 2006 lieh sich Lukoil noch einmal 600 Mio. US\$ für den Kauf der in Westsibirien tätigen Marathon Oil.

Tabelle 3.2: Ratings der russischen Öl- und Gaskonzerne für Fremdwährungen

Quelle: Webseiten der Ratingagenturen

	Aktuelle Kreditratings der Ratingagenturen		
	Fitch	Moody's	Standard&Poor's
Gazprom	BB+	Baa2	BB+
Lukoil	BBB-	Ba1	BB
Rosneft	BB+	Baa2	B+
Rusneft	-	-	-
Sibneft	-	Ba2	BB
Slavneft	-	-	-
Tatneft	B	B1	B-
TNK-BP	BB+	Ba1	BB
Transneft	-	Baa2	BB+

### 3.1.4 Umwelt- und Sozialstandards? Fehlanzeige!

Bei der Kreditvergabe an Ölkonzerne spielen Umwelt- und Sozialstandards bislang kaum eine Rolle. Allein in dem relativ unbedeutenden Projektfinanzierungsgeschäft gibt es seit 2003 eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Beachtung gewisser Mindeststandards bei Umweltschutz und Menschenrechten, die so genannten Equator Principles.<sup>13</sup> Bislang haben weltweit 41 Banken die Equator Principles unterschrieben. Zu den deutschen Unterzeichnern gehören die Dresdner Bank, die HVB und die WestLB.

Bei allen anderen Krediten, die an Ölkonzerne vergeben werden – und das ist vom Volumen her der weit überwiegende Teil – werden ökologische und soziale Belange vollkommen ausgeblendet. Dabei wäre es, gerade weil diese Kredite nach Belieben eingesetzt werden können, notwendig, dass Banken in einem so sensiblen Sektor wie dem Ölgeschäft darauf achten, dass ihre Kunden bestimmte Mindeststandards einhalten. Die massiven gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des russischen Ölsektors sind somit auch den kreditgebenden Banken anzulasten.

Eine sektorspezifische Kreditrichtlinie für den Öl- und Gassektor (oil & gas policy) hat bisher nur die niederländische Bank ABN Amro entwickelt. Auch wenn wir den Ansatz grundsätzlich begrüßen, mittels einer Sektorpolicy Kriterien festzulegen, die für alle Kreditgeschäfte in diesem Bereich gelten, kann die Öl- und Gaspolicy von ABN Amro trotzdem nicht als Vorbild gelten. Sie ist geheim und damit den Betroffenen von Ölprojekten nicht zugänglich und sie hat ABN Amro bisher nicht daran gehindert, sich an höchst kritischen Öl- und Gasprojekten zu beteiligen.

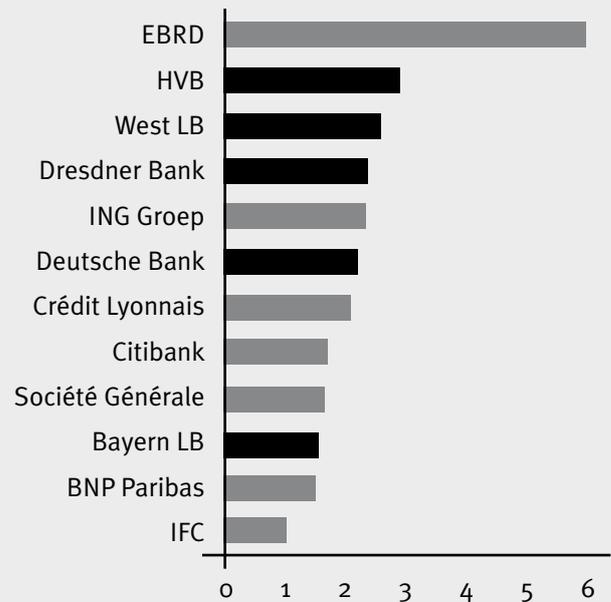
## 3.2 Spitzenstellung in einem dreckigen Geschäft: Deutsche Banken im russischen Ölsektor

### 3.2.1 Kredite aus Deutschland für russisches Öl

Deutsche Banken sind seit langem auf dem russischen Kreditmarkt vertreten. Zwischen 1991 und 2002 haben russische Kreditnehmer allein bei den fünf Großbanken HVB, WestLB, Dresdner Bank, Deutsche Bank und BayernLB ca. 11 Mrd. US\$ Schulden angehäuft. Damit gehören deutsche Banken zur Spitzengruppe auf dem russischen Kreditmarkt (vgl. Abbildung 3.3).

Abbildung 3.3:  
Kumulative Verbindlichkeiten internationaler Banken in Russland von 1991 bis 2002 in Mrd. US\$

Quelle: EBRD 2004<sup>14</sup>



Einen Überblick über die Kreditvergabe deutscher Banken an die russische Öl- und Gasindustrie gibt Tabelle 3.3 (Seite 24). Grundlage der Tabelle ist die Auswertung von 83 Krediten mit einer Kreditsumme von zusammengenommen über 60 Mrd. US\$. Diese Kredite wurden laut Euroweek in den letzten 9 Jahren von den Energiekonzernen Gazprom, Lukoil, Rosneft, Russneft, Sibneft, Slavneft, Tatneft, TNK-BP, Yukos und dem Pipelinebetreiber Transneft aufgenommen (vgl. Tabelle A3.1).<sup>15</sup> Surgutneftegaz, die Nummer vier unter Russlands Ölkonzernen trat nicht als Kreditnehmer in Erscheinung. Jedoch hat Surgutneftegaz in den letzten Jahren ca. 11 Mrd. US\$ auf Firmenkonten angesammelt und gilt als potentieller Aufkäufer anderer Ölfirmen.<sup>16</sup>

Bei mehr als der Hälfte der Kredite (44 von 83 Krediten mit einer Kreditsumme von 47 Mrd. US\$) waren zehn deutsche Banken als führende Konsortialbanken – als mandated lead arranger (MLA) oder bookrunner – beteiligt. Hinzu kommen noch einmal 21 Kredite, bei denen deutsche Banken als nachgeordnete Konsortialmitglieder – als arranger, participants oder manager – Geldmittel zur Verfügung stellten. Insgesamt waren 16 der größten deutschen Banken (vgl. Tabelle A3.2 im Anhang) an 68 Krediten beteiligt, das sind über 80 Prozent der vergebenen Kredite mit einer Kreditsumme von 55 Mrd. US\$.

Im Folgenden sollen die fünf aktivsten deutschen Banken, ihre Kreditvergabe und ihr weiteres Engagement kurz vorgestellt werden. Dabei handelt es sich um die vier größten deutschen Privatbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank, HypoVereinsbank (HVB) und Commerzbank sowie das öffentlich-rechtliche Kreditinstitut WestLB. Außer diesen waren auch die Bayerische Landesbank BayernLB, die Landesbank für Hamburg und Schleswig-Holstein HSH Nordbank, die genossenschaftliche DZ Bank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW und die Bankgesellschaft Berlin als federführende Konsortialmitglieder an Krediten beteiligt. Sie bilden das Mittelfeld bei den insgesamt unterstützten Krediten. Hinzu kommt das Engagement sechs weiterer Banken, die als reine Kreditgeber auftraten: Die Norddeutsche Landesbank NordLB, die Landesbank Rheinland-Pfalz LRP, die Landesbank Hessen-Thüringen Helaba, die Deka Bank, die Landesbank Sachsen Sachsen LB und die Landesbank Baden-Württemberg LBBW.

### 3.2.2 Deutsche Bank

Die Deutsche Bank AG ist das größte deutsche Kreditinstitut und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Im Mai 2006 feierte die Deutsche Bank ihr 125 jähriges Jubiläum im Russlandgeschäft und ist wohl das Kreditinstitut, das dort am längsten aktiv ist. So übernahm die Bank 1926 die Konsortialführung der ersten deutsch-russischen Exportfinanzierung und beaufsichtigte in den 70er Jahren die Beschaffung von Mitteln zur Finanzierung von Röhren für den Bau der Druzhba Gaspipeline von Russland nach Europa. Folglich erhielt die Deutsche Bank 1972 als erstes westliches Unternehmen überhaupt die Erlaubnis, eine Repräsentanz in der Sowjetunion aufzubauen. Seit 1998 ist sie durch ihre Tochter Deutsche Bank Ltd. Moscow<sup>17</sup> in Russland vertreten. Die Deutsche Bank war an 8 Krediten mit einer Kreditsumme von 6,8 Mrd. US\$ als MLA oder bookrunner beteiligt. Jeweils

Tabelle 3.3:

Internationale Konsortialkredite für die russische Öl- und Gasindustrie 1997-2006 in Mio. US\$

Quelle: Eigene Berechnung nach Euroweek (vgl. Tabelle A3.1 im Anhang)

Banken	an Krediten insgesamt beteiligt	in %	Kreditsumme insgesamt (in Mio. US\$)	beteiligt als MLA oder Bookrunner	in %	Kreditsumme insgesamt (in Mio. US\$)
Alle Banken	83	100%	60375	83	100%	60375
Deutsche Banken	68	82%	55165	45	54%	47935
Dresdner Bank	24	29%	38915	16	19%	35940
HVB	32	39%	25072	14	17%	5995
Commerzbank	27	33%	13522	14	17%	7167
WestLB	26	31%	15439	12	14%	8609
Deutsche Bank	11	13%	12525	8	10%	6760
BayernLB	28	34%	30078	6	7%	6198
HSH Nordbank	17	20%	12835	3	4%	3250
DZ Bank	18	22%	14388	3	4%	4100
KfW	10	12%	9513	1	1%	1100
Bankgesellschaft Berlin	15	18%	7052	1	1%	230
NordLB	11	13%	11230	0	0%	0
LRP	10	12%	7750	0	0%	0
Helaba	9	11%	9065	0	0%	0
Deka Bank	7	8%	6771	0	0%	0
Sachsen LB	7	8%	4447	0	0%	0
LBBW	2	2%	1272	0	0%	0

3 Kredite an Gazprom und Rosneft und einen Kredit an TNK-BP und Yukos hat sie aktiv mitgestaltet (vgl. Tabelle 3.4, Seite 28). Ihren letzten großen Auftritt als federführende Konsortialbank hatte sie bei der Syndizierung eines 2 Mrd. US\$ Kredits zur Exportvorfinanzierung an Rosneft im November 2005. Für Gazprom arrangierte sie zusammen mit KfW, Dresdner Bank, BayernLB und Commerzbank einen 1,1 Mrd. US\$ Kredit zur Refinanzierung früherer Kredite. Für TNK-BP organisierte sie als alleiniger MLA und bookrunner 200 Mio. US\$ zur Exportvorfinanzierung. Die besondere Rolle, die der 1 Mrd. US\$ Kredit an Yukos vom Dezember 2003 bei der Zerschlagung von Yukos spielte, ist im Kapitel 3.3, Der Fall Yukos, genauer beschrieben.

Neben ihrem Engagement als federführendes Konsortialmitglied trat die Deutsche Bank außerdem noch bei 3 Krediten an Gazprom, Rosneft und Lukoil als nachgeordneter Kreditgeber auf.

Anfang 2006 übernahm die Deutsche Bank zudem die restlichen 60 Prozent an der russischen Investmentbank United Financial Group (UFG), von der sie 2004 schon 40 Prozent erworben hatte. Über den Kaufpreis kann nur spekuliert werden, beide Seiten haben vereinbart, die finanziellen Konditionen des Erwerbs nicht zu veröffentlichen. Das Handelsblatt (28.02.2006) berichtet, dass Analysten den Unternehmenswert der UFG auf insgesamt 700 Mio. US\$ schätzen. Die jetzt Deutsche UFG genannte Bank<sup>18</sup> ist vor allem als Finanzberater (financial adviser) für die größten russischen und multinationalen Konzerne tätig. Sie hat bei zahlreichen bedeutenden Transaktionen und Übernahmen im russischen Ölsektor eine Rolle gespielt:<sup>19</sup>

- Sechs mal war die Deutsche UFG seit 2001 für Gazprom tätig. Zuletzt im Herbst 2005 als financial adviser bei der 13,1 Mrd. US\$ schweren Übernahme von Sibneft.

- Für TNK-BP war die Deutsche UFG ebenfalls 2005 zuletzt tätig. Sie beriet den Konzern beim Verkauf ihrer Töchter Orsknefteorgsintez, Orenburgnefteprodukt und Neftemaslosawod (alle drei Gebiet Orenburg) an Russneft, Wert unbekannt.

- Als financial advisor von BP begleitete die UFG den Einstieg von BP bei TNK für 6,35 Mrd. US\$, die bis heute größte Auslandsinvestition in Russland.

- Außerdem ist die Deutsche UFG laut Euroweek<sup>20</sup> zusammen mit der Dresdner Kleinwort Wasserstein Mitglied des Bankenkonsortiums, das für den Börsengang von Rosneft zuständig ist. Mit dem Erlös des Börsengangs will Rosneftgaz den 7,5 Mrd. US\$ Kredit zurückzahlen, den das Unternehmen für die Übernahme von Gazpromanteilen gebraucht hat.

### 3.2.3 Dresdner Bank

Das zur Zeit wahrscheinlich aktivste deutsche Finanzunternehmen auf dem russischen Markt ist die Dresdner Bank AG. Sie ist das drittgrößte Kreditinstitut Deutschlands mit Sitz in Frankfurt am Main. Seit 2001 ist sie als Tochtergesellschaft in den Allianz-Konzern eingegliedert. In Russland ist die Dresdner Bank bereits seit 1972 vertreten.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion gründete sie 1993 gemeinsam mit der Banque Nationale de Paris (BNP) die Tochtergesellschaft BNP-Dresdner Bank (Rossija) in St. Petersburg und erhielt als erste ausländische Bank in Russland eine volle Banklizenz. 2001 kaufte die Dresdner Bank der BNP ihren 50 Prozent Anteil ab und änderte ihren Namen in Dresdner Bank ZAO<sup>21</sup>. Zuständig für das russische Kreditgeschäft ist inzwischen die Investment-Tochter der Dresdner Bank, die Dresdner Kleinwort Wasserstein (DrKW).

Aufsehen um das Russlandgeschäft der DrKW erregte im Februar 2005 ein Bericht des Wall Street Journal (WSJ).<sup>22</sup> Das WSJ hatte recherchiert, dass Matthias Warnig, bis zu seinem Wechsel zur Nordeuropäischen Gasleitung (NEGP) Russland-Chef der Dresdner Bank, bis 1989 als Major des Ministeriums für Staatssicherheit Westfirmen ausspionierte. Die Behauptung des WSJ, dass sich Matthias Warnig und Wladimir Putin (damals für den KGB in Dresden tätig) bereits aus dieser Zeit kennen, konnte nicht bewiesen werden. Umstritten bleibt auch, ob die offiziell seit 1991 guten persönlichen Kontakte Warnings zu Putin, der 1993 stellvertretender Oberbürgermeister von St. Petersburg und damit zuständig für die Lizenzvergabe war, die Lizenzvergabe begünstigten. Fest steht jedoch, dass Warnig und den russischen Präsidenten ein freundschaftliches Verhältnis verbindet und dass die Dresdner Bank 1995 nach einem Autounfall eine Reise von Putins Frau Ludmilla zu einem Klinikaufenthalt in Deutschland finanziert hat. In der russischen Presse wird vermutet, dass hier möglicherweise eine Hand die andere wusch.<sup>23</sup>

Die Dresdner Bank war an 16 Krediten mit einer Kreditsumme von 35,9 Mrd. US\$ als MLA oder bookrunner beteiligt, das sind fast 20 Prozent aller recherchierten Kredite. Sie übernahm die Federführung bei jeweils 6 Krediten an Gazprom und Rosneft, 2 Krediten an TNK-BP und einem Kredit an Lukoil und Tatneft (vgl. Tabelle 3.4, Seite 28). Wie bei der Deutschen Bank sind die staatlichen Konzerne Gazprom und Rosneft die besten Kunden der Dresdner Bank, sie ma-

chen drei Viertel ihres gesamten Engagement als MLA oder bookrunner aus. Sie war auch als einzige deutsche Bank aktiv an den beiden Mega-Übernahmekrediten an Gazprom und Rosneftegaz beteiligt. Dafür wählte das Magazin Euroweek die DrKW zum „Best Arranger of Russian Loans 2005“. Die beiden Kredite an Gazprom und Rosneftegas belegten Platz 1 und 2 in den Kategorien „Best Russian Loan“ und „Best Emerging Markets Loan“. Außerdem war die DrKW an einem 600 Mio. US\$ Kredit für Lukoil zum Kauf von Marathon Oil beteiligt.

Abseits der Übernahmekredite war die DrKW für Gazprom zusammen mit der Deutschen Bank bei einem 1,1 Mrd. US\$ Kredit tätig. Für Rosneft arrangierte sie mit Beteiligung der Deutschen Bank zwei 2 Mrd. US\$ Kredite zur Exportvorfinanzierung. Auch für TNK-BP organisierte die DrKW einen Kredit über 1 Mrd. US\$.

Außer als MLA oder bookrunner beteiligte sich die Dresdner Bank noch an weiteren 8 Krediten als nachgeordneter Kreditgeber, unter ihnen auch der 1 Mrd. US\$ Kredit an Yukos vom Dezember 2003 (siehe Kapitel 2.3, Der Fall Yukos). Die DrKW ist zudem als financial advisor u.a. für Gazprom, Rosneft, Lukoil und Tatneft tätig. Den Gaskonzern beriet sie sowohl bei der Entwicklung einer Ölgeschäft-Strategie als auch bei der Übernahme der russischen Ölfirma Sibneft. Und wie bei der Deutschen Bank bereits erwähnt, ist sie Mitglied in dem Bankenkonsortium, das mit dem Börsengang von Rosneft beauftragt ist.

Massiv ausbauen wollte die Dresdner Bank ihre Stellung auf dem russischen Markt zuletzt im Dezember 2005. Es sollte die bislang größte Investition eines deutschen Finanzunternehmens auf dem russischen Markt werden: Die Übernahme von insgesamt 6,67 Millionen neu ausgegebenen Aktien oder 33,3 Prozent der Anteile der Gazprombank für rund 810 Millionen US\$. Die Gazprombank ist die drittgrößte Kreditanstalt in Russland und wird bislang komplett von Gazprom kontrolliert. Das Geschäft der Gazprombank ist in hohem Maße mit Gazprom verbunden: Sie verwaltet gegenwärtig etwa 90 Prozent der Exporteinnahmen und 75 Prozent des Binnenzahlungsverkehrs von Gazprom.

Aufsehen erregte das Vorhaben, weil das Aktienpaket weit unter Wert verkauft werden sollte. Der marktgerechte Preis von einem Drittel der Gazprombank wird auf 2,2 Mrd. US\$ geschätzt. Als Erklärung für den günstigen Kaufpreis wurde neben den engen Beziehungen der Dresdner Bank und Gazprom die enge Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland aufgeführt. Michail Matownikow, Generaldirektor des Zentrums für Wirtschaftsanalyse in Russland kommentierte: „Deutschland ist sowohl für Wladimir Putin als auch für Gazprom ein strategischer Partner. Ein Drittel von Gazproms wichtigster Bank einem „Fremdling“ zu verkaufen, wäre unmöglich, egal wie viel dieser dafür bietet.“<sup>24</sup> Das Geschäft platzte jedoch, weil sich Gazprom Ende Juni 2006 gegen den Verkauf unter Wert aussprach und mitteilte, einen großzügigeren Käufer gefunden zu haben.<sup>25</sup>

Umwelt-NGOs kritisierten die beabsichtigte Beteiligung der Dresdner Bank an der Gazprombank vor allem, weil die Gazprombank massiv am russischen Geschäft mit der Atomkraft beteiligt ist: Die Gazprombank hält 49,8 Prozent der Aktien von AtomStroyExport, dem russischen Kernkraftwerksbauer, der seit mehr als 50 Jahren Kernkraftwerke außerhalb Russlands errichtet. Bereits im Oktober 2004 hat die Gazprombank 18 Prozent der Anteile von AtomStroyExport gekauft, ab März 2005 hielt sie zwischenzeitlich mit 53,9 Prozent sogar die Aktienmehrheit.<sup>26</sup> Ende Februar 2006 verkaufte sie jedoch knapp über 4 Prozent der Aktien an den russischen Staat, der seinen Anteil an AtomStroyExport damit auf 50,2% steigerte.<sup>27</sup> Die Gazprombank ist gleichzeitig einer der Hauptkreditgeber für die ausländischen Verträge von AtomStroyExport.

### 3.2.4 HypoVereinsbank

Die HypoVereinsbank AG (HVB-Group) ist das viertgrößte private deutsche Kreditinstitut und hat ihren Sitz in München. Mit ihrer Tochter-Bank Austria Creditanstalt ist sie zugleich Marktführer in Österreich. Mitte Juni 2005 wurde die HVB für etwa 20 Mrd. Euro von der Mailänder

Großbank UniCredit übernommen, die seitdem 93,93% der Anteile hält. In Russland ist die HVB in dreifacher Weise vertreten:

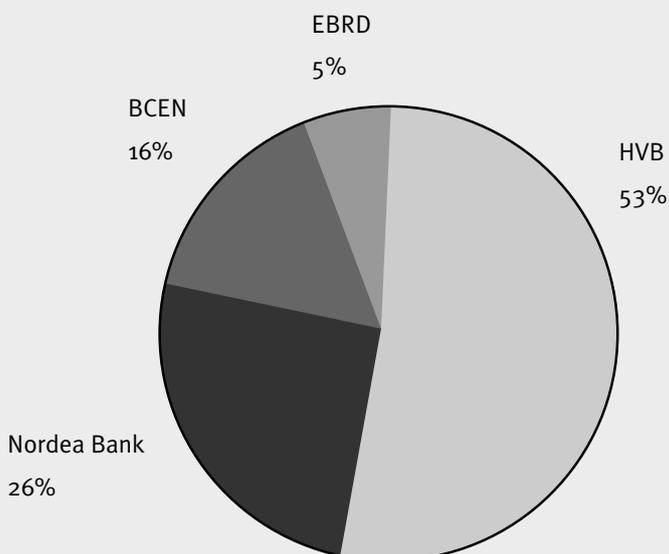
- durch eine HVB Group Repräsentanz in Moskau
- durch die Bank Austria Creditanstalt Tochter CA IB Corporate Finance Russia
- durch ihre Mehrheitsbeteiligung von 53 Prozent an der International Moscow Bank PLC (IMB).<sup>28</sup>

Die IMB ist die achtgrößte Bank Russlands und betreut als Universalbank sowohl Privat- als auch Firmenkunden. Unter den Kunden der IMB befinden sich nach Angaben der Bank 80 der 200 größten russischen Unternehmen. Neben der HVB ist die Nordea Bank Finland mit 26 Prozent, die BCEN-Eurobank aus Frankreich mit 16 Prozent und die EBRD mit 5 Prozent beteiligt. Nach Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden der IMB, Peter O. Kölle, hat das starke Engagement der HVB in Russland sie so attraktiv für die Übernahme durch die Unicredit gemacht.<sup>29</sup>

Abbildung 3.4:

Shareholder der International Moscow Bank

Quelle: International Moscow Bank, Shareholders, <http://www.imb.ru/en/about/shareholders/>



Die HVB war an 14 Krediten mit einer Kreditsumme von 6 Mrd. US\$ als MLA federführend beteiligt. Auch die HVB unterhält enge Kontakte zu Gazprom und Rosneft, 4 bzw. 5 Kredite hat sie für diese Firmen mit arrangiert. Außerdem hat sie jeweils 2 Kredite für TNK-BP und Russneft und einen für Tatneft organisiert (vgl. Tabelle 3.4, Seite 28). Sie ist damit die einzige deutsche Bank, die Kredite für Russneft mitorganisierte, 300 Mio. US\$ für Russneft selbst und 75 Mio. US\$ für die in Westsibirien tätige Russneft-Tochter Goloil. Außerdem beteiligte sich die HVB (gemeinsam mit WestLB und BayernLB) am ersten unbesicherten internationalen Konsortialkredit für TNK-BP im November 2005 über 500 Mio. US\$.

Darüber hinaus beteiligte sich die HVB an 18 Krediten, bei denen sie eine weniger prominente Rolle spielte. Mit insgesamt 32 Krediten war sie an fast 40 Prozent der recherchierten Kredite beteiligt (vgl. Tabelle 3.5, Seite 29), mehr als alle anderen deutschen Banken.

### 3.2.5 Commerzbank

Die Commerzbank AG war mit einer Konzernbilanzsumme von 420 Mrd. Euro bis vor kurzem das viertgrößte Kreditinstitut Deutschlands. Nach der Übernahme der Hypothekensbank Eurohypo zum 31.03.2006 ist sie mit einer Konzernbilanzsumme von 700 Mrd. Euro zur Nummer 2 der deutschen Kreditinstitute aufgestiegen. In Russland ist sie seit Dezember 1998 mit ihrer Tochter Commerzbank (Eurasija) SAO<sup>30</sup> präsent.

Die Commerzbank war wie die HVB an 14 Krediten federführend beteiligt (vgl. Tabelle 3.4, Seite 28). Auch für die Commerzbank sind Gazprom und Rosneft die bedeutendsten Geschäftspartner im russischen Öl- und Gassektor. An Krediten für den Ölkonzern Slavneft und den Pipelinekonzern Transneft war sie als einzige deutsche Bank federführend beteiligt. Zusätzlich war sie an 13 weiteren Krediten als Kreditgeberin vertreten und ist die einzige deutsche Bank, die Geschäfte mit allen 10 untersuchten russischen Öl- und Gas-Konzernen gemacht hat.

### 3.2.6 WestLB

Die WestLB AG ist eine international tätige Geschäftsbank mit Sitz in Düsseldorf und Münster. Mit einer Bilanzsumme von 265 Mrd. Euro (per 31.12.2005) nimmt sie Platz 9 unter den deutschen Finanzdienstleistern ein. Anteilseigner der WestLB AG sind zurzeit der Rheinische Sparkassen- und Giroverband sowie der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (mit je über 25 Prozent), das Land Nordrhein-Westfalen (mit 17,081%) und die NRW.BANK (mit 31,555%). Die NRW.BANK ihrerseits gehört zu 64,744% dem Land Nordrhein-Westfalen sowie den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe zu jeweils 17,628%.

Nach eigenen Angaben ist die WestLB seit 30 Jahren auf dem russischen Markt aktiv. Seit 1995 ist sie mit ihrer Tochtergesellschaft WestLB Vostok ZAO auch in Moskau vor Ort. Die WestLB Vostok bietet ihren Kunden, zu denen nationale und internationale Konzerne, der russische Staat und Banken gehören, eine umfassende Palette an Bankprodukten und Dienstleistungen an. Besonders im Bereich der Commodity-

und Projektfinanzierungen präsentiert sich die Bank als eine der führenden auf dem russischen Markt. Hierzu zählt sie insbesondere mittelfristige Exportvorfinanzierungen, um den Transport russischen Erdöls nach Deutschland finanziell abzusichern.

Anfang 2004 beschäftigten sich urgewald und Südwind intensiv mit der WestLB<sup>31</sup> und deckten in der Studie „International und katastrophal – das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB“ auf, dass die Finanzierung von Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern und in ökologisch und entwicklungspolitisch sensiblen Sektoren wie Öl, Gas, Bergbau und Energie ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Belange durchgeführt wurde. Etwa ein halbes Jahr vor dem Erscheinen der Studie hat die WestLB sich bei der Projektfinanzierung verpflichtet, die sogenannten Equator Principles einzuhalten (siehe oben). Die WestLB ist eine der weltweit führenden Banken im Öl- und Gassektor und auch in Russland sehr aktiv. Hier war sie an 12 Krediten mit einer Kreditsumme von 8,6 Mrd. US\$ als MLA oder bookrunner beteiligt: 6 Kredite an Gazprom, 3 Kredite an TNK-BP, 2 Kredite an Sibneft und einen Kredite an Rosneft hat sie

Tabelle 3.4:

Anzahl der Kredite und deren Kreditsumme in Mio. US\$ bei denen deutsche Banken federführend als MLA oder bookrunner beteiligt waren

Quelle: Eigene Berechnung nach Euroweek

	Gazprom	Lukoil	Rosneft	Russneft	Sibneft	Slavneft	Tatneft	TNK-BP	Yukos	Transneft	Summe
Dresdner Bank	6 20660	1 600	6 12580				1 100	2 2000			16 35940
HVB	4 2100		5 1720	2 375			1 300	2 1500			14 5995
Commerzbank	5 3702	1 60	3 1800			1 180	1 125		2 1050	1 250	14 7167
WestLB	6 3987		1 2000		2 922			3 1700			12 8609
Deutsche Bank	3 2260		3 3300					1 200	1 1000		8 6760
BayernLB	4 4698							2 1500			6 6198
HSH Nordbank	1 1100		1 2000		1 150						3 3250
DZ Bank	1 1100		1 2000					1 1000			3 4100
KfW	1 1100										1 1100
Bankgesellschaft Berlin	1 230										1 230
Summe	17 27203	2 660	9 13720	2 375	3 1072	1 180	3 525	5 2900	2 1050	1 250	45 47935
Gesamt	19 27928	9 6575	14 14510	3 575	11 3092	4 640	6 915	12 4590	3 1150	2 400	83 60375
Beteiligung in Prozent	89% 97%	22% 10%	64% 95%	67% 65%	27% 35%	25% 28%	50% 57%	42% 63%	67% 91%	50% 63%	54% 79%

aktiv mitgestaltet (vgl. Tabelle 3.4). Als federführendes Konsortialmitglied nahm die WestLB an der Syndizierung eines 2 Mrd. US\$ Kredits zur Exportvorfinanzierung an Rosneft teil, ebenso wie am ersten unbesicherten 500 Mio. US\$ Kredit für TNK-BP. Für Gazprom organisierte sie zuletzt 972 Mio. US\$.

Zusätzlich zu ihrem Engagement als federführendes Konsortialmitglied beteiligte sich die WestLB an 14 weiteren Krediten (vgl. Tabelle 3.5). Unter anderem gehört dazu ein 2 Mrd. US\$ Kredit an Lukoil zur Finanzierung der Übernahme von Nelson Resources. Außerdem der 765 Mio. US\$ Handelskredit an Lukoil, den der Konzern mit großer Wahrscheinlichkeit auch zur Finanzierung der Ölplattform D-6 verwendete (vgl. Kapitel 4.3). An diesem Kredit waren ebenfalls die Deutsche Bank, DrKW, HVB und Commerzbank sowie die BayernLB, die DZ Bank und die Helaba beteiligt.

### 3.2.7 Überblicks-Tabellen

Alle aufgeführten deutschen Banken haben sich an Krediten für Gazprom beteiligt. Ähnlich bedeutend ist das Engagement für Lukoil, Rosneft und TNK-BP. Außerdem waren deutsche Banken an allen Krediten beteiligt, die an Russneft und Transneft vergeben wurden. Eine Aufstellung der verfügbaren Informationen zu den 83 recherchierten Krediten findet sich in Tabelle A3.1 im Anhang.

Tabelle 3.5:

Anzahl der Kredite und deren Kreditsumme in Mio. US\$ bei denen deutsche Banken beteiligt waren

	Gazprom	Lukoil	Rosneft	Russneft	Sibneft	Slavneft	Tatneft	TNK-BP	Yukos	Transneft	Summe
Dresdner Bank	6 20660	3 1425	8 12770			1 160	1 100	4 2800	1 1000		24 38915
HVB	8 7332	2 795	9 13260	3 575	2 525	2 410	3 525	3 1650			32 25072
Commerzbank	6 6702	3 1005	3 1800	2 500	3 700	2 340	2 425	2 600	1 1050	1 400	27 13522
WestLB	9 5547	3 3240	3 2180	1 300	3 1222		2 400	4 2300		1 250	26 15439
Deutsche Bank	4 5260	1 765	4 5300					1 200	1 1000		11 12525
BayernLB	8 11458	4 3300	7 11980		3 680	1 160	2 400	3 2100			28 30078
HSH Nordbank	5 5750		5 5450	1 300	3 575	1 160		2 600			17 12835
DZ Bank	8 6658	4 3270	2 2500		1 200	1 160		2 1600			18 14388
KfW	6 7858	1 475	1 800			1 180		1 200			10 9513
Bankgesellschaft Berlin	4 1880		3 2290		4 1302	1 180	2 400	1 1000			15 7052
NordLB	6 8250		2 1300			1 180		2 1500			11 11230
LRP	2 4100		3 1450		1 200	1 250		2 1500		1 250	10 7750
Helaba	3 2650	1 765	4 4650					1 1000			9 9065
Deka	1 1526	1 765	3 3300			1 180		1 1000			7 6771
Sachsen LB	5 3722	1 475								1 250	7 4447
LBBW	2 1272										2 1272
Summe	17 27203	7 4110	13 14210	3 575	8 2152	3 590	4 625	9 4250	2 1050	2 400	68 55165
Gesamt	19 27928	9 6575	14 14510	3 575	11 3092	4 640	6 915	12 4590	3 1150	2 400	83 60375
Beteiligung in Prozent	89% 97%	78% 63%	93% 98%	100% 100%	73% 70%	75% 92%	67% 68%	75% 93%	67% 91%	100% 100%	82% 91%

# Kapitel 4

## Inhalt

<b>Risiken beim Transport, Katastrophen vor Ort: Umweltschutz auf dem Papier und in der Realität</b>	<b>31</b>
<b>4.1 Umweltschutz in Russland – Top oder Flop?</b>	<b>31</b>
4.1.1 Umsetzung mangelhaft	31
4.1.2 Die ökologischen Kosten der russischen Ölindustrie	32
4.1.3 Schwimmende Gefahr: Öltanker in der Ostsee	33
4.1.4 Die Fallbeispiele	34
<b>4.2 Ostsibirien-Pazifik Ölpipeline: Präsidentenbasta zugunsten des Baikalsees</b>	<b>34</b>
4.2.1 Erdöl gen Osten	34
4.2.2 Abstimmen bis das Ergebnis passt	34
4.2.3 Breiter Protest	35
<b>4.3 Rücksichtslose Ölausbeutung in Westsibirien und der Komi-Republik</b>	<b>35</b>
4.3.1 Das Samotlor-Ölfeld: Eine ökologische Katastrophenzone	35
4.3.2 Republik Komi und Jamal-Halbinsel: Ölförderung und Klimawandel	37
<b>4.4 Ölbohrung vorm Weltnaturerbe - Lukoil bedroht die Kurische Nehrung</b>	<b>38</b>
4.4.1 Welterbe Kurische Nehrung	39
4.4.2 Partizipationsbeschränkung und Manipulation	40
4.4.3 Beeinflussung der Presse	40
4.4.4 Fragwürdiger ökonomischer Nutzen	41
4.4.5 Internationale Ignoranz und unzureichende Unfallpläne	41
4.4.6 Engagement gegen das D6-Projekt	42
4.4.7 Finanzierung	42
<b>4.5 Sachalin II: Gigantismus im fernen russischen Osten</b>	<b>43</b>
4.5.1 Abschied von den letzten ihrer Art?	43
4.5.2 Das Flussüberquerungsdesaster	44
4.5.3 Ich teile mit Mir: Shells Profit-Sharing-Agreement	44
4.5.4 Protest und die Rolle der Osteuropabank	44
<b>4.6 Fazit</b>	<b>45</b>

# Risiken beim Transport, Katastrophen vor Ort: Umweltschutz auf dem Papier und in der Realität

## 4.1 Umweltschutz in Russland – Top oder Flop?

Auf dem Papier ist der Umweltschutz in Russland stark. 1991 wurde ein Umweltschutzgesetz beschlossen, in dem

- das Bürgerrecht auf eine gesunde Umwelt und
- das Recht auf Umweltinformationen (Artikel 11),
- umfangreiche Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Bürger (Artikel 12),
- Nutzungs- und Verschmutzungsabgaben (Artikel 20)
- sowie die Festlegung von Umweltnormen wie Grenzwerte oder Höchstmengen (Artikel 26) gesetzlich verankert wurden.

In Teilen sind diese Gesetze schärfer als in Deutschland. So kennt die russische Umweltverträglichkeitsprüfung, genannt Ökologische Expertise, eine eigene „Gesellschaftliche Expertise“. Dabei kann die Öffentlichkeit oder NGOs eine Gutachterkommission zusammenstellen, die die Zulässigkeit eines Vorhabens und die Vollständigkeit der eingereichten Materialien prüft. Der Vorhabensträger ist verpflichtet alle relevanten Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaftliche Expertise schließt genau wie die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit einer Entscheidung zur Zulässigkeit oder Unzulässigkeit eines Vorhabens ab, die bei der Genehmigung durch die Behörde berücksichtigt werden muss.<sup>1</sup>

Mit dem „Recht auf Umweltschutz“ in Artikel 42 und der „Pflicht zur Schonung der Umwelt“ in Artikel 58 wurde der Umweltschutz 1993 auch in der Verfassung der Russischen Föderation fest verankert. Doch die Realität sieht anders aus:

Etwa 15 Prozent der Landesfläche gelten als ökologische Katastrophengebiete. Etwa 19 Prozent der Siedlungsflächen weisen Schwermetallkonzentrationen auf, die über den geltenden Grenzwerten liegen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzflächen ist mit Schadstoffen belastet, 30 bis 50 Prozent aller Lebensmittel weisen gesundheitsschädigende Rückstände auf. Laut offiziellen Angaben leben etwa 67 Prozent der Bevölkerung in Gebieten, in denen die Luft oberhalb der geltenden Grenzwerte verschmutzt ist und ca. 70 Prozent der Bevölkerung nutzt Trinkwasser, das nicht den internationalen Mindest-Reinheitsstandards entspricht. Entsprechend gering ist die Lebenserwartung in Russland, für Männer liegt sie bei nur 58 Jahren. Jedes Jahr sterben in Russland schätzungsweise 350.000 Menschen aufgrund von Umweltschäden.<sup>2</sup>

### 4.1.1 Umsetzung mangelhaft

Ein Hauptgrund für die katastrophalen Verhältnisse ist, dass die existierenden Umweltschutzmechanismen nicht umgesetzt werden. Der Staat ignoriert ökologische Probleme, Wladimir Putin löste kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten im Mai 2000 die wichtigsten staatlichen Einrichtungen für Umweltschutz – das Staatskomitee für Umweltschutz und das Föderale Amt für Forstwirtschaft – auf. Ihre Aufgaben übernimmt seitdem das Ministerium für Naturre Ressourcen, dessen Interessen mehr in der Ausbeutung der Natur als in ihrem Schutz liegen. Somit wurde der Bock zum Gärtner gemacht. Entsprechend ist der Anteil der Ausgaben für den Umweltschutz im Staatshaushalt massiv zurückgegangen und beträgt zurzeit nicht mehr als 0,5% des Budgets. Dies ist nicht nur bedeutend weniger als in den westlichen Industriestaaten, sondern auch als in Indien oder China.



Der Staatshaushalt Russlands sah für das Jahr 2005 weitere Ausgabenkürzungen im Umweltschutz um 8 Prozent vor. In der Folge gibt es weniger Umweltinspektoren, die überwachen, ob Umweltgesetze eingehalten werden und entsprechend weniger Kontrollen. Die Weltbank stellt fest<sup>3</sup>, dass die Anzahl der Inspektoren zwischen 1995 und 2001 um fast 75 Prozent – von 8200 auf 2111 – abnahm. Im gleichen Zeitraum ging auch die Anzahl der durchgeführten Kontrollen um über 25 Prozent auf 128.800 zurück. Jedoch gewährleisteten Kontrollen noch lange nicht, dass die Umweltauflagen eingehalten werden. Der Verstoß gegen die Umweltgesetzgebung kann zwar theoretisch zur vorübergehenden Schließung des betroffenen Unternehmens führen, diese Möglichkeit wird jedoch nur sehr selektiv angewandt, nicht zuletzt wegen der allgegenwärtigen Korruption.<sup>4</sup>

Alexej Jablokow, ehemaliger Umweltberater von Boris Jelzin, heute Vorsitzender der Partei „Bündnis der Grünen Russlands“ vermisst schlicht den politischen Willen zum Umweltschutz.<sup>5</sup> So gebe es etwa in der Region Tjumen, die dreimal so groß ist wie Frankreich, heute nur noch zwei Umweltinspektoren. Zudem geht der Staat aktiv gegen Kräfte vor, die in Russland etwas für die Umwelt tun wollen. So hat der Kreml die Gesetze zur Parteienbildung geändert, um kritischen, kleinen Parteien den rechtlichen Status abzuerkennen. Sie müssten nun 50.000 Mitglieder zählen, um als Partei anerkannt zu werden. Das „Bündnis der Grünen Russlands“ z.B. hat nur 16.500 Mitglieder und hat damit seinen Parteienstatus verloren. Darüber hinaus wagt seit dem Fall Chodorkovskij niemand mehr, kritische Arbeit finanziell zu unterstützen, um nicht das gleiche Schicksal zu erleiden wie der einstige Multimilliardär.

#### 4.1.2

#### Die ökologischen Kosten der russischen Ölindustrie

Die Ölindustrie gehört zu den größten Umweltverschmutzern in Russland. Nach einer Greenpeacestudie gehen etwa 3 bis 7 Prozent des Öls bei der Förderung sowie dem Transport verloren und versickern.<sup>6</sup> Umgerechnet auf die Fördermengen von 2005 entspricht dies 14 bis 33 Mio. Tonnen Öl. Hauptursache der Ölverschmutzung sind Lecks in den maroden Ölpipelines, allein TNK-BP berichtet im ersten Halbjahr 2005 von 4386 entdeckten undichten Stellen in ihren Pipelines.<sup>7</sup> Zusätzlich zum permanent tröpfelnden Öl treten nach offiziellen Angaben ca. alle 2 Wochen größere Verschmutzungen auf, Tendenz steigend. Real liegt diese Zahl voraussichtlich weit höher, weil nicht alle Ölverschmutzungen von den Unternehmen gemeldet werden.<sup>8</sup> Zuletzt (Stand 14.06.2006) berichtete die russische Presse (RIA Novosti) über zwei Unfälle im Mai 2006: Am 19. Mai ein Pipelinebruch auf der Insel Sachalin, bei dem 5 Tonnen Öl ausliefen<sup>9</sup> und am 12. Mai ein ca. 6000 Quadratmeter großer Ölteppich auf dem Fluss Yermilovka. Der Yermilovka fließt in die Yermilovskaya Bucht am Finnischen Meerbusen, wo zur Zeit des Unfalls zahlreiche Fischarten laichten.<sup>10</sup>

Die Produktion des Erdöls trägt zudem direkt zum Klimawandel bei. Begleitgas wird abgefackelt, wobei enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen freigesetzt werden. Nach offiziellen Angaben der Föderalen Agentur für Energiewirtschaft fackeln die russischen Ölkonzerne jährlich offiziell 15 Mrd. Kubikmeter Begleitgas ab, die tatsächlich verbrannte Menge liegt jedoch noch deutlich höher.<sup>11</sup>



1,2,3  
**Ölverschmutzung in  
 Westsibirien**  
 Quelle: Greenpeace

4  
**Der Tanker Prestige  
 zerbricht.**  
 Quelle: Nunca Máis

4

#### 4.1.3 Schwimmende Gefahr: Öltanker in der Ostsee

Nur ein Teil des russischen Erdöls wird über Pipelines exportiert. Dazu gehören die ca. 20 Mio. Tonnen Öl, die direkt aus Westsibirien über die Druschba-Pipeline („Pipeline der Freundschaft“) zur Raffinerie Leuna und zur Raffinerie in Schwedt geliefert werden. Der große Rest wird überwiegend per Tanker exportiert, darunter 15 Mio. Tonnen nach Deutschland. Der bedeutendste russische Ölhafen war bis vor kurzem der Schwarzmeerhafen Novorossiysk, mit einer Verladekapazität von 56 Mio. Tonnen (2005).<sup>12</sup> Im selben Jahr jedoch überholte ihn der Ostseehafen Primorsk im Oblast Leningrad nahe St. Petersburg, von dem aus 57,5 Mio. Tonnen Öl exportiert wurden.<sup>13</sup> Die Lage von Primorsk im Finnischen Meerbusen ist dabei alles andere als ideal, da es sich um eine schmale, flache Bucht von hohem ökologischen Schutzwert handelt, in der bedrohte Vögel und Robben leben. Der Ölhafen gefährdet diesen Lebensraum.<sup>14</sup>

Zum März 2006 ist die Kapazität des Hafens Primorsk auf 65 Mio. Tonnen pro Jahr ausgebaut worden, das bedeutet, dass hier jährlich 650 Tanker mit jeweils 100.000 Tonnen Öl beladen werden. Somit wird heute erheblich mehr Öl durch den Finnischen Meerbusen und weiter durch die Ostsee geschifft: Die Menge stieg im Finnischen Meerbusen zwischen 2000 und 2004 von etwa 40 Mio. Tonnen Öl auf ca. 100 Mio. Tonnen Öl. Primorsk soll noch weiter ausgebaut werden, was zu noch mehr Verkehr führen wird, 2010 sollen bis zu 190 Mio. Tonnen Öl durch die Ostsee transportiert werden.<sup>15</sup> Die Ostsee ist damit zu einem der wichtigsten Transportwege für russisches Öl geworden. Viele Schiffe steuern unter anderem Wilhelmshaven an, den Hauptumschlagplatz für deutsches Öl.

Auf dem Weg zu den Weltmärkten müssen die Tanker dabei die sogenannte Kadetrinne passieren, sie liegt zwischen der deutschen Halbinsel Fischland-Darß-Zingst und der dänischen Insel Falster. Die Kadetrinne gilt mit ca. 63.000 Durchfahrten, davon alleine 8000 Tankern pro Jahr, als einer der meistbefahrenen Seewege der Welt. Gleichzeitig ist sie eines der schwierigsten und gefährlichsten Gewässer der gesamten Ostsee. Denn an der schmalsten Stelle verringert sich der schiffbare Bereich auf 500 bis 1000 Meter, wobei gleichzeitig ein Kurswechsel von etwa 90° erforderlich ist. Entsprechend hoch ist die Gefahr, dass einander entgegen kommende Tanker zusammen stoßen. Laut Greenpeace hat es in den vergangenen 15 Jahren im Gebiet der Kadetrinne mehr als 20 Unfälle gegeben. Bis auf die Kollision des Tankers „Baltic Carrier“ mit dem Frachtschiff „Tern“ im März 2001 verliefen die Zwischenfälle glimpflich. Damals traten rund 2700 Tonnen Schweröl aus. Der Wind trieb den mehrere Hektar großen Ölteppich aus schwerem Heizöl an die Küsten von Falster und Mön, es war der größte Ölunfall in der Ostsee.<sup>16</sup>

Abbildung 4.1: Lage des Oblast Leningrad  
 Quelle: engl. Wikipedia. GNU



Es könnte aber noch viel schlimmer kommen: Nur zwei Wochen, bevor der Öltanker Prestige eine der bisher größten Umweltkatastrophen der europäischen Seefahrt verursachte, passierte er die Kadetrinne. Als er dann am 19. November 2002 vor der Atlantikküste Galiziens sank liefen insgesamt 64.000 Tonnen Schweröl aus und verpesteten 2.900 km der französischen und spanischen Küste. 250.000 Seevögel starben.<sup>17</sup>

Im Ökosystem Ostsee kann bereits ein kleinerer Ölunfall katastrophale Auswirkungen haben, da das Meer sehr flach ist, viele Inseln und Halbinseln hat sowie zeitweise eisbedeckt ist, was die Bekämpfung von Ölunfällen besonders schwer macht. Da das Meer wenig Austausch mit der offenen See hat, verbleiben Substanzen hier besonders lange. Die Ostsee ist bedeutend für den Vogelzug, wobei viele wichtige Vogelraststätten in der Nähe von Tankerrouten liegen<sup>18</sup>. 2004 wurden Teile der Ostsee als besonders schutzwürdiges Gebiet (PSSA, particularly sensitive sea area) ausgewiesen. Dies soll das Binnenmeer im Allgemeinen und den Bereich um die Kadetrinne im Besonderen besser schützen. Es ist unter anderem die Voraussetzung für die Einführung einer Lotsenpflicht für Schiffe mit Gefahrgut. Eine Lotsenpflicht wird seit langem von Umweltschutzorganisationen für die Kadetrinne gefordert und die Ostsee-Anrainerstaaten verhandeln zurzeit darüber. Alle sind dafür – nur Russland blockiert.

#### 4.1.4 Die Fallbeispiele

Die folgenden Fallbeispiele zeigen, wie in konkreten Fällen die Umweltgesetze nicht beachtet werden, wie die Ölindustrie, zum Teil gemeinsam mit den Genehmigungsbehörden Entscheidungen manipuliert und massiv Umwelt zerstört. Die Beispiele befinden sich in unterschiedlichen Stadien der Realisierung, dementsprechend ist ihre Finanzierung noch nicht in allen Fällen geklärt.

## 4.2 Ostsibirien-Pazifik Ölpipeline: Präsidentenbasta zugunsten des Baikalsees

Von Kai Schäfer, urgewald

### 4.2.1 Erdöl gen Osten

Der russische Ölpipeline monopolist Transneft plant die Ostsibirien-Pazifik Ölpipeline (East-Siberia - Pacific Ocean Oil Pipeline (ESPO) Oil Pipeline) von Taischet an die Pazifikküste zu bauen (vgl. Abbildung 4.3). Über die rund 4200 Kilometer lange Ölleitung will Russland sein Erdöl in die Asiatisch-Pazifische Region liefern. Die Pipeline soll eine

Kapazität von 80 Millionen Tonnen im Jahr haben und etwa 11,5 Mrd. US\$ kosten. Das Projekt rief vielfältigen Protest hervor: Neben der ökonomischen Fragwürdigkeit<sup>19</sup> kritisierten russische und internationale Umweltschutzbewegungen vor allem zwei Aspekte der Pipeline-Trassenführung.<sup>20</sup> Zum einen sollte die Pipeline in der Perevoznaya Bucht südlich von Vladivostok in der Region Primorje enden. Der Bau eines Ölterminals in der Bucht und die Pipeline selbst bedrohten den Lebensraum der letzten 40 Amurleoparden. Zudem leben zahlreiche weitere bedrohte Tierarten Russlands in diesem Gebiet, fünfzig von ihnen kommen nur hier vor. Dieser Plan ist dank der erfolgreichen Kampagnenarbeit einer Koalition aus russischen und internationalen NGOs abgewendet, das Ölterminal wird nun an einem anderen Ort gebaut.<sup>21</sup>

Der zweite große Kritikpunkt betrifft den Verlauf entlang des Baikalsees. Der Baikalsee ist vom Volumen der größte, tiefste und älteste Süßwassersee der Erde. Er wurde 1996 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Ursprüngliche Pläne sahen vor, die Pipeline in nur 800 Metern Entfernung vom Baikalsee zu bauen. Dabei gehören der Baikalsee und seine Umgebung zu den seismisch aktivsten Regionen der Welt. Im Falle eines Pipelinebruchs könnten bis zu 4000 Tonnen Öl binnen kürzester Zeit in den Baikalsee fließen. „Wir haben den Premier, den Präsidenten und die Umweltkommission darauf hingewiesen, dass im langfristigen Fall eines Unfalls mehr als die Hälfte des Baikalsees mit einem Ölfilm überzogen und bis zu neun Zehntel der wasserreinigenden Organismen des Sees vernichtet werden“, sagt Michail Kusmin, Vorsitzender der Irkutsker Abteilung der Akademie der Wissenschaften.<sup>22</sup>

### 4.2.2 Abstimmen bis das Ergebnis passt

Angesichts der großen Gefahr für den Baikalsee stimmte das Expertengremium der Umweltaufsichtsbehörde der Russischen Regierung (Rostekhnadzor) am 24. Januar 2006 mit 46 von insgesamt 52 Stimmen gegen die von Transneft

Abbildung 4.2: Lage der Region Primorje  
Quelle: engl. Wikipedia. GNU



vorgeschlagene Route. Doch Konstantin Kulikovskiy, der Leiter der Rostekhnadzor, akzeptierte die Entscheidung des eigenen Fachgremiums nicht und ernannte 34 weitere Experten.<sup>23</sup> Das Gremium wurde in drei Gruppen geteilt, die sich jeweils nur mit einem Abschnitt der Route befassen sollten, so dass 2/3 der Experten von der Bewertung des kritischen Abschnitts am Nordufer des Baikalsees ausgeschlossen wurden. Zusätzlich wurden einige Experten, die zuvor gegen die Transneft-Route gestimmt hatten, erst gar nicht über weitere Treffen der Arbeitsgruppen informiert. Als dann am 1. März erneut über die Trassenführung abgestimmt wurde, waren nur 60 der 86 Experten anwesend und die Transneft-Route wurde mit 37 gegen 23 Stimmen angenommen.<sup>24</sup> Um den Bau zu ermöglichen, ließ der Kreml außerdem in letzter Minute ein neues Wasserschutzgesetz entschärfen, das sonst den Bau der Pipeline unmöglich gemacht hätte.<sup>25</sup>

#### 4.2.3 Breiter Protest

Auf die Entscheidung der Rostekhnadzor hin schaltete sich die UNESCO am 10. März 2006 mit einem Brief an Vladimir Putin in die Diskussion ein,<sup>26</sup> am 18. März protestierten in Irkutsk 5000 Menschen gegen die Pipeline, unter ihnen der Gouverneur der Stadt Irkutsk, am 24. März wurden Putin über 21.000 Unterschriften für eine Änderung der Route überreicht und in Moskau gingen am 21. April 500 Menschen für den Schutz des Baikalsees auf die Straße.

Am 26. April 2006 überraschte Wladimir Putin die Öffentlichkeit mit den Worten:<sup>27</sup> „Wenn die Gefahr besteht, dass auch nur ein Tropfen Öl in den Baikalsee gelangt, müssen wir

diese Gefahr (...) ausschließen und an künftige Generationen denken.“ Er gab die Anordnung, dass die Ölpipeline außerhalb des Baikalsee-Wassereinzugsgebietes gebaut werden soll – ein erster Erfolg. Laut den Tageszeitungen „Iswestija“ und „Kommersant“ traf Putin diese Entscheidung allerdings nicht aus Umweltschutzsicht, sondern aus politischen Gründen: Bis zu seinem Machtwort – mit dem er sich als der „gute Zar“ Russlands präsentieren konnte – hatten Oppositionspolitiker und -parteien wie Jablowka, die Union Rechter Kräfte, KPRF mit der Losung „Der Baikalsee muss gerettet werden!“ einen gemeinsamen Nenner gefunden, unter dem sie sich zusammenschließen und Stimmen sammeln konnten.<sup>28</sup> Nach Meinung regionaler Umweltverbände müssen die weiteren Planungen und die Bauausführung in den nächsten Jahren nun aufmerksam und kritisch verfolgt werden, damit die Trasse nicht doch noch am Baikalsee gebaut wird.

#### 4.3 Rücksichtslose Ölausbeutung in Westsibirien und der Komi-Republik

Von Kai Schäfer, urgewald und Karsten Smid, Greenpeace<sup>29</sup>

##### 4.3.1 Das Samotlor-Ölfeld: Eine ökologische Katastrophzone

Westsibirien ist das Gravitationszentrum der russischen Ölförderung, seit dort in den frühen 60er Jahren große Öllagerstätten entdeckt wurden. Im Jahr 2005 wurden allein im Autonomen Kreis der indigenen Chanten und Mansen<sup>30</sup> 267,9 Mio. Tonnen Erdöl gefördert<sup>31</sup>, das entspricht 57 Prozent der gesamten russischen Ölförderung. Alle großen

Abbildung 4.3: Öl- und Gaspipelines in Ostsibirien und im Fernen Osten Russlands

Quelle: Götz 2005, S. 17.



russischen Ölkonzerne sind vertreten: Lukoil, Rosneft und TNK-BP gewinnen hier jeweils ca. zwei Drittel ihrer gesamten Fördermenge, der Konzern Surgutneftegaz ist sogar ausschließlich hier tätig. Auch das Samotlor-Ölfeld, das größte Ölfeld Russlands und siebtgrößtes Ölfeld der Welt, liegt hier. Seit seiner Entdeckung im Jahre 1965 wurden mit Hilfe von 16.700 Bohrungen über 2,3 Mrd. Tonnen Öl gefördert, was dem russischen Staatshaushalt ca. 245 Mrd. US\$ einbrachte. Heute gehört das Ölfeld dem britisch-russischen joint venture TNK-BP.<sup>32</sup> Im Jahr 2005 produzierte alleine eine im Südteil des Samotlor Ölfeldes tätige TNK-BP-Tochter 23,2 Mio. Tonnen Erdöl, das entspricht 30 Prozent der gesamten Fördermenge von TNK-BP. Bis 2010 ist geplant, die Fördermenge im Samotlor Ölfeld auf 35 Mio. Tonnen pro Jahr zu steigern.<sup>33</sup>

Ein großer Teil des dort geförderten Öls geht nach Deutschland: Über die 4000 Kilometer lange Druschba-Pipeline ("Pipeline der Freundschaft") wird das begehrte Gut direkt aus den Ölfeldern Westsibiriens nach Deutschland, zur Raffinerie Leuna und an die PCK-Raffinerie im brandenburgischen Schwedt geliefert. Hauptimporteur des russischen Erdöls ist der Ölkonzern Total. Die Verantwortlichen des Konzerns beziehen seit Jahren allein für ihre Raffinerie in Leuna zwischen neun und zehn Millionen Tonnen Öl aus Westsibirien, das größtenteils aus dem Samotlor-Ölfeld stammt.

Dort zeigt sich ein Bild des Grauens: Riesige Ölseen, völlig überalterte und marode Öl-Pipelines. Bei Förderung und Transport gehen rund drei bis sieben Prozent des Öls verloren, die in Oberflächengewässern und ins Grundwasser versickern. Bezogen auf die Importmenge von Total entsprechen die Verluste jährlich etwa 300.000 bis 700.000 Tonnen Erdöl. In Westsibirien wurden bereits schätzungsweise 840.000 Hektar Land – etwa die dreifache Fläche des Saarlandes – mit Erdöl verseucht.

Das niederländische Beratungsbüro IWACO stellte im August 2001 einen alarmierenden Report vor<sup>34</sup>. Normalerweise ist die Consulting-Firma für die Ölindustrie tätig, hat diese Studie aber im Auftrag von Greenpeace erstellt. Allein im Samotlor-Ölfeld sind dem Bericht zufolge 6.500 Hektar Land schwer verschmutzt. In der Region um die Stadt Nishnewartowsk, im Zentrum des Ölfeldes, sind die Bewohner erheblichen Gesundheitsrisiken durch verseuchtes Trinkwasser und verunreinigte Luft ausgesetzt. 97 Prozent des Trinkwassers aus dem Fluss Vakh waren in den letzten fünf Jahren über die russischen Grenzwerte hinaus verseucht. Etwa 50 Prozent der befischten Flüsse in der Region sind ölverschmutzt. Hauptursachen sind zahlreiche Ölaustritte und Unfälle an den Pipelines und Förderanlagen, die Freisetzung von Bohrabfällen, leckende Lagertanks und Mülldeponien sowie das Abfackeln von Gas und Öl. Die Weltbank klassifizierte das Samotlor-Ölfeld bereits 2000

als „ökologische Katastrophenzone“<sup>35</sup>. Der Chefarzt der Krebsklinik im westsibirischen Tjumen, Nikolaj Raikov, stellte eine erhöhte Krebsrate in den Ölregionen fest. Vor allem Darmkrebs und Lungenerkrankungen bedrohen die Menschen. Laut seiner Untersuchung ist die Lebenserwartung bei den indigenen Völkern der Region in den letzten Jahren von 61 auf 45 Jahre gesunken.

Der französische Ölmulti Total nimmt all dies wissentlich in Kauf, obwohl er die massiven Umweltverseuchungen zusammen mit dem russischen Partner TNK-BP vermindern könnte. Total verstößt damit gegen die Leitsätze der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Konzerne auffordert, die Menschenrechte und die Umwelt zu respektieren und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Der Ölmulti BP kaufte im September 2003 für 7 Milliarden Dollar die Hälfte des russischen Unternehmens Tyumen Oil (TNK). BP hatte den Preis auf Grund der verseuchten Ölfelder herunterhandeln können und kündigte an, die öbelasteten Flächen zu sanieren. Doch bis heute gibt es keinen ausgearbeiteten Sanierungsplan.

Noch im Herbst 2005 besuchte Guy Taylor, Aktivist bei Globalise Resistance das Samotlor-Feld, um sich ein Bild von den dortigen Zuständen zu machen. Er kam auf Einladung des Institute for Globalisation Studies (IPROG) in Moskau. Guy Taylors Bericht<sup>36</sup> lässt keinen Zweifel daran, dass TNK-BPs bisherige Anstrengungen völlig unzureichend sind:

„Was wir sahen war katastrophal – bis zu mehrere hundert Meter breite Ölablagerungen, manche bis zu einem Kilometer lang. Besonders weit verbreitet waren sie entlang von Straßen und kleineren Fördergebieten mit 2 bis 15 arbeitenden Pumpen. Die Fördergebiete waren durch ein Netz von Pipelines mit größeren Lagern verbunden, wo noch mehr Öl durch Lecks auslief. Bei den meisten Gebieten gab es zumindest kleinere Ölverschmutzungen und einige hatten sehr große Ölablagerungen. Wir sahen auch ein Gebiet das gereinigt und rekultiviert wurde, ... aber es war ein winziges Gebiet im Vergleich zu den Ölsümpfen drum herum.“

Der Umweltverschmutzer TNK-BP erhielt nach den Informationen der Finanzzeitschrift Euroweek allein seit Dezember 2004 vier internationale Konsortialkredite mit einer Gesamtkreditsumme von 3,1 Mrd. US\$. An allen vier Krediten waren auch deutsche Banken beteiligt, bei drei von ihnen haben sie als federführende Konsortialbanken aktive Rollen bei der Beschaffung des Kredits gespielt. Die BayernLB, DrKW, HVB, WestLB und DZ Bank waren mindestens einmal als MLA oder bookrunner, die Bankgesellschaft Berlin, Helaba, Deka Bank, LRP und NordLB mindestens einmal als nachgeordneter Kreditgeber beteiligt (vgl. Tabelle A3.1 im Anhang).



5, 6, 7, 8  
**Ölverschmutzung im  
 Samotlor-Ölfeld**  
 Quelle: Guy Taylor,  
 www.resist.org.uk

5



6



7



8

### Republik Komi und Jamal-Halbinsel: Ölförderung und Klimawandel

In direkter Nachbarschaft des Autonomen Kreises der Chanten und Mansen liegen die Republik Komi und der Autonome Kreis der indigenen Jamal-Nenzen mit der Jamal-Halbinsel. Auch in diesen Gebieten wird massiv Öl gefördert. An die ausgedehnten Nadelwälder der Taiga, eines der größten Waldgebiete der Erde, schließen sich weiter nördlich die Tundra und die Permafrostzone an. Hier ist das empfindliche Ökosystem doppelt von der Ölindustrie bedroht: Einerseits unmittelbar durch die Ölleckagen und andererseits durch die Folgen der Klimaerwärmung.

Die Temperatur in der sibirischen Tundra hat sich durch den

Abbildung 4.4: Lage des Autonomen Kreises der  
 Chanten und Mansen

Quelle: engl. Wikipedia. GNU



Klimawandel in den Wintermonaten um drei bis fünf Grad erhöht. In den Inlandeisgebieten tritt die stärkste Erwärmung auf, wodurch sich die Dauer der Schneebedeckung verringert. Das Auftauen der Permafrostböden schädigt auch die Infrastruktur: Technisches Gerät für die Öl- und Gasexploration kann nur noch an 100 Tagen, statt 200 Tagen wie vor 30 Jahren, auf den Eisstraßen transportiert werden. Pipelinetrassen sacken weg und drohen auseinander zu reißen. Der auftauende Permafrostboden der Tundra setzt zudem das Treibhausgas Methan frei, das besonders klimaschädlich ist.

Leidtragende sind die naturverbunden lebenden Rentierzüchter. Sie haben es schwer, sich an die veränderten Wetterbedingungen anzupassen. Die Folgen der Ölverschmutzung bekommen sie direkt zu spüren, denn die Rentiere ernähren sich von den ölbelasteten Flechten. Rentiere, die an den Erdöllachen geleckert und im Abgasdunst der Ölfeuer gegrast haben, erblinden. Und die Gifte gelangen schleichend in die Nahrungskette bis zu den Menschen, sie schwächen das Immunsystem und verursachen Erkrankungen.

„Unser Wasser ist ölverseucht, der Fisch schmeckt nach Öl. Die Rentiere sterben am Öl, auch die Kühe, die im Sommer Gras von den ölverschmierten Schwemmlandweiden fressen. Früher haben die Frauen die Wäsche im Sommer im Fluss gewaschen. Das macht heute keine mehr“ klagt Andrej Semenowitsch D’jaschkow aus der Republik Komi.<sup>37</sup>

Professor Khudoley aus St. Petersburg, Krebsexperte der Internationalen Akademie für Krebsforschung (IARC), stellte darüber hinaus fest, dass allein in den drei Jahren 1995 bis 1997 neunzig Prozent aller Einwohner in Komi ein- oder mehrmals krank waren. Die Mediziner hatten nach Öl riechendes Trinkwasser gefunden und hohe Ölkonzentrationen in Fischen nachgewiesen. Der dauerhafte Kontakt mit Öl erhöht die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken. Da das Recht auf Gesundheit zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten gehört, ist Umweltschutz auch ein Schutz der Menschenrechte und umgekehrt.

Nach massiver Kritik von Greenpeace hat der Ölkonzern Total in Kharyaga, wo er Öl fördert, ein Sanierungs-Projekt zusammen mit der russischen Lukoil gestartet. Bei der Sanierung im Vozey-Ölfeld kam das Spezialmittel Inipol+ von Total zum Einsatz. Total feierte dies als Start in eine neue Ära im russischen Umweltschutz. Bei einem Treffen mit Greenpeace in Moskau, stellte sich dann im Januar 2004 heraus, wie mager die Ergebnisse tatsächlich waren: Nur eine Fläche von 1000 Quadratmeter (0,1 ha), kleiner als ein Fußballfeld, wurde saniert. Den Betroffenen vor Ort nützt solch eine PR-Aktion angesichts der großflächigen Verseuchung der Komi-Republik herzlich wenig.

Abbildung 4.5: Lage der Republik Komi  
Quelle: engl. Wikipedia. GNU



Abbildung 4.6: Lage des Autonomen Kreises der Jamal-Nenzen  
Quelle: engl. Wikipedia. GNU



9



Im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen wurden 2004 insgesamt 54,3 Mio. Tonnen Erdöl gefördert, in der Komi Republik waren es 10,2 Mio. Tonnen.<sup>38</sup> Die größten Produzenten im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen sind mit 31,9 Mio. Tonnen die Gazprom Tochter Gazprom Neft (ehemals Sibneft)<sup>39</sup> und die Rosneft Tochter Purneftegas mit 9,6 Mio. Tonnen.<sup>40</sup> Zusammen fördern die beiden Konzerne hier 76 Prozent der Ölproduktion. In der Republik Komi entfallen 94 Prozent der Gesamtförderung auf nur einen einzigen Konzern: Lukoil mit 9,6 Mio. Tonnen.<sup>41</sup>

Gazprom Neft, Purneftegas und Lukoil konnten in der Vergangenheit immer wieder auf die tatkräftige Unterstützung durch internationale Bankenkonzerne zählen, wenn sie Geld für die Finanzierung ihrer Förderung brauchten. Bereits ohne den Großkredit über 7,5 Mrd. US\$ an Rosneft zur Übernahme von 10,7 Prozent an Gazprom (vgl. Kapitel 3), erhielten die drei Ölkonzerne in den letzten 8 Jahren insgesamt 33 internationale Konsortialkredite mit einem Kreditvolumen von 16,7 Mrd. US\$. An 27 dieser Kredite waren deutsche Banken beteiligt, bei 13 Krediten hatten sie die Federführung (vgl. Tabellen 3.4 und 3.5, Seite 28 und 29).

#### 4.4 Ölbohrung vorm Weltnaturerbe - Lukoil bedroht die Kurische Nehrung

Von Regine Richter, urgewald

Die russische Exklave Kaliningrad ist winzig im Verhältnis zum restlichen Russland. Ähnlich klein sind die dortigen Ölfelder gemessen an den riesigen Ölvorkommen Westsibiriens. Sie haben jedoch einen entscheidenden Vorteil: Sie liegen in unmittelbarer Nähe zum Kunden Westeuropa. Deshalb wurde das im Verhältnis wenig ergiebige Ölfeld D6 vor der Küste Kaliningrads erschlossen. Seit Juli 2004 fördert eine Lukoiltochter dort im Küstenflachmeer Öl<sup>42</sup> und tut damit, was breite Proteste noch zu Sowjetzeiten in den 80er Jahren verhindern konnten: Ölförderung in unmittelbarer Nähe des Weltnaturerbes „Kurische Nehrung“.



10



11



12

9

**Ölbohrung**

Quelle: Greenpeace

10

**Frau vom Volk der Chanten mit Rentieren, Polarnij 2005**

Quelle: Marek Licak

11

**Rentierschlitten eines Nenzen**Quelle: Sven Haakanson, [www.alutiiqmuseum.com](http://www.alutiiqmuseum.com)

12

**Anna Serotetta vom Volk der Nenzen**Quelle: Sven Haakanson, [www.alutiiqmuseum.com](http://www.alutiiqmuseum.com)**4.4.1****Welterbe Kurische Nehrung**

Das Kravtsokoskoe Ölfeld, auch D6 genannt, wurde 1983 entdeckt. Es ist mit vermuteten 24 Mio. Tonnen Öl das größte Rohölvorkommen der Region. Bereits 1983 liefen bei Testbohrungen ca. 70 Tonnen Öl aus. Sie verseuchten ein Fünftel der Kurischen Nehrung, die nur 22 km hinter dem Ölfeld liegt. Diese knapp 100 Kilometer lange, zwischen 350 m und 4 km breite Halbinsel trennt das Kurische Haff von der Ostsee, sie liegt zur Hälfte auf russischem und zur Hälfte auf litauischem Territorium.

Wegen ihrer langen und sich bis zu 70 Meter auftürmenden Sanddünen genießt die Kurische Nehrung internationale Berühmtheit. Die Biotopvielfalt und das kleinräumige Nebeneinander von Feuchtwäldern, Wiesen, Mooren und Schilfgebieten machen sie zu einem bedeutenden Rastplatz beim Vogelzug. Ihre Einmaligkeit machte sie schon vor langer Zeit zu einer touristischen Attraktion. Schon Wilhelm von Humboldt urteilte: „Die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, dass man sie (...) gesehen haben muss, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll.“ Aufgrund ihrer außergewöhnlichen Naturschönheit und Einzigartigkeit wurde die Kurische Nehrung 1987 zum Nationalpark erklärt, seit 2000 gehört sie zum Welterbe der UNESCO. Da es sich bei der Nehrung jedoch nicht nur um ein besonders schönes, sondern auch ein sehr empfindliches Ökosystem handelt, liefen Anwohner, Wissenschaftler und Ökologen

Abbildung 4.7: Lage des Oblast Kaliningrad

Quelle: engl. Wikipedia. GNU



Sturm gegen die Pläne, das benachbarte Ölfeld auszubeuten. Die 1985 begonnenen Arbeiten an einer Plattform wurden deswegen 1987 eingestellt. Im Jahr 1999 kaufte Lukoil die Ölfirma „Kaliningradmorneft“, die noch aus den 80er Jahren die Ausbeutungsrechte für das Ölfeld besaß. Nur ein Jahr später erneuerte Lukoil die Pläne D6 zu nutzen und setzte sie systematisch um, wobei der Konzern seine Macht nutzte, um Kritik soweit wie möglich zu unterbinden.

#### 4.4.2 Partizipationsbeschränkung und Manipulation

Das russische Gesetz sieht bei großen Industrieprojekten die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor, zu der eine öffentliche Anhörung gehört. Als Vorbereitung der Anhörung müssen die Projektunterlagen zugänglich sein. Das Lukoil-Management jedoch behauptete, die Unterlagen zum D6-Projekt enthielten geheime Informationen und verwehrte so der Öffentlichkeit den Zugang.<sup>43</sup> Stattdessen

Abbildung 4.8: Karte der Kurischen Nehrung mit Lukoil Ölplattform D-6

Quelle: Eigene Bearbeitung nach Heinz Bertschi, EstMonde, [http://www.estmonde.com/reise\\_tipps/inhalt/litauen/kurische\\_nehrung/kurische-nehrung.html](http://www.estmonde.com/reise_tipps/inhalt/litauen/kurische_nehrung/kurische-nehrung.html)



13



14



15

erstellte und verbreitete Lukoil eine eigene „Werbefroschüre“ mit ausgewählten, unvollständigen Projektinformationen, ohne die möglichen Gefahren des Projektes zu beleuchten.

Die vorgeschriebene öffentliche Diskussion war de facto lediglich eine Anhörung der am Projekt beteiligten Experten und Mitarbeiter von Lukoil. Andere Teilnehmer kamen kaum zu Wort und konnten somit ihre Informations- und Partizipationsrechte nicht wahrnehmen.<sup>44</sup>

Darüber hinaus behauptete Lukoil, das Projekt enthalte Betriebs- und Staatsgeheimnisse und hinderte so russische NGOs daran, ihr Recht wahrzunehmen und eine gesellschaftliche Umweltverträglichkeitsprüfung (s.o.) durchzuführen.<sup>45</sup> Dabei kann interessierte Öffentlichkeit parallel zur staatlichen UVP eigene Experten benennen, die die Unterlagen und die möglichen Umweltgefahren prüfen und eigene Schlüsse ziehen. Die Ergebnisse müssen dann in der Betriebsgenehmigung berücksichtigt werden.

#### 4.4.3 Beeinflussung der Presse

Lukoil nutzte seinen Einfluss auf die Presselandschaft, um die Durchführung des D6-Projekts voranzutreiben. Da der Konzern zu den Finanziers der wichtigsten Kaliningrader Tageszeitung Kaliningradskaja Prawda zählt, fiel es ihm nicht schwer, die eigenen Positionen in den Massenmedien zu artikulieren. Dazu gehörte die öffentliche Diffamierung von Kritikern des Projektes: Vom Versuch, die nationale Wirtschaft zu zerstören, über Spionage, Arbeit für Lukoil-Konkurrenten bis hin zum Landesverrat reichten die veröffentlichten Vorwürfe.<sup>46</sup>



16

#### 4.4.4 Fragwürdiger ökonomischer Nutzen

Dabei birgt die Ölförderung für die Region zahlreiche Risiken, vor allem den Verlust des Nationalparks Kurische Nehrung. Eine gesamtwirtschaftliche regionale Wirtschaftlichkeitsrechnung des D6-Projektes, die auch den Tourismus mitbetrachtet, fand nicht statt.<sup>47</sup> Dabei hat die russische Umweltorganisation Ecodefense bei der Tourismusbehörde ermittelt, dass der Fremdenverkehr jährlich US\$ 30 Mio. zum regionalen Budget beiträgt, während Lukoil per annum nur US\$ 3,5 Mio. zum öffentlichen Haushalt beisteuern wird.<sup>48</sup> Zudem wird die Ölförderung die Fischereiindustrie beeinträchtigen, was mehrere hundert Arbeitsplätze gefährdet.<sup>49</sup> Neue Jobs für die Kaliningrader entstehen durch das D6-Projekt nicht, eher sind negative Auswirkungen auf den Tourismus zu erwarten. Erst im Juli 2003 waren die Strände der Region aufgrund einer Ölverschmutzung aus unbekannter Quelle auf einer Strecke von 100 km zwei Wochen für die Feriengäste unbenutzbar.

#### 4.4.5 Internationale Ignoranz und unzureichende Unfallpläne

Im Falle eines Ölunfalls gehen Lukoils eigene Untersuchungen davon aus, dass unter der vorherrschenden Windrichtung das ausgelaufene Öl die Sandstrände der Kurischen Nehrung innerhalb von 12 Stunden erreicht.<sup>50</sup> Dies betrifft den litauischen Teil der Nehrung sogar noch stärker, da das D6 Ölfeld nur 9 km von der litauischen Grenze entfernt liegt. Damit sind sowohl russische als auch litauische Hoheitsgewässer und Küsten bedroht. Die Projektinformationen von Lukoil betrachten jedoch die internationalen Konsequenzen eines Unfalls nicht. In den Nachbarländern wurden keinerlei öffentliche Anhörungen durchgeführt, obwohl die Helsinki Konvention<sup>51</sup> (Convention for the Protection of the Baltic Sea) dies vorsieht. Nachfragen von

13, 14  
Kurische Nehrung

15  
Ölverschmutzung an der  
Kurischen Nehrung

16  
Protest gegen D-6 Plattform  
Quelle: ATGAJA community

Behörden und Organisationen der Nachbarländer, allen voran Litauen, zu Projektinformationen wurden ignoriert, was gegen die Espoo-Konvention<sup>52</sup> (Convention on Environmental Assessment in a Transboundary Context) verstößt.

Die Notfallpläne beschäftigen sich lediglich mit dem Ausfall eines Bohrturms. Ein Unwetter kann jedoch gleichzeitig mehrere der 20 Bohrtürme beschädigen.<sup>53</sup> Der Aktionsplan, der für den Fall einer Ölverschmutzung erarbeitet wurde, geht ausschließlich von gutem Wetter, relativer Windstille und Tageslicht aus. Dies sind Annahmen, die nicht den klimatischen Bedingungen in der südostbaltischen Region entsprechen: Starke Windböen, Wirbel- und Schneestürme, Gewitter, heftige Niederschläge und Hagel sowie Nebel sind dort außerhalb der Sommersaison häufig, was der Katastrophenplan berücksichtigen müsste. Da das in dieser Region geförderte Öl häufig einen Wasseranteil von bis zu 80 Prozent enthält, ist insbesondere im Winter von einer Zähflüssigkeit des Rohöls auszugehen. Ausgetretenem Öl mit einem geringen Flüssigkeitsgrad ist aber bei rauer See mit den gängigen Methoden der Ölentfernung schwer beizukommen, was ein wirksames Handeln zusätzlich erschwert.<sup>54</sup>

Neben der Kurischen Nehrung bedroht das Projekt zudem die gesamte Ostsee: Die Baltische See hat eine geringe Regenerationsfähigkeit, da aufgrund der geographischen Lage der Wasseraustausch mit den Weltmeeren nur in begrenztem Ausmaß stattfindet und sie schon heute überdurchschnittlich verschmutzt ist. Die durch das D6-Projekt erhöhte Ölverschiffung steigert das Risiko von Unfällen. Wegen der hohen Sensibilität des Ökosystems Ostsee fordern Umweltschützer dort ein internationales Moratorium für die Ölförderung im Küstenflachmeer (Schelf) und die Entwicklung strikter, verbindlicher Umweltstandards für die Ölförderung jenseits des Schelfbereichs.

#### 4.4.6

##### Engagement gegen das D6-Projekt

Insbesondere die russische und in Kaliningrad ansässige Umweltorganisation Ecodefense und die litauische Umweltorganisation Atgaja Community engagierten sich gegen das D6-Projekt. Sie vernetzten sich mit der „Koalition für eine Saubere Ostsee“, ein Netzwerk aus 27 Umwelt-NROs mit über einer halben Mio. Mitgliedern aus allen Ostsee-Anrainerstaaten.<sup>55</sup> Die Koalition forderte die Helsinki-Kommission und die Europäische Kommission dazu auf, gegen das D6-Projekt vorzugehen. Auch Regierungsstellen wurden aktiv: Im März 2004 forderten die Premierminister von Schweden, Finnland, Estland, Litauen, Lettland und Dänemark die EU dazu auf, die russischen Verstöße gegen Umweltstandards für Ölbohrungen und Öltanker in der Ostsee zu beenden.<sup>56</sup> Die parlamentarische Versammlung des Europarates führte Recherchen zu den Umweltfolgen des Lukoil-Projektes durch und äußerte sich sehr kritisch zu dem Projekt. Bereits im Oktober 2003 hatten 1000 Bürgerinnen und Bürger sowie 60 NROs eine Petition gegen die geplante Ölförderung vor der Kurischen Nehrung eingereicht. Knapp 5000 Bürger Kaliningrads und mehrere Tausend Litauer sandten Postkarten an den russischen Präsidenten, um ihrem Anliegen Verhör zu schaffen, das für die Ostsee so gefährliche Projekt auszusetzen.

Lukoil gelang es, den Protest auszusetzen und die D6 Plattform im Juli 2004 in Betrieb zu nehmen. Die UNESCO jedoch drohte, die Kurische Nehrung von der Liste der Welterbe auf die Liste der bedrohten Welterbe zu setzen, wenn nicht zumindest eine grenzübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werde. Darauf einigten sich die russische und die litauische Regierung Ende Januar 2005<sup>57</sup> – bis Juni 2006 sind sie jedoch über anfängliche Gespräche nicht hinaus gekommen.

#### 4.4.7

##### Finanzierung

Lukoil erhielt im Oktober 2003 von einem internationalen Bankenconsortium einen Kredit von US\$ 765 Mio. mit einer Laufzeit von 5-7 Jahren, der den lang- bis mittelfristigen Finanzierungsbedarf des Ölkonzerns absichert.<sup>58</sup> Als „lead arranger“ fungierten die holländische ABN AMRO und die US-amerikanische Citigroup.<sup>59</sup> Teil des Konsortiums waren deutsche Banken (Hypovereinsbank, WestLB, Dresdner Kleinwort Wasserstein, Commerzbank, DeKa-Bank, DZ-Bank, Bayerische und Hessische Landesbank). Bei einem Besuch der Banken im April 2005 mit russischen und litauischen Umweltschützern beriefen sich die Banken darauf, dass es sich bei dem betreffenden Kredit um einen allgemeinen Kredit an die Firma Lukoil handle, nicht um eine Projektfinanzierung für D6. Deshalb sei auch keine spezifische Um-

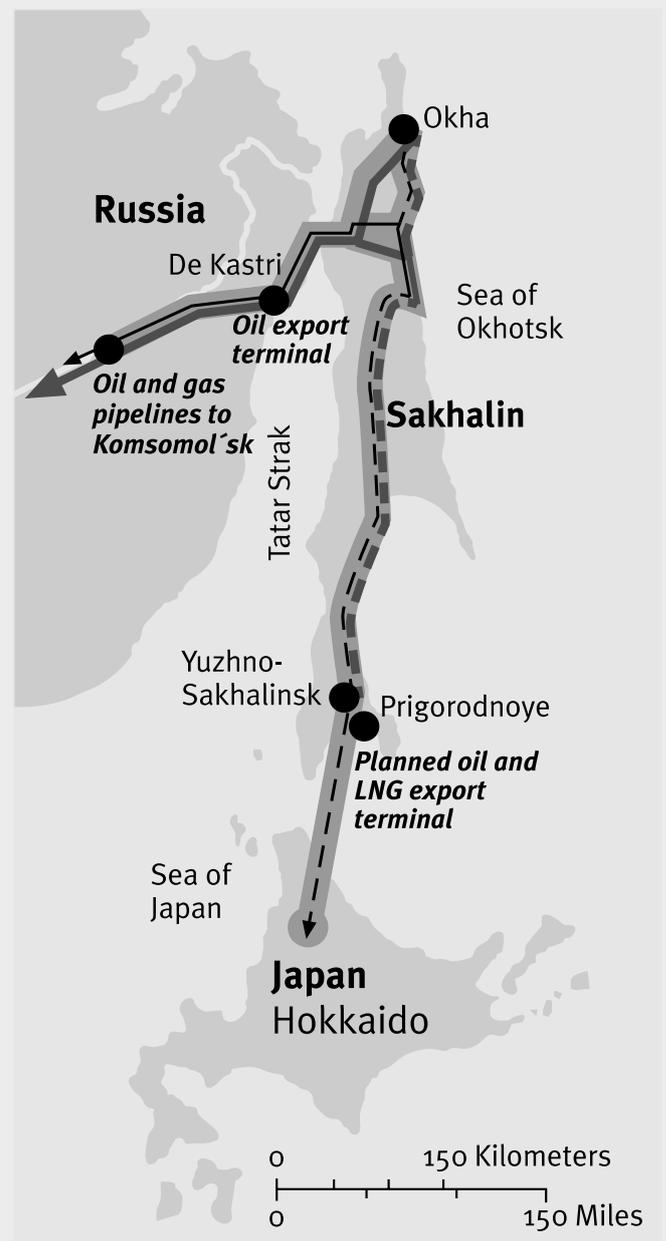
Abbildung 4.9: Lage des Oblast Sachalin

Quelle: engl. Wikipedia. GNU



Abbildung 4.10: Karte von Sachalin mit Öl- und Gasprojekt, Pipelines und geplanter Gasverflüssigungsanlage.

Quelle: US Energy Information Agency.



weltprüfung nötig gewesen. Von dem Projekt D6 und den damit verbundenen Problemen hatten sie noch nie gehört. Da der genannte Kredit von Lukoil explizit für exportbezogene Operationen, Investitionsprogramme und allgemeine Firmenangelegenheiten eingesetzt wird, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass zumindest ein Teil der Gelder auch für das D6-Projekt verwendet wird. Das Beispiel D6 zeigt, dass Banken prüfen müssen, was ihr Klient mit dem Geld zu tun gedenkt, wenn sie eine Beteiligung an solchen Projekten ernsthaft ausschließen wollen.

#### 4.5

### Sachalin II: Gigantismus im fernen russischen Osten

*Von Regine Richter, urgewald*

Das Beispiel des Öl- und Gasprojektes Sachalin II zeigt, dass nicht nur russische Ölkonzerne Profitinteressen über Umweltbelange stellen, sondern auch westliche Ölunternehmen, die in Russland operieren, Umweltprobleme soweit möglich ignorieren, wenn sie ihren Plänen in die Quere kommen.

Die ehemalige Gefangeneninsel Sachalin liegt im Pazifik, im fernen russischen Osten. Auf und vor der Insel wurde bereits zu Sowjetzeiten Öl vermutet und gesucht. Eine Rosneft-tochter identifizierte eine Reihe möglicher offshore Öl- und Gasfelder. Diese wurden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in sechs Hauptprojektgebiete, Sachalin I bis VI, unterteilt. Internationale Ölkonzerne wie Exxon und Shell haben gemeinsam mit russischen Partnern seit Ende der 90er Jahre begonnen, die Öl- und Gasvorkommen auszubeuten. Nach der Erschließung von Sachalin I, ist nun ein Konsortium unter der Federführung von Shell<sup>60</sup> dabei, die zu Sachalin II gehörenden Öl- und Gasfelder zu erschließen. Dabei handelt sich um ein Projekt von gigantischen Ausmaßen: Für mindestens 20 Mrd. US\$ wird neben einer Bohrinsel im Norden der Insel, eine Unterwasserpipeline zur Küste gebaut. Auf der Insel sollen Pipelines das Öl und Gas über 800 km vom Norden in den Süden transportieren. Dort ist die Verladung auf Tanker einfacher, zudem entsteht hier eine Anlage, um das Gas zu verflüssigen und es anschließend per Schiff nach Asien und in die USA zu transportieren.

### Abschied von den letzten ihrer Art?

Die Bedrohung des Ölprojektes für die Umwelt Sachalins ist enorm. Die Insel von der Größe Großbritanniens wird von nur etwa 500.000 Menschen bewohnt. Die Tier- und Pflanzenwelt auf der Insel und im umgebenden Meer ist sehr reichhaltig. Unter anderem haben im Norden der Insel die letzten 100 Westpazifischen Grauwale ihren Lebensraum. In direkter Nähe der geplanten Bohrinsel, in der Bucht von Piltun, liegen ihre Sommerweiden. Die Tiere reagieren sehr empfindlich auf den Lärm, der mit den Bauarbeiten für Plattform und Pipelines verbunden ist. Bereits bei früheren Bauaktivitäten zur Erschließung von Sachalin I magerten zahlreiche Wale ab, da sie sich weniger in ihren Futtergründen aufhielten, um dem Lärm zu entgehen. In der Walpopulation gibt es nur noch unter 30 fortpflanzungsfähige Weibchen. Auf Druck möglicher Geldgeber beauftragte deshalb Shell ein unabhängiges Panel aus Walwissenschaftlern, die möglichen Auswirkungen von Sachalin II auf die Grauwale zu prüfen. Die Wissenschaftler veröffentlichten ihren Bericht im Februar 2005 und beklagten, dass ihnen zahlreiche Informationen, die sie für eine umfassende Bewertung gebraucht hätten, von Shell nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Sie trafen die klare Aussage, dass das „vorsorglichste Herangehen wäre, die aktuellen Bauarbeiten einzustellen und die Erschließung der Öl- und Gasfelder in der Nachbarschaft der Futtergründe vor Sachalin weiter aufzuschieben, besonders nahe [...] der Küste, die vor allem von Müttern mit Kälbern aufgesucht werden“.<sup>61</sup> Die Wissenschaftler warnten, dass schon der Tod von einem fortpflanzungsfähigen Weibchen pro Jahr zum Aussterben der Unterart führen wird. Deshalb müsse alles getan werden, um den Schaden auf die Walpopulation so gering wie möglich zu halten, wenn das Projekt nicht verschoben würde. Neben der Beeinträchtigung durch Lärm warnten die Wissenschaftler vor direkter Beschädigung der „Walweiden“ durch die Bauarbeiten. Sowohl die Störung durch Lärmbelastung als auch der vermehrte Schiffsverkehr erhöhe die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Walen und Schiffen. Die vom Konsortium vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen hielten die Wissen-



17  
**Industrieromantik?**  
**Westpazifischer Grauwal**  
**vor Ölplattform**  
*Quelle: Gravior/Greenpeace*

schaftler für fragwürdig und nicht hinreichend. Shell reagierte auf den Bericht mit der Ankündigung, die Unterwasser-Pipelines so zu verlegen, dass sie weniger zur direkten Zerstörung der Futtergründe beitragen. Darüber hinaus zeigte sich das Konsortium jedoch wenig von dem Bericht beeindruckt und setzte die Bauarbeiten nach Zeitplan fort: Im Sommer 2005 wurde in der Bucht von Piltun der Sockel für die geplante Bohrinsel verankert, wovon die Wal-Experten unter anderem wegen der Lärmbelastung durch die Bauaktivitäten gewarnt hatten. Zwar hatten die Bauschiffe Personal an Bord, das vor möglichen Zusammenstößen warnen sollte, wenn Wale in Sicht kämen. Die Bauarbeiten wurden jedoch im dichtesten Nebel durchgeführt, so dass nahe Wale nicht auszumachen waren. Um den Zeitplan nicht zu gefährden wurde nicht gewartet, bis sich der Nebel lichtete.

#### 4.5.2 Das Flussüberquerungsdesaster

Für die Bevölkerung ist ein anderer Aspekt des Artenreichtums auf Sachalin besonders wichtig: Die Menge und Vielzahl verschiedener Lachse, die im Meer und in den Gewässern leben und in den zahlreichen Flüssen der Insel laichen. Sie stellen die Lebensgrundlage von etwa einem Drittel der Einwohner dar, besonders der Lebensstil einiger indigener Völker, so z.B. der Niwchen, dreht sich um diesen Wildfisch. Doch auch die Lachse werden von den Bauarbeiten für das Sachalin II Projekt beeinträchtigt, denn der Pipelinebau über 800 km durchquert über 1000 Flüsse und Wasserläufe, mindestens 200 sind wichtige Lachslaichgewässer. Die Bauarbeiten haben bereits über 100 Flüsse schwer beschädigt. Lachse sind Klarwasserfische, die kein trübes Wasser zum Laichen mögen. Zudem wurden Flüsse für den Bau teilweise aufgestaut, um besser arbeiten zu können. Flussabwärts waren die Gewässer deshalb für einige Zeit komplett ohne Wasser, was der Laich, bzw. die frisch geschlüpften Fischembryonen nicht überleben. Zwar gibt es Pläne, wie die Flussüberquerungen gebaut werden sollen, um möglichst wenig Schaden anzurichten, diese Pläne sind jedoch unzureichend und werden zudem regelmäßig nicht eingehalten. Im März 2005 veröffentlichte die englische Zeitung „Observer“ Fotos von durch Bauarbeiten verwüsteten Flüssen.<sup>62</sup> Daraufhin musste Shell auf Druck möglicher Finanzierer die Flussüberquerungspläne überarbeiten. Lachsexperten halten die Pläne jedoch nach wie vor für unzureichend, vor allem zeigen Aufnahmen, die im Sommer 2006 längs der Pipeline gemacht wurden, dass selbst die unzureichenden Pläne nach wie vor nicht eingehalten werden.

Negative Auswirkungen auf die Fischpopulation haben auch die Arbeiten im Süden der Insel, wo die Gasverflüssigungsanlage gebaut wird. Das für den Bau ausgebagerte Material wie Steine und Lehm wird in der Aniva-Bucht verklappt. Diese Bucht ist jedoch für Sachalins Fischer sehr wichtig,

deren Fangquote durch die Verschmutzung zurückgegangen ist. Hierzu sind verschiedene Verfahren anhängig: Eine Klage gegen die russische Bundesbehörde, die die Verklappung in der Aniva-Bucht erlaubte, obwohl die genehmigten Mengen viel größer sind, als es das russische Gesetz erlaubt. Ebenso läuft eine Klage gegen das von Shell geführte Konsortium, weil der Bau der gesamten Gasverflüssigungsanlage nicht die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchlaufen hat. Bei der Osteuropabank als möglicher Geldgeberin für das Projekt wird zudem eine Beschwerde von Fischereibetrieben aus der Aniva-Bucht behandelt, die vom Konsortium Schadensersatz für ihre Fangverluste einfordern.<sup>63</sup>

#### 4.5.3 Ich teile mit Mir: Shells Profit-Sharing-Agreement

Ob sie ein so gutes Geschäft mit dem Sachalin II Projekt macht, fragt sich langsam auch die russische Regierung. Sie hat mit dem Shell-Konsortium (SEIC) 1994 einen ungünstigen Vertrag abgeschlossen, das Profit-Sharing Agreement (PSA), mit dem das Konsortium seine Gewinne absichert. Solche PSA zur Absicherung von Investitionen internationaler Ölkonzerne in „Gastländern“ sind international verbreitet. Sie regeln gewöhnlich, dass die investierende Ölfirma das Einkommen der ersten Jahre nutzt, um seine Kosten zu decken („cost oil“), anschließend wird das Einkommen zwischen Investor und dem „Gaststaat“ in vereinbarten Anteilen aufgeteilt („profit oil“). Im Fall von Sachalin II erhält der russische Staat jedoch überhaupt erst einen Anteil, wenn das Shell Konsortium sowohl seine gesamten Kosten gedeckt hat, als auch 17,5% Rendite gemacht hat. Ab dann bekommt die russische Regierung für zwei Jahre erst 10% des Einkommens, dann 50% bis SEIC 24% Rendite gemacht hat. Das Abkommen kann an sich nur vom Konsortium beendet werden.<sup>64</sup> Die russische Regierung wäre aber nicht die Putin-Regierung, wenn sie sich ad infinitum so „ausbooten“ ließe. Im Mai 2006 erschreckte das Ministerium für Naturressourcen Shell, Exxon und weitere Ölkonzerne mit der Überlegung, die ausländischen Konsortien auf Sachalin so zu zerschlagen, dass russische Ölfirmen in ihnen die Mehrheit hätten.<sup>65</sup> Gespräche mit Gazprom, die einen 25% des Shell-Anteils übernehmen wollen, laufen bereits seit Monaten.

#### 4.5.4 Protest und die Rolle der Osteuropabank

Um sich politisch abzusichern, ist Shell deshalb dringend daran gelegen, die Osteuropabank (EBRD) als Finanzierer für das Projekt zu gewinnen. Neben dem politischen Gewicht, das eine multilaterale Entwicklungsbank wie die EBRD einbringen kann, ist es jedoch vor allem das „Gütesiegel“, das sie mit ihrer Beteiligung vergibt. Sie prüft die Umweltauswirkungen eines Projektes und arbeitet mit potenziellen Kunden an der Beseitigung von gravierenden Problemen.



**18**  
**Verklappung von Bauabfällen in der Anivabucht senkt die Fangquoten der Fischer**  
Quelle: Sakhalin Environmental Watch

**19, 20**  
**Brücken die vor der Schneeschmelze hätten zurückgebaut werden müssen, um Erosion zu vermeiden.**  
Quelle: E.Kononov, L.Epstein

**21**  
**Indigene blockieren Zugang zu SEIC-Baustelle**  
Quelle: Sakhalin Environmental Watch

18



19



20



21

Im Fall Sachalin II hat sich die EBRD über zweieinhalb Jahre geweigert, die Projektprüfung überhaupt offiziell zu eröffnen, da die Qualität der vorgelegten Unterlagen zu schlecht sei. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde als nicht hinreichend (not fit for purpose) bewertet. Zu den schweren ökologischen und sozialen Problemen gehört neben den bereits geschilderten, dass es keinen umfassenden Ölunfallplan gibt, obwohl die Bekämpfung von Ölunfällen gerade unter Eisbedingungen extrem schwer ist. Eis gibt es im Meer um Nordost-Sachalin sechs Monate im Jahr, Grund genug, sich ernsthaft mit diesem Problem auseinander zu setzen. Ebenfalls gab es zahlreiche Proteste der Indigenen, da ihre Belange zu wenig berücksichtigt wurden. Sie blockierten mehrmals die Bauarbeiten. Nun werden sie mit einer relativ geringen Summe Geld abgefunden.

Viele Bewohner Sachalins stehen dem Projekt sehr kritisch gegenüber. Nachdem die Osteuropabank im Dezember 2005 auf Druck von Shell die offizielle Projektprüfung eröffnete, überreichten im Mai 2006 Vertreter von Sachalin der Osteuropabank über 10.000 Unterschriften unter einer Petition, die die Bank auffordert, das Projekt nicht zu unterstützen. Das Projekt ist bereits zu 70% fertig gestellt, was die Umweltverträglichkeitsprüfung durch die EBRD fragwürdig macht. Eine solche Prüfung soll ja gerade vor der Realisierung eines Projektes durchgeführt werden, um es noch beeinflussen zu können und Umweltschäden zu vermeiden. All dies kann bei einem Projekt nicht gewährleistet werden, das bereits zu fast drei Vierteln fertig gestellt ist. Den Betreibern geht es nicht um die relativ geringe Summe, die die EBRD als Kredit geben würde, zwischen 300 und 400 Millionen US\$ (von geschätzten 20 Mrd. US\$ Kosten). Wichtig ist vor allem das Gütesiegel. Auf das warten nämlich auch die Privatbanken,

die möglicherweise ebenfalls in die Finanzierung des Projektes einsteigen. Bisher wird vor allem ABN Amro als Lead Arranger diskutiert, auch andere Banken scheinen Angebote eingereicht zu haben, unter ihnen werden die Royal Bank of Scotland und BNP Paribas genannt. Von den vorderen Plätzen halten sich deutsche Banken bislang fern, sollte die Osteuropabank jedoch „grünes Licht“ geben, wird die Hemmschwelle für eine Beteiligung voraussichtlich sinken. Dabei ist das Projekt auch innerhalb der EBRD extrem umstritten, die Bank bekennt öffentlich, dass das Projekt ihre Umweltstandards mehrfach gebrochen habe. Gleichzeitig wägt sie ab, ob ihre Beteiligung zumindest das Schlimmste verhindern könne. Internationale Umweltorganisationen halten das jedoch für eine falsche Annahme. Wenn die Osteuropabank das Projekt unter den jetzigen Bedingungen akzeptiert, schickt sie vor allem eine Botschaft an internationale Ölkonzerne: Dass ihre Umweltstandards nach unten verhandelbar sind und Umweltprobleme in weiten Teilen ignoriert werden können, wenn eine Firma nur genügend Druck macht. Gerade gegenüber russischen Ölkonzernen, die diese Überzeugung sowieso mitbringen, wäre dies eine katastrophale Botschaft.

#### 4.6 Fazit

Die Fallbeispiele zeigen, wie weit die Realität von dem guten Umweltgesetz auf dem Papier entfernt ist und wie viel dringend getan werden muss, um die vorhandenen ökologischen Katastrophenzonen zu beseitigen, aber auch, um zukünftige Desaster zu vermeiden. Diese Aufgabe ist zu groß für einen einzelnen Akteur. Deshalb sind sowohl Politik, als auch Unternehmen, Banken und Verbraucher gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Die Forderungen an sie folgen im nächsten Kapitel.

# Kapitel 5

<b>Inhalt</b>	<b>Forderungen</b>	<b>47</b>
	<b>5.1 Blick zurück: Bestand der Katastrophe aufnehmen und Sanierungsplan erarbeiten</b>	<b>47</b>
	<b>5.2 Blick nach vorn: zukünftige Katastrophen vermeiden</b>	<b>48</b>
	5.2.1 Umweltstandards für die russische Ölförderung	49
	5.2.2 Internationale Ölkonzerne	50
	5.2.3 Rolle von Privatbanken: hohe Standards	50
	5.2.4 Rolle von öffentlichen Banken: kein Geld für Öl	51
	5.2.5 Transparenz gegen Korruption	51
	<b>5.3 Prinzipiell: Ölverbrauch massiv reduzieren mit Perspektive „weg vom Öl“</b>	<b>52</b>
	5.3.1 Verantwortung auf internationaler Ebene wahrnehmen	52
	5.3.2 Ölverbrauch verringern	52
	5.3.3 Eine Strategie „weg vom Öl“	53

# Forderungen

Diese Studie zeigt die fehlende Umsetzung der russischen Umweltgesetze und den hohen Preis, den Mensch und Natur in den Öl-Fördergebieten für unsere Energiesicherheit zahlen müssen. Russische Umweltorganisationen stellen fest, dass der Öl- und Gassektor zu einer Hauptbedrohung für den Naturschutz in ihrem Land geworden ist. Sie fordern klare Umweltstandards für Ölkonzerne und die russische Regierung<sup>1</sup>. Banken, die Ölfirmen finanzieren, müssen ebenfalls Standards einhalten, bzw. ihre Kunden auf die Einhaltung von Standards festlegen.

Bevor jedoch vorausschauende Standards zum Tragen kommen, müssen die katastrophalen Zustände in den bestehenden Fördergebieten adressiert werden. Darüber hinaus ist eine Strategie nötig, die sich vom Öl abwendet. Denn seine Förderung und sein Transport bringen immer große Umweltgefahren mit sich. Und der Klimawandel lässt sich auch durch Umweltstandards im Ölbereich nicht vermeiden.

## 5.1

### **Blick zurück: Bestand der Katastrophe aufnehmen und Sanierungsplan erarbeiten**

In den ökologischen Katastrophengebieten Westsibiriens haben bisher vor allem Umweltorganisationen und einzelne Mediziner Daten erhoben, um das Ausmaß der Ölverseuchung und die daraus folgenden ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen abzuschätzen. Die russische Regierung muss ihre prall gefüllte Öl-Schatztruhe nutzen, um diese Schäden systematisch aufzunehmen und einen Sanierungsplan zu erstellen. Die Verursacher der Katastrophe, die in Westsibirien tätigen Ölkonzerne, müssen diese Arbeit mitfinanzieren. Ebenso sind die Nutznießer des Öls finanziell gefordert. Dazu gehören die deutschen Banken, die die Ölkonzerne mit Geld versorgen und dabei gute Geschäfte machen und Deutschland, das 34 Prozent seines Öls aus Russland bezieht.

Die Bundesregierung sollte gegenüber der russischen Regierung die Idee einer Task Force einbringen, die diese Bestandsaufnahme in Angriff nimmt und einen Sanierungsplan erarbeitet. Der Task Force sollten Mitarbeiter aus Umweltbehörden, Ölindustrie, Umweltorganisationen, Wissenschaftler und Mediziner angehören.

Da gerade in Westsibirien das Ausmaß der Schäden gigantisch ist, muss geklärt werden, wie die Sanierung finanziert werden kann. Ein Ansatz ist ein Entschädigungs- und Rehabilitierungsfonds, in den vor allem die Ölkonzerne als Verursacher einzahlen, ebenso der russische Staat aus seinen reichen Öleinnahmen wie auch die Banken, die sich je nach geleisteter Kreditvergabe und daraus erzielten Gewinnen beteiligen müssen. Vorstellbar ist zusätzlich die Erhebung einer Extra-Abgabe auf russisches Erdöl, die in den Fonds einfließt. Der Fonds muss demokratischer Kontrolle unterliegen.

Aus dem Fonds müssen, soweit dies überhaupt möglich ist, Reinigungsmaßnahmen des Bodens und Wassers finanziert werden<sup>2</sup>, um der Bevölkerung der Ölfördergebiete ein Leben ohne schwere Gesundheitsschäden zu ermöglichen. Der Fonds sollte für die Behandlung bereits erlittener Gesundheitsschäden aufkommen und für ökonomische Verluste entschädigen, die auf die Ölverseuchung zurückgehen. Hierbei ist die Frage der adäquaten Entschädigung zentral. Es muss sichergestellt werden, dass Bewohner und Indigene anschließend mindestens denselben Lebensstandard haben wie zuvor. Entschädigung für verlorenes Land muss, wenn irgend möglich, in Form von gleichwertigem Ersatzland erfolgen, es sei denn, die Betroffenen wünschen es ausdrücklich anders.

## **5.2 Blick nach vorn: zukünftige Katastrophen vermeiden**

Über die direkt drängenden Probleme Westsibiriens hinaus ist es angesichts der großen gegenseitigen Abhängigkeit beim Öl-Import bzw. -Export<sup>3</sup> notwendig, dass die Bundesregierung mit Russland über die ökologischen und sozialen Probleme der russischen Ölindustrie in Dialog tritt. Dabei geht es darum, aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen und zukünftige Umweltverseuchung, Gesundheitsschäden, soziale Ungerechtigkeit sowie mangelnde Partizipation der Bevölkerung zu verhindern. Bei diesem Dialog muss es auch darum gehen, die Umsetzung der Umweltgesetzgebung zukünftig drastisch zu verbessern. Als Ausgangspunkt bietet sich die deutsch-russische Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“ auf Basis des deutsch-russischen Regierungsabkommens zum Umweltschutz an.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bietet der Bundesregierung die Möglichkeit, das Thema „ökologische und soziale Probleme in der russischen Ölindustrie“ auch auf EU-Ebene ins Blickfeld zu rücken. Denn die EU ist die größte Konsumentin russischen Öls. Sie deckt 27 Prozent ihres Ölbedarfs aus Russland. Russland seinerseits exportiert insgesamt 60 Prozent seines Öls in die EU<sup>4</sup>. Ebenso wie den G8 ist der EU sehr an ihrer Energiesicherheit gelegen. Die EU-Kommission und der EU- Außenbeauftragte Javier Solana haben erst kürzlich ein gemeinsames Papier<sup>5</sup> zur Versorgungssicherheit der EU vorgelegt. Es setzt unter anderem auf eine starke Einbindung Russlands, mit dem Ziel einer „Integration der Energiemärkte der EU und Russlands“<sup>6</sup>. Für Russland attraktiv soll dabei sein, dass EU-Mitgliedsstaaten Investitionen im russischen Ölsektor mit Milliarden unterstützen, damit das Land seine Rohstoffreserven noch schneller und vollständiger ausbeuten kann. Das Papier soll unter deutscher Ratspräsidentschaft beschlossen werden. Dies gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, den bisher ausschließlich auf die europäischen Energiesicherheitsinteressen gerichteten Blick zu weiten. Sie sollte die Umweltsicherheit von Mensch und Natur in den Ölfördergebieten ins Blickfeld bringen und darauf bestehen, dass das Papier die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beim Import von Öl aufnimmt. Denn weder die Bundesregierung noch die EU-Kommission dürfen die eigenen umwelt- und außenpolitischen Ziele (wie Umweltschutz, Klimaschutz, Förderung von Demokratie und Menschenrechten) für kurzfristige Energieinteressen konterkarieren. Gerade ein gemeinsames Auftreten der EU und der russische Wunsch nach bedeutenden Investitionen erschwert es Russland, diese Forderungen abzublocken.

### 5.2.1

#### Umweltstandards für die russische Ölförderung

Für eine bessere Umsetzung der russischen Umweltgesetze spielen die Öffentlichkeit im Allgemeinen sowie Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen im Besonderen eine wichtige Rolle. 21 russische Umweltorganisationen, unter ihnen WWF- und Greenpeace-Russland haben konkrete Forderungen für die Ölförderung aufgestellt<sup>7</sup>. Die Forderungen richten sich an Ölkonzerne wie auch an die Regierung auf Bundes-, Regionen- und Lokalebene.

1. Sie fordern von den Ölkonzernen eine Umweltpolitik zu erarbeiten, die die folgenden Punkte berücksichtigt.
2. Die Ölkonzerne sollen die russischen Umweltgesetze einhalten und keine Änderungen an den Gesetzen initiieren.
3. Klare „No go“ Gebiete für die Ölförderung:
  - UNESCO Welterbe,
  - Schutzgebiete wie Nationalparks, Naturparks, Naturreservate, Biosphärenreservate, geplante Schutzgebiete
  - Feuchtgebiete internationaler Bedeutung (Ramsargebiete)
  - Lebensräume bedrohter Arten
4. Die Ölkonzerne sollen in sensitiven Ökosystemen wie Wäldern nahe der Tundra, Wasserschutzgebieten und Waldschutzgebieten ihre Aktivitäten so ausführen, dass diese nicht zur Degradierung der Ökosysteme führen.
5. In Gegenden, die traditionell von indigenen Völkern bewohnt werden, dürfen Ölkonzerne nicht aktiv werden, bevor sie von diesen die Genehmigung erhalten haben. Maßgabe muss die freie, vorherige und informierte Zustimmung (free, prior and informed consent, FPIC) der jeweiligen indigenen Gemeinschaft sein. Diese Zustimmung muss aus einem demokratischen Prozess resultieren. Die Ölkonzerne müssen eine ethnologische Sozialverträglichkeitsprüfung durchführen und deren Ergebnisse berücksichtigen. Sie müssen ihre Aktivitäten so durchführen, dass die ursprüngliche Umwelt erhalten bleibt und die traditionelle Naturnutzung durch die Indigenen weiter möglich ist.
6. Bei der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) müssen alle Alternativen, auch die Nullvariante geprüft werden. Ebenso müssen alle Bereiche eines Projektes geprüft werden (z.B. Produktion, Raffinierung, Lagerung und Transport). Die UVP Materialien müssen transparent gemacht werden. Im Falle einer gesellschaftlichen UVP muss die Firma alle relevanten Materialien zur Verfügung stellen.
7. Im Bereich der Transparenz von Umweltinformationen müssen Konzerne alle umweltrelevanten Informationen veröffentlichen, wozu auch Ölunfallpläne gehören. Sie müssen die Öffentlichkeit unverzüglich über Unfälle informieren und das Monitoring durch öffentliche Organisationen sowie die Verwaltung unterstützen.
8. Die Ölkonzerne sollen den Wert der Naturressourcen abschätzen und ebenfalls abschätzen, welche Verluste durch die Ölförderung, -verarbeitung und den Transport entstehen. Diese Abschätzung soll öffentlich zugänglich sein. Dort, wo Umweltschäden entstehen, müssen die Konzerne diese entsprechend der russischen Gesetzgebung kompensieren.
9. Zur Vermeidung von Ölunfällen und Schadensbegrenzung im Fall eines Unfalls müssen die Ölkonzerne umfassende Unfallpläne aufstellen und veröffentlichen.
10. Um Umweltschäden zu vermeiden, muss beste verfügbare Technologie verwandt werden. Von der Verbrennung von Begleitgas muss abgesehen werden.
11. Ölfirmen müssen ihren Beitrag zum Klimawandel analysieren und veröffentlichen.

### 5.2.2

#### **Internationale Ölkonzerne**

Da am russischen Öl nicht nur russische Ölkonzerne beteiligt sind, gelten die Forderungen natürlich auch für die dort tätigen und von dort importierenden internationalen Ölmultis. Sie sind ebenfalls für die Bedingungen verantwortlich, unter denen das Öl aus dem Boden geholt wird und müssen für die Folgen ihres Handelns von der Förderquelle bis zur Zapfsäule einstehen. Darüber hinaus müssen sich die Ölkonzerne der Klimaverantwortung für ihre Produkte stellen. Sie sollten ihre Milliarden Gewinne in klimafreundliche Erneuerbare Energien stecken, statt an der umweltzerstörerischen und klimafeindlichen Ölförderung festzuhalten.

### 5.2.3

#### **Rolle von Privatbanken: hohe Standards**

Für Banken bedeuten die Forderungen, dass sie die Umweltperformance ihrer potentiellen Klienten an diesen Ansprüchen messen und sogenannte „Know your client“-Kriterien entwickeln müssen: Neben einer möglichen Umweltpolitik der Ölfirma müssen sie ihr Verhalten in konkreten Projekten prüfen. Um bei allgemeinen Firmenkrediten zu sehen, wofür die Ölkonzerne das geliehene Geld möglicherweise verwenden werden, müssen die Banken die Investitionspläne der Konzerne prüfen. In Finanzierungsverträgen können zudem Qualitätsstandards festgeschrieben werden, die sich auf die ökologische und soziale Qualität bei Förderung und Transport des Öls beziehen. Prinzipiell sollten Kredite nur dann an Ölfirmen vergeben werden, wenn alte Umweltprobleme angegangen werden, was konkret bedeutet: keine Kredite solange keine Sanierungspläne für bestehende Ölverschmutzungen und marode Pipelines vorhanden sind. Im eigenen Interesse müssen die Banken Sektorstandards für das Öl- (und Gas-) Geschäft formulieren. Sie müssen dabei entsprechende Umweltkonventionen und Menschenrechtspakete der UN (zu Klima, Biodiversität, Transparenz, bürgerlich-rechtlichen wie auch wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten) sowie die ILO-Konventionen (zu Indigenen und Kernarbeitsnormen) mit einbeziehen. Analog zu den Forderungen russischer Umweltorganisationen müssen die zu erarbeitenden Standards verbindliche Ausschlusskriterien enthalten (etwa die Verpflichtung keine Konzerne und Projekte zu finanzieren, die sich negativ auf Naturschutzgebiete auswirken, in Weltkulturerbe durchgeführt werden sollen, die Landnutzungsrechte indigener Völker missachten, zu großen Zwangsumsiedlungen führen, Konflikte in bestehenden Krisengebieten weiter anheizen, sich über die Bestimmungen internationaler Konventionen hinwegsetzen).

Die Banken müssen sicherstellen, dass Ölfirmen für durch sie verursachte Schäden haften und sie für diese Haftung versichert sind. Die Banken müssen erheben, zu welchem CO<sub>2</sub>-Ausstoss die von ihnen finanzierten Aktivitäten führen.

Die Sektorstandards müssen mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen diskutiert werden, anschließend bearbeitet und veröffentlicht werden. Um internationalen Entwicklungen gerecht zu werden, müssen sie kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die jeweiligen Standards sind zudem nicht nur auf die Projektfinanzierung, sondern auf alle relevanten Finanzierungsgeschäfte anzuwenden.

Um einen Wettbewerb nach unten zu verhindern und einen möglichst großen Einfluss zu haben, sollten die Banken solche Sektorstandards gemeinsam entwickeln und verpflichtend einführen.

#### **5.2.4**

##### **Rolle von öffentlichen Banken: kein Geld für Öl**

Eine gänzlich andere Rolle haben öffentliche Entwicklungsbanken zu spielen. In Russland gilt dies vor allem für die Osteuropabank (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBWE). Sie wurde 1991 gegründet, um die Länder Mittel- und Osteuropas inklusive der ehemaligen Sowjetrepubliken bei der Transformation hin zu Marktwirtschaften zu unterstützen. Die Einhaltung demokratischer Grundsätze ist ihr dabei ein besonderes Anliegen. Wie diese Studie zeigt, führt der russische Ölreichtum weder zur Demokratisierung, noch zu einer wirtschaftlichen Entwicklung, von der die Bevölkerungsmehrheit profitiert. Im Gegenteil: der Ölsektor gehört zu den korruptesten Wirtschaftssektoren und steht damit beiden Zielen (Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und der Demokratie) entgegen. Die begrenzten Mittel einer öffentlichen Bank sollten nicht an Ölkonzerne gegeben, sondern für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien verwandt werden. Diese Politik muss sich auch in der Finanzsektorförderung der EBWE niederschlagen (z.B. für Geld, das die Bank Finanzinstitutionen in Osteuropa leiht). Dementsprechend sollte die Bundesregierung im Verwaltungsrat der Osteuropabank gegen die Finanzierung von Ölprojekten und -konzernen stimmen und sich für mehr Engagement der Bank bei Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien einsetzen. Sie sollte andere Anteilseigner der Bank von dieser Linie überzeugen. Dies entspräche zudem dem Auftrag aus dem Bundestagsbeschluss 15/3465 „Für eine nachhaltige Rohstoff- und Energiepolitik der Weltbank“, der neben der Weltbank die regionalen Entwicklungsbanken in der Pflicht sieht, eine aktive Rolle beim notwendigen weltweiten Umstieg auf nachhaltige Energiesysteme zu spielen.

#### **5.2.5**

##### **Transparenz gegen Korruption**

Korruption ist besonders im Ölsektor sehr verbreitet. Da Transparenz ein gutes Mittel gegen Korruption ist, spricht sich eine internationale Kampagne dafür aus, dass die Zahlungen von Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen an Regierungen veröffentlicht werden sollen, ebenso wie die Verträge zwischen Firmen und Regierungen. Diese „Publish What You Pay“ Koalition<sup>8</sup> besteht aus Anti-Korruptions-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen.

Die deutsche Regierung sollte sich gegenüber der russischen Regierung dafür einsetzen, dass das ‚Publish What You Pay‘ Prinzip auch in Russland verfolgt wird.

### 5.3

#### Prinzipiell: Ölverbrauch massiv reduzieren mit Perspektive „weg vom Öl“

Die 2006er G8 Energiedeklaration ist erschreckend rückwärtsgewandt und setzt im Namen der Energiesicherheit auf massive Investitionen zur Nutzung von Öl und Atom als Energiequellen. Dies bedeutet eine radikale Abkehr von den Ansätzen in Gleneagles, dem G8 Gipfel 2005, wo Klimaschutz eine wichtige Rolle spielte und der massive Ausbau von erneuerbaren Energien gefordert wurde.

#### 5.3.1

##### Verantwortung auf internationaler Ebene wahrnehmen

Die Bundesregierung muss deshalb die deutsche G8 Präsidentschaft im Jahr 2007 dazu nutzen, die Energiediskussionen wieder klimafreundlicher und nachhaltiger zu gestalten: Ohne den weltweiten Verzicht auf Öl und Atom sowie eine deutlich verstärkte Förderung regenerativer Energien ist eine global nachhaltige Entwicklung unmöglich. Deshalb sollten die Regierungen der G8 beim Gipfel im Sommer 2007 in Heiligendamm eine gemeinsame Absichtserklärung der führenden Industrienationen zum Ausstieg aus den fossilen Energierohstoffen zum Ziel haben.

#### 5.3.2

##### Ölverbrauch verringern

Die Tatsache, dass Ölförderung und -transport mit so großen Umweltzerstörungen verbunden sind, ebenso wie der Klimawandel, machen es notwendig, den Ölverbrauch sofort drastisch zu reduzieren und den Marktanteil erneuerbarer Energien umgehend massiv auszubauen. Vor allem Verkehr und Wärmezeugung sind die größten Ölverbraucher in Deutschland. Deshalb muss bei ihnen angesetzt werden, z.B. durch

- die Förderung des Öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, um den Individualverkehr zu reduzieren,
- die Einführung einer von den CO<sub>2</sub>-Emissionen abhängigen KFZ-Steuer,
- die gesetzliche Verpflichtung, sparsame PKW und LKW zu bauen, was z.B. in China gemacht wird,
- die Einführung einer Umweltsteuer auf Kerosin
- die verstärkte Förderung von Altbausanierung und ökologischer Wärmedämmung
- die Förderung regenerativer Wärmequellen bei der Wärmezeugung.
- Eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne zur Förderung regenerativer Energien und um die Akzeptanz und Bereitschaft in der Bevölkerung zu erhöhen, Öl zu sparen.

### 5-3-3

#### **Eine Strategie „weg vom Öl“**

Mittelfristig muss Deutschland eine Strategie „weg vom Öl“ entwickeln. Allein die Tatsache, dass Erdöl eine endliche Ressource ist, zwingt dazu, über Alternativen nicht nur nachzudenken, sondern sie konkret anzugehen. Die Förderung, der Transport und die Verbrennung des Erdöls zur Energiegewinnung haben lokal und global verheerende Auswirkungen auf die Umwelt. Das Abfackeln von Begleitgas bei der Förderung und die Verbrennung des Erdöls im Verkehr und für Heizungswärme sind Hauptverursacher des globalen CO<sub>2</sub>-Anstiegs. In den ölreichen Ländern herrschen Korruption und Meinungsdictaturen, Menschenrechte werden mit Füßen getreten und der ökonomische Nutzen des „schwarzen Goldes“ kommt nur einer kleinen, elitären Schicht zugute während der große Rest der Bevölkerung weiter in Armut lebt. Nicht zuletzt die anhaltenden Konflikte um Erdölvorkommen erfordern eine Abkehr vom Öl.

Die Bundesregierung muss deshalb ein deutliches Zeichen setzen und eine mittelfristige Strategie für Deutschlands Verzicht auf Öl als Energieträger formulieren. Erste ausbaufähige Ansätze einer solchen Strategie für haben die Grünen in ihrer Erklärung „Weg vom Öl. Auf dem Weg ins postfossile Zeitalter“ und einem 10-Punkte-Sofortprogramm formuliert.<sup>9</sup> Dass der gänzliche Verzicht auf Öl keine Utopie bleiben muss, führt zur Zeit Schweden vor: Im Februar 2006 verkündete die Energieministerin Mona Sahlin, dass Schweden bis 2020 als erstes Land der Welt „ölfrei“ funktionieren will. Fossile Brennstoffe sollen durch Erneuerbare ersetzt werden. Eine Arbeitsgruppe aus Industriellen, Wissenschaftlern, Bauern, Autoherstellern und Behördenmitarbeitern sitzt an einem Plan, wie dieser Abschied vom Öl stattfinden könnte. Das Heizungssystem in Schweden wurde im letzten Jahrzehnt bereits großflächig auf Dampf oder heißes Wasser aus geothermischen Quellen umgestellt, bzw. auf die Verwendung von Abwärme. Es wird erwartet, dass die Arbeitsgruppe vorschlägt, mehr Biokraftstoffe aus den riesigen Wäldern Schwedens zu gewinnen sowie Wind- und Wellenkraft stärker zu nutzen. Um für Deutschland eine ähnliche Strategie zu entwickeln, sollte die Regierung eine Bundestags Enquête-Kommission „Weg vom Öl“ einsetzen. Bei der Benennung der externen Sachverständigen müssen neben Wissenschaftlern und Industrie auch Vertreter aus Umweltorganisationen berücksichtigt werden.

# Kapitel 6

<b>Inhalt</b>	<b>Anhang</b>	<b>55</b>
	6.1 Tabellen	<b>55</b>
	6.2 Fußnoten	<b>61</b>

# Anhang

## 6.1. Tabellen

Tabelle A3.1: Zwischen 1997 und 2006 an die russische Öl- und Gasindustrie vergebene Kredite

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Euroweek

Nr.	Firma	Kreditsumme in Mio. US\$	Zinssatz über LIBOR, EURIBOR	Dauer in Jahren	Typ	Wann	Bookrunner und Madated Lead Arranger (MLA)	Weitere beteiligte deutsche Banken	Quelle
1	Gazprom	1526	0,55%	4	refinances two \$1.1bn deals secured 2004	April 06	ABN Amro, BMTU, Calyon, BayernLB, Citigroup, DnB NOR Bank, Goldman Sachs, ING, Sanpaolo IMI, Société Générale	DekaBank, DZ Bank, KfW	Euroweek - Issue: 951 - April 28 2006
2	Gazprom	2500	0,70% bis 0,90%	3 5	part of the \$13.1bn financing backing Gazprom's acquisition of a 72% stake in Sibneft	November 05	ABN Amro, Citigroup, Credit Suisse First Boston, DrKW, Goldman Sachs and Morgan Stanley	BayernLB, Nord LB	Euroweek - Issue: 931 - November 25 2005
3	Gazprom	10600	?	?	rest of the \$13.1bn financing, syndicated on a limited basis to close relationship banks	November 05	ABN Amro, Citigroup, Credit Suisse First Boston, DrKW, Goldman Sachs and Morgan Stanley	?	Euroweek - Issue: 931 - November 25 2005, Euroweek - Issue: 927 - October 28 2005
4	Gazprom	972	1,25% bis 1,50%	3 5	?	Juni 05	ABN Amro, BayernLB, Calyon, Commerzbank, Mizuho, SG CIB, SMBC and WestLB	HVB, DZ Bank, KfW, LBBW, Sachsen LB	Euroweek - Issue: 906 - June 3 2005
5	Gazprom	1100	2,00%	?	refinances six existing facilities	Oktober 04	ABN Amro, Bank of Tokyo-Mitsubishi, BayernLB, Calyon, Commerzbank, Dexia, DZ Bank, Fortis, HSH Nordbank, HVB, ING, KBC, Natexis, RBS, SG CIB, SMBC, UFJ, WestLB.	NordLB, Bankgesellschaft Berlin, Sachsen LB, Helaba	Euroweek - Issue: 873 - October 1 2004
6	Gazprom	400	?	3	unsecured	Juli 04	ABN Amro	?	Euroweek - Issue: 860 - July 2 2004
7	Gazprom	1100	2,10%	6	refinances a \$3bn deal signed in 1997	Mai 04	Calyon, KfW, Dresdner Bank, Sanpaolo IMI, BayernLB, Commerzbank, SG, ING, Citigroup, Deutsche Bank, Depfa, KBC and Royal Bank of Scotland	DZ Bank, HSH Nordbank, Helaba, Sachsen LB, LRP, NordLB	Euroweek - Issue: 853 - May 14 2004
8	Gazprom	300	2,75%	6	secured, amortising loan	März 04	Commerzbank, SG	BayernLB, DZ Bank, HSH Nordbank, HVB, KfW, WestLB, NordLB, Bankgesellschaft Berlin, LBBW, Sachsen LB	Euroweek - Issue: 846 - March 26 2004
9	Gazprom	215	4,00%	2	unsecured, the first company from the country to tap the unsecured market	Juni 03	WestLB is lending \$60m	?	Euroweek - Issue: 855 - May 28 2004 Euroweek - Issue: 809 - June 27 2003
10	Gazprom	450	3,30%	5.5	pre-export financing, oftaker was OMV of Austria,	März 03	ABN Amro, Dexia, HVB, WestLB	DZ Bank, Helaba, HSH Nordbank, Deka Bank, NordLB, LRP	Euroweek - Issue: 793 - March 7 2003
11	Gazprom	325	3,75%	?	?	September 02	SG	?	Euroweek - Issue: 770 - September 13 2002
12	Gazprom	300	3,75%	6	?	April 02	HVB	WestLB	Euroweek - Issue: 750 - April 26 2002

13	Gazprom	230	3,75%	5	pre-export financing, offtaker is Transgas, the Czech gas company	Januar 02	ABN Amro, Bankgesellschaft Berlin, Commerzbank, Moscow Narodny Bank	?	Euroweek - Issue: 736 - January 18 2002
14	Gazprom	250	3,90%	5	pre-export financing, offtaker was OMV of Austria, facility will be used for Blue Stream pipeline project	März 01	Crédit Agricole Indosuez, HVB, WestLB	Bankgesellschaft Berlin, NordLB, DG Bank (DZ Bank), Sachsen LB, LB Kiel (HSH Nordbank)	Euroweek - Issue: 736 - January 18 2002, Euroweek - Issue: 695 - March 23 2001
15	Gazprom	1000	?	?	Blue Stream Pipeline project	März 00	Mediocredito Centrale, Banca Commerciale Italiana, WestLB	?	Euroweek - Issue: 644 - March 17 2000
16	Gazprom	200	4,00%	1	trade finance facility	März 98	Deutsche Bank	?	Euroweek - Issue: 542 - March 6 1998
17	Gazprom	3000	1,75%	3	pre-export financing, secured on gas throughput agreements with Gaz de France and Neste's 75% owned Gasun subsidiary finance Gazprom's Yamal gas pipeline which will link its gas fields in Siberia with Germany	Dezember 97	Dresdner Bank Luxembourg, Crédit Lyonnais	Bayerische Hypotheken und Wechsel Bank und Bayerische Vereinsbank (HVB), BayernLB, Commerzbank, Deutsche Bank, KfW, LRP, NordLB, LB Kiel (HSH Nordbank)	Euroweek - Issue: 534 - January 9 1998, Euroweek - Issue: 533 - December 19 1997, Euroweek - Issue: 520 - September 19 1997
18	Gazprom	960	?		Hermes backed loan, to finance the purchase of pipeline equipment from Mannesmann AG for the Yamal pipeline project, DM 1675 = ca. 960 US\$ (Kurs 1997 1,75)	Oktober 97	Deutsche Morgan Grenfell, Dresdner Kleinwort Benson	Bayerische Hypotheken und Wechsel Bank und Bayerische Vereinsbank (HVB), BayernLB, DG Bank (DZ Bank), KfW, WestLB	Euroweek - Issue: 524 - October 17 1997
19	Gazprom	2500	2,00%		pre-export financing, secured on gas throughput agreements with Ruhrgas and Snam, finance Yamal gas pipeline project	April 97	Dresdner Bank Luxembourg	?	Euroweek - Issue: 534 - January 9 1998, Euroweek - Issue: 520 - September 19 1997
20	LUKoil	600	?	0,5	bridge loan, backing the oil company's \$787m acquisition of Marathon Oil		ABN Amro, DrKW	?	Euroweek - Issue: 956 - June 2 2006, Euroweek - Issue: 954 - May 19 2006
21	LUKoil	2000	0,70%	3	refinances the \$2bn bridge loan provided by Citigroup in October	März 06	ABN Amro, BNP Paribas, Citigroup, SMBC	BayernLB, DZ Bank, WestLB	Euroweek - Issue 947 - March 31 2006
22	LUKoil	2000	0,50%	0,5	bridge loan, backing the purchase of Nelson Resources	Oktober 05	Citigroup	?	Euroweek - Issue 947 - March 31 2006
23	LUKoil Tochter Getty petroleum	475	1,00% bis 1,20%	4,5	guaranteed by LUKoil	Oktober 05	ABN Amro, Calyon	BayernLB, DZ Bank, KfW, Sachsen LB, WestLB	Euroweek - Issue 927 - October 28 2005
24	LUKoil Tochter Ritek (60%)	60	?	3	guaranteed by Lukoil	Juli 05	Commerzbank, Natexis Banques	BayernLB, Dresdner Bank	Euroweek - Issue 913 - July 22 2005
25	LUKoil	465	1,35%		refinances five year tranche of \$765m loan signed in November 2003	Januar 05	ABN Amro, Citigroup	?	Euroweek - Issue 886 - January 14 2005
26	LUKoil	180	2,30%	5	will fund Lukoil's joint venture with Saudi Aramco in central Russia, Lukoil owns 80% of the project	Juli 04	ABN Amro	Commerzbank	Euroweek - Issue: 860 - July 2 2004
27	LUKoil	765	2,00% bis 2,50%	5/7	trade finance facility	November 03	ABN Amro, Citigroup,	BayernLB, Commerzbank, Deka Bank, Deutsche Bank, DrKW, DZ Bank, Helaba, HVB, WestLB	Euroweek - Issue 830 - November 21 2003

28	LUKoil-Tochter VATOil (50%)	30	?	2	trade finance facility	Juli 01	International Moscow Bank	DG Bank, HVB	Euroweek - EASTERN EUROPE - Issue: 713 - July 27 2001
29	Rosneft	2000	0,65%	5	pre-export financing	Mai 06	ABN Amro, Barclays Capital, DrKW, JP Morgan	BayernLB, Deka Bank, Deutsche Bank, HSH Nordbank, HVB, Helaba	Euroweek - Issue: 954 - 19 May 2006, Euroweek - Issue: 952 - 5 May 2006
30	Rosneft	2000	1,80%	5	pre-export financing	November 05	ABN Amro, Barclays, BSCH, Deutsche Bank, DrKW, DZ Bank, HSH Nordbank, RBS, Sanpaolo IMI, SG CIB, SMBC, BTMU, WestLB	BayernLB, Bankgesellschaft Berlin, Helaba, HVB	Euroweek - Issue: 922 - September 23 2005, Euroweek - Issue: 928 - 4 November 2005
31	Rosneft-Tochter Rosneftegaz	7500	1,55%	3	bridge loan secured on a 49% stake in Rosneft, is a bridge to a planned Rosneft initial public offering next year	November 05	ABN Amro, Barclays, Desdner Kleinwort Wasserstein, JP Morgan, Morgan Stanley	HVB, BayernLB	Euroweek - Issue: 930 - November 18 2005
32	Rosneft	300	?	5	pre-export financing	April 05	BNP Paribas	?	Euroweek - Issue: 900 - April 22 2005
33	Rosneft	800	2,00%	5	trade finance facility	Januar 05	ABN Amro, Barclays, BMTU, Calyon, Commerzbank, Deutsche Bank, HVB, ING, KBC, JP Morgan, Natexis Banques Populaires, SG CIB	HSH Nordbank, NordLB, Deka Bank, KfW, LRP	Euroweek - Issue: 886 - January 14 2005
34	Rosneft	500	2,20%		trade finance facility	Juli 04	ABN Amro, BMTU, Commerzbank, Calyon, DrKW, HVB, JP Morgan, KBC, Moscow Narodny Bank, Natexis Banques Populaires, SG CIB	DZ Bank, Helaba, HSH Nordbank, Deka Bank, NordLB, LRP	Euroweek - Issue: 864 - July 30 2004
35	Rosneft	150	3,55%	5	pre-export financing, secured by oil export contracts	November 03	Natexis Banques Populaires, RZB	BayernLB	Euroweek - Issue: 821 - September 19 2003, Euroweek - Issue: 830 - November 21 2003
36	Rosneft	500	3,55%	4,5	pre-export financing	August 03	ABN Amro, Commerzbank, Deutsche Bank, DrKW, KBC and Natexis Banques Populaires	?	Euroweek - Issue: 815 - August 8 2003
37	Rosneft	200	3,65%	4,5	?	Januar 03	BNP Paribas, HVB, International Moscow Bank	?	Euroweek - Issue: 781 - November 29 2002, Euroweek - Issue: 785 - January 10 2003
38	Rosneft	150	3,80%	3	?	Mai 02	ABN Amro	Helaba, LRP, Hamburgische Landesbank und LB Kiel (HSH Nordbank), Bankgesellschaft Berlin	Euroweek - Issue: 752 - May 10 2002
39	Rosneft	150	4,25%	3	pre-export financing	August 01	ABN Amro	BayernLB, Dresdner Bank	Euroweek - Issue: 716 - August 17 2001
40	Rosneft	140	4,50%		?	Mai 01	HVB, International Moscow Bank	BayernLB, WestLB, Bankgesellschaft Berlin	Euroweek - Issue: 703 - May 18 2001
41	Rosneft	80	4,50%	2	part finance the construction of a gas pipeline for the borrower's high profile Sakhalin I project	Juli 98	ABN Amro, Bayerische Hypotheken und Wechsel Bank (HVB), Dresdner Bank Luxembourg	Bayerische Hypotheken- und Wechsel Bank (HVB)	Euroweek - Issue: 559 - July 3 1998

42	Rosneft	40	4,50%	0,66	debut international loan facility part finance the construction of a gas pipeline for the borrower's high profile Sakhalin I project	Dezember 97	ABN Amro	Bayerische Hypotheken- und Wechsel Bank (HVB), BayernLB, Dresdner Bank, WestLB	Euroweek - Issue: 519 - September 12 1997, Euroweek - Issue: 532 - December 12 1997
43	Russneft	300	2,00%	3	?	August 05	BNP Paribas, BCEN-Eurobank, Credit Suisse Bank, HVB, Moscow Narodny Bank, Natexis Banques Populaires	Commerzbank, HSH Nordbank, WestLB	Euroweek - Issue: 917 - August 19 2005
44	Russneft-Tochter anyoganneft	200	5,00%	4	secured by oil revenues	September 04	BNP Paribas	Commerzbank, HVB	Euroweek - Issue: 871 - September 17 2004
45	Russneft-Tochter Goloil	75	?	?	structured secured crude oil facility Swiss commodities company Glencore is the off-taker	Oktober 05	HVB	?	Euroweek - Issue: 927 - October 28 2005
46	Sibneft	630	1,60%	3	refinancing loan	Mai 06	ABN Amro, Citigroup	?	Euroweek - Issue: 953 - May 12 2006, Euroweek - Issue: 952 - May 5 2006
47	Sibneft	150	1,00%	3	pre-export financing	Oktober 05	Citigroup	?	Euroweek - Issue: 952 - May 5 2006, Euroweek - Issue: 921 - September 16 2005
48	Sibneft	200	1,60%	3	pre-export financing	April 05	RZB	Bankgesellschaft Berlin, BayernLB, DZ Bank, HSH Nordbank, LRP	Euroweek - Issue: 899 - April 15 2005
49	Sibneft	160	1,75%	2	?	November 04	ABN Amro	?	Euroweek - Issue: 878 - November 5 2004
50	Sibneft	412	2,15% bis 3,00%	2,54,5	refinances loan from October 2002	September 03	BNP Paribas, Citigroup, WestLB	Bankgesellschaft Berlin	Euroweek - Issue: 864 - July 30 2004, Euroweek - Issue: 817 - August 22 2003
51	Sibneft	150	3,25%	3	pre-export financing, club-style loan, Vitol is the sole final offtaker	April 05	LB Kiel (HSH Nordbank), RZB		Euroweek - Issue: 785 - January 10 2003
52	Sibneft	510	3,50% bis 4,10%	3,5 5	pre-export financing	Oktober 02	BNP Paribas, Citigroup, WestLB	Bankgesellschaft Berlin	Euroweek - Issue: 775 - October 18 2002, Euroweek - Issue: 771 - September 20 2002
53	Sibneft	225	?	3,5	pre-export financing, offtakers for the deal are Shell and Vitol.	April 02	ING and SG	LB Kiel (HSH Nordbank), HVB, Commerzbank.	Euroweek - Issue: 748 - April 12 2002
54	Sibneft	300	3,75%	3	pre-export financing	November 01	ABN Amro	HVB, WestLB, BayernLB, Commerzbank	Euroweek - Issue: 727 - November 2 2001
55	Sibneft	175	4,50%	2	pre-export financing, offtaker Shell	März 01	ING Barings, SG	Commerzbank	Euroweek - Issue: 695 - March 23 2001
56	Sibneft	180	4,50%	1	pre-export financing	November 00	Glencore (London), Standard Bank	Bankgesellschaft Berlin, BayernLB, DZ Bank, HSH Nordbank, LRP	Euroweek - Issue: 695 - March 23 2001, Euroweek - Issue: 681 - December 1 2000

57	Slavneft	180	3,50%	3	pre-export financing , Vitol is the offtaker for the facility.	März 03	ABN Amro, Commerzbank, Moscow Narodny	Bankgesellschaft Berlin, DekaBank, KfW, NordLB	Euroweek - Issue: 794 - March 14 2003 Euroweek - Issue: 780 - November 22 2002
58	Slavneft	250	4,50%	3	pre-export financing, Shell and Glencore acted as offtakers.	Juli 02	Citigroup/SSSB	HVB, LRP	Euroweek - Issue: 762 - July 19 2002
59	Slavneft	50	4,25%	2	pre-export financing	Februar 02	Standard Bank London		Euroweek - Issue: 739 - February 8 2002
60	Slavneft	160	4,75%	1	pre-export financing	August 01	Glencore International, SG, Standard Bank London	Dresdner Bank, BayernLB, Commerzbank, DG Bank (DZ Bank), HVB, LB Kiel (HSH Nordbank)	Euroweek - Issue: 714 - August 3 2001
61	Tatneft	300	3,75% bis 4,25%	5 3,5	?	Mai 03	BNP Paribas, HVB	Commerzbank, BayernLB, Bankgesellschaft Berlin, WestLB	Euroweek - Issue: 800 - April 25 2003
62	Tatneft	100	3,50%	2,5	pre-export financing , secured by offtaker contracts with crude oil exports to Tatneft Europe, based in Switzerland	Juli 02	BNP Paribas	WestLB, Bankgesellschaft Berlin, BayernLB, HVB	Euroweek - Issue: 760 - July 5 2002
63	Tatneft	200	?	5	pre-export financing , offtaker Tatneft Europe	März 02	CSFB, Bank Zenit	?	Euroweek - Issue: 745 - March 22 2002
64	Tatneft	125	3,75%	2	pre-export financing , offtaker Tatneft Europe	November 01	Commerzbank	HVB	Euroweek - Issue: 727 - November 2 2001
65	Tatneft	100	?	0,5	?	? 97	DrKW	?	Euroweek - Issue: 727 - November 2 2001
66	Tatneft	90	?	1	?	? 97	Chase Manhattan	?	Euroweek - Issue: 727 - November 2 2001
67	TNK-BP	1000	0,55%	0,75	?	Februar 06	ABN Amro, Barclays Capital, DrKW	?	Euroweek - Issue: 941 - February 17 2006
68	TNK-BP	500	0,70%	3	unsecured, the oil and gas company's first unsecured syndicated loan	November 05	Bank of Tokyo-Mitsubishi, BayernLB, HSBC, HVB, Mizuho, SMBC, WestLB	LRP, NordLB	Euroweek - Issue: 930 - November 18 2005
69	TNK-BP	600	0,90%	5	pre-export financing	Juli 05	ABN Amro, Calyon, Citigroup	BayernLB, DrKW, DZ Bank, WestLB	Euroweek - Issue: 913 - July 22 2005
70	TNK-BP	1000	1,40%	5	pre-export financing	Dezember 04	ABN Amro, BayernLB, BNP Paribas, Calyon, Citigroup, DrKW, DZ Bank, HVB , Mizuho, Natexis Banques Populaires, SMBC, WestLB	Bankgesellschaft Berlin, Helaba, Deka Bank, LRP, NordLB	Euroweek - Issue: 886 - January 14 2005
71	TNK	400	2,60%	5	pre-export financing	Juli 03	Citigroup, ING, SG	Commerzbank, HSH Nordbank	Euroweek - Issue: 810 - July 4 2003
72	TNK	200	3,00%	3	pre-export financing, commodity backed finance facility	Februar 03	RZB, ZAO Raiffeisenbank Austria	Commerzbank, Dresdner Bank, Hamburgische Landesbank (HSH Nordbank)	Euroweek - Issue: 792 - February 28 2003
73	TNK	200	3,25%	5	pre-export financing, secured against the proceeds of an export contract covering the full tenor of the facility	Oktober 02	Deutsche Bank	KfW	Euroweek - Issue: 774 - October 11 2002

74	TNK	200	3,75%	3	pre-export financing, oil backed	Juli 02	ING, WestLB	?	Euroweek - Issue: 763 - July 26 2002
75	TNK	150	?	?	second tranche of the \$300m Dez. 2001 facility	Juli 02	BNP Paribas	HVB	Euroweek - Issue: 760 - July 5 2002
76	TNK	150	?	?	?	Dezember 01	BNP Paribas	?	Euroweek - Issue: 760 - July 5 2002
77	TNK	100	6,00%	2	pre-export financing	Mai 01	ING Barings	?	Euroweek - Issue: 704 - May 25 2001
78	TNK	90	5,25%	1,5	pre-export financing, secured by oil offtake contracts	September 00	RZB	?	Euroweek - Issue: 695 - March 23 2001 Euroweek - Issue: 669 - September 8 2000
79	Transneft	250	1,15%	3	?	April 05	Barclays, ABN Amro, Citigroup, Commerzbank, ING, SG CIB	Sachsen LB, LRP, WestLB	Euroweek - Issue: 900 - April 22 2005
80	Transneft	150	4,50%	2	loan for the Baltic Pipeline System, debut loan	September 01	RZB	Commerzbank	Euroweek - Issue: 722 - September 28 2001
81	Yukos	1000	1,50% bis 1,75%	3 5	?	Dezember 03	Citigroup, Commerzbank, Crédit Lyonnais, Deutsche Bank, ING Bank, HSBC, SG	Dresdner Bank	Euroweek - Issue: 826 - October 24 2003
82	Yukos	50	3,25%	0,75	club facility	März 03	Bank Austria Creditanstalt, Citibank/SSSB, Commerzbank, Crédit Lyonnais, National Savings and Commercial Bank of Budapest, Natexis Banques Populaires, Standard Bank London	?	Euroweek - Issue: 667 - August 25 2000
83	Yukos	100	2,75%	1	pre-export financing, to fund oil exports and is largely backed by BP offtake contracts	März 03	ING Barings	?	Euroweek - Issue: 526 - October 31 1997

Tabelle A3.2: Die Stellung der Beteiligten Banken in Deutschland 2004

Quelle: Website der Zeitschrift die Bank - Die 100 größten Banken in Deutschland

Rang	Institut	Bilanzsumme 2004 in Mio. Euro	Mitarbeiter	Institutsgruppe
1	Deutsche Bank AG	840.068	69.417	privat
2	Dresdner Bank AG	523.990	30.154	privat
3	HVB Group, München	467.408	57.806	privat
4	Commerzbank AG	424.877	32.820	privat
5	DZ Bank AG	356.234	23.307	genossensch.
6	LBBW, Landesbank Baden-Württemberg	339.808	12.184	öffentl.-rechtl.
7	BayernLB, Bayerische Landesbank Girozentrale	333.102	8.940	öffentl.-rechtl.
8	KfW Bankengruppe, Frankfurt/Main	303.799	3.574	öffentl.-rechtl.
9	WestLB AG	253.793	7.154	öffentl.-rechtl.
11	NordLB, Norddeutsche Landesbank Girozentrale	202.403	9.008	öffentl.-rechtl.
12	HSH Nordbank AG	164.090	4.347	öffentl.-rechtl.
14	Helaba, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	143.563	3.339	öffentl.-rechtl.
15	Bankgesellschaft Berlin AG	132.572	8.879	privat
17	DekaBank Deutsche Girozentrale	127.918	2.933	öffentl.-rechtl.
25	LRP, Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale	67.711	1.855	öffentl.-rechtl.
28	Sachsen LB, Landesbank Sachsen Girozentrale	60.600	641	öffentl.-rechtl.

## 6.2. Fußnoten

# Kapitel 1

1  
Die G7 sind: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA.

2  
BP (2006): BP Statistical Review of World Energy June 2006, <http://www.bp.com/statisticalreview>

3  
IEA (2004): World Energy Outlook 2004. IEA publications, Paris, <http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2004/weo2004.pdf>

4  
Zitiert aus "See-through on", Financial Times 8.10.2003

5  
IEA (2004): World Energy Outlook 2004. IEA publications, Paris, <http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2004/weo2004.pdf>

6  
Spiegel Online, 31.05.2006: Böse Überraschung im Nordpol-Bohrkern, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,419058,00.html> und Spiegel Online, 23.05.2006: Erde erhitzt sich schneller als befürchtet, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,417544,00.html>

7  
G8 Erklärung zur Energiesicherheit, [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Artikel/2006/07/2006-07-16-abschlussdokumente.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2006/07/2006-07-16-abschlussdokumente.html)

8  
BMWi – Energiedaten vom Mai 2006: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/Energiesstatistiken/energiedaten.html>

# Kapitel 2

1  
Federal State Statistics (Rosstat): Consolidated Budget 2005, [http://www.gks.ru/free\\_doc/2006/Statob/13-01.htm](http://www.gks.ru/free_doc/2006/Statob/13-01.htm)

2  
RIA Novosti, 25.05.2006:  
Etwa 71,4 Milliarden Dollar im russischen Finanzpolster, <http://de.rian.ru/business/20060525/48614534.html>

3  
RIA Novosti, 03.04.2006:  
Russland spart Milliarden durch vorfristige Schuldentilgung, <http://de.rian.ru/business/20060403/45100748.html>

4  
RIA Novosti, 24.03.2006:  
GDP up 1.5-fold in real terms from 1999 to 2005 – Gref, <http://en.rian.ru/russia/20060324/44754220.html>

5  
RIA Novosti, 07.06.2006:  
Russia's GDP set to pass 1991 levels for first time – minister, <http://en.rian.ru/russia/20060607/49152012.html>

6  
RIA Novosti, 09.03.2006:  
Russia steps up oil and natural gas exports – report, <http://en.rian.ru/business/20060309/44090602.html>

7  
RIA Novosti, 18.05.2006: „Bisnes“:  
Ohne Öl-Einnahmen weist Russlands Etat ein 35-prozentiges Defizit auf, <http://de.rian.ru/business/20060518/48292313.html>

8  
KfW, November 2004:  
Der Erdölpreisboom: Fluch oder Segen für Russland?  
[http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE\\_Home/Service/OnlineBibl48/PDF-Dokumente/WLP-2004-11.pdf](http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE_Home/Service/OnlineBibl48/PDF-Dokumente/WLP-2004-11.pdf)

9  
In den Stabilisierungsfonds fließt ein Teil des Geldes, das durch den Unterschied zwischen realem Ölpreis und dem Ölbasispreis mehr eingenommen wird: Seit Januar 2004 wurden zusätzliche Einnahmen, die bei einem Erdölpreis über 20 US\$ pro Barrel (146,60 US\$ pro Tonne) erzielt werden, in den Fonds eingezahlt. Ab Januar 2006 erhöhte sich der Basispreis auf 27 US\$ pro Barrel (197,90 US\$ pro Tonne). Die Konten des Stabilisierungsfonds werden von den anderen Staatshaushaltskonten getrennt geführt und von der russischen Zentralbank betreut.

10  
RIA Novosti, 20.06.2006: Finanzminister Kudrin: Russland tilgt vorfristig Auslandsschulden von 20,8 Milliarden US-Dollar <http://de.rian.ru/business/20060620/49771634.html> und RIA Novosti, 21.06.2006: Stabilisierungsfonds Russlands 2009 bei fast 190 Milliarden Euro, <http://de.rian.ru/business/20060621/49850473.html>

- 11  
BP (2006):  
*BP Statistical Review of World Energy* June 2006,  
<http://www.bp.com/statisticalreview>
- 12  
*The Central Bank of the Russian Federation:  
Russia Economic and Financial Situation*, March 2004, 2005, 2006.  
<http://www.cbr.ru/eng/analytics/>
- 13  
Pleines, Heiko (2003):  
*Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in Russland: die Öl- und  
Gasindustrie in der Ära Jelzin. Arbeitspapiere und Materialien der  
Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, Nr. 41. 2. überarbeitete Auflage  
Januar 2003,*  
[http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/  
fsoAP41.pdf](http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP41.pdf)
- 14  
*Zu den folgenden Ausführungen über die beiden Privatisierungswellen  
vgl. Andreas Bornefeld: Russisch Monopoly:  
Wie entstanden Russlands große Vermögen?*  
<http://www.netstudien.de/Russland/index.htm>
- 15  
*nach Russlandanalysen 97 der Forschungsstelle Osteuropa,  
Universität Bremen,*  
<http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen97.pdf>
- 16  
RIA Novosti 22.03.2006:  
*40 Milliarden Dollar Reingewinn aus Ölgeschäft,*  
<http://de.rian.ru/business/20060322/44668376.html>
- 17  
*Außerdem gehören zur „Kreml AG“ die größte russische Fluggesellschaft  
Aeroflot, das Rüstungsunternehmen Almas-Antej, der Diamantenpro-  
duzent Alrosa, die Russischen Eisenbahn AG RZD, der grösste russische  
Stromversorger Unified Energy System (UES), die russische Außenhan-  
delsbank Vneshtorgbank (VTB) und die Pipelinegesellschaft für Ölpro-  
dukte Transnefteprodukt. Vgl. Handelsblatt, 17.08.2005:  
Die Kreml AG legt ein Erfolgsjahr hin,*  
[http://www.handelsblatt.com/Unternehmen/Industrie/pshb/fn/rehbi/  
sfn/buildhbi/cn/GoArt!200012,200038,945412/SH/o/depot/o/die-kreml-  
ag-legt-ein-erfolgsjahr-hin-.html](http://www.handelsblatt.com/Unternehmen/Industrie/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200012,200038,945412/SH/o/depot/o/die-kreml-ag-legt-ein-erfolgsjahr-hin-.html)
- 18  
*Homepage von Gazprom Neft unter*  
<http://www.gazprom-neft.ru/index-eng.php>
- 19  
RIA Novosti, 25.05.2006:  
*Gasprom will Ölförderung bis 2020 auf 80 Millionen Tonnen steigern,*  
<http://de.rian.ru/business/20060525/48616604.html>
- 20  
*Homepage von Rosneft unter*  
<http://www.rosneft.com/english/>
- 21  
*Handelsblatt, 22.05.2006: Rosneft arbeitet an eigenem Image,*  
[http://www.handelsblatt.com/Karriere/Koepfe/pshb/fn/rehbi/sfn/build-  
hbi/cn/GoArt!200014,200811,1082227/SH/o/depot/o/rosneft-arbeitet-  
an-eigenem-image.html](http://www.handelsblatt.com/Karriere/Koepfe/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200014,200811,1082227/SH/o/depot/o/rosneft-arbeitet-an-eigenem-image.html)
- 22  
*Welt am Sonntag, 02.07.2006:  
Die Machtzentrale Rußlands baut Industriekonzerne nach Belieben um,*  
<http://www.wams.de/data/2006/07/02/941153.html>
- 23  
Andreas Bornefeld: *Russisch Monopoly:  
Wie entstanden Russlands große Vermögen?*  
<http://www.netstudien.de/Russland/index.htm>
- 24  
*Hompag von Lukoil unter*  
<http://www.lukoil.com/>
- 25  
Andreas Bornefeld: *Yagit Alekperow,*  
<http://www.netstudien.de/Russland/alekperow.htm>
- 26  
*Forbes, 13.02.2006: The World's Richest People,*  
[http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship\\_12.html](http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship_12.html)
- 27  
*Hompag von Surgutneftegaz unter*  
<http://www.surgutneftegas.ru/eng/index.xpml>
- 28  
EMFIS.COM, 17.04.2006:  
*Russlands Surgutneftegaz steigert Gewinn um 74 %,*  
[http://www.emfis.de/index.php?id=68&tx\\_asiabeitrag2\\_pi1\[articleUID\]  
=28732&cHash=3c31a407a2](http://www.emfis.de/index.php?id=68&tx_asiabeitrag2_pi1[articleUID]=28732&cHash=3c31a407a2)
- 29  
Andreas Bornefeld: *Wladimir Bogdanow,*  
<http://www.netstudien.de/Russland/bogdanow.htm>
- 30  
*Quelle: Karsten Smid, Greenpeace Deutschland*
- 31  
*Hompag von TNK-BP unter*  
<http://www.tnk-bp.com/>
- 32  
*TNK-BP: TNK-BP Holding 2005 full year unconsolidated financials under  
Russian accounting standards,*  
<http://www.tnk-bp.com/common/en/investors/financial/AGM.zip>

- 33  
Wintershall, 16.01.2003:  
Deutsch-russisches Joint Venture Wolgodeminoil feiert 10-jähriges Bestehen,  
<http://www.wintershall.biz/350.html>
- 34  
MOSNEWS.COM, 07.04.2004:  
Germany's Wintershall to Strengthen its Presence in Russia,  
<http://www.mosnews.com/money/2004/04/07/wintershall.shtml>
- 35  
Wintershall, 15.03.2005:  
Exploration und Produktion: Internationale Partnerschaften werden ausgebaut: Russland,  
<http://www.wintershall.biz/216.html>
- 36  
Ost-West-Contact 7/2000, in:  
50 Jahre Ost-West-Contact Festschrift 2005, S. 30,  
[http://www.owc.de/50\\_jahre\\_OWC/PDF/2\\_industrie.pdf](http://www.owc.de/50_jahre_OWC/PDF/2_industrie.pdf)
- 37  
Jeffrey D. Sachs, Andrew M. Warner, 1995:  
Natural Resource Abundance and Economic Growth, Harvard Institute for International Development.
- 38  
Friedman, Thomas L.:  
The first law of petropolitics. In: Foreign Policy (Washington/D.C.), (May-June 2006) 154, S. 28-36.
- 39  
Schneider, Eberhard (2006):  
Haben europäische Werte in Russland Zukunft? In: Eurasisches Magazin 05/06, 30.05.2006.  
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20060505>
- 40  
Schneider, Eberhard (2006):  
Haben europäische Werte in Russland Zukunft? In: Eurasisches Magazin 05/06, 30.05.2006.  
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20060505>
- 41  
Financial Times Deutschland, 30.06.2006:  
Kreml warnt Westen vor Hilfe für Opposition,  
<http://www.ftd.de/politik/international/91075.html>
- 42  
Handelsblatt, 04.04.2006:  
„Russland ist wie Ruanda“, Ex-Putin-Berater Andrej Illarionow im Gespräch,  
[http://www.handelsblatt.com/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,200051,1059658/grid\\_id/o/artpage/o/SH/o/depot/o/index.html](http://www.handelsblatt.com/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,200051,1059658/grid_id/o/artpage/o/SH/o/depot/o/index.html)
- 43  
amnesty international:  
Länder, Russische Föderation,  
<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/WNachLand?OpenView&Start=1&Count=200&Expand=143#143>,  
und GfbV: Tschetschenien,  
[http://www.gfbv.de/quickfind.php?PHPSESSID=ac8fdb5c57d1dd742168789c896b191b&doctype=&land\\_id=26](http://www.gfbv.de/quickfind.php?PHPSESSID=ac8fdb5c57d1dd742168789c896b191b&doctype=&land_id=26)
- 44  
Eurasisches Magazin, 31.03.2006:  
Ramsan Kadyrow, der starke Mann Tschetscheniens, bekommt die Separatisten in den Griff,  
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20060311>
- 45  
GfbV, 15.06.2006: Seit 100 Tagen Ministerpräsident in Tschetschenien: „Kriegsverbrecher Kadyrow hat Atmosphäre der Angst geschürt“,  
<http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=571&stayInsideTree=1>
- 46  
Eurasisches Magazin, 31.03.2006:  
Ramsan Kadyrow, der starke Mann Tschetscheniens, bekommt die Separatisten in den Griff,  
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20060311>
- 47  
Die ZEIT, 04.10.2005:  
Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus,  
[http://www.zeit.de/politik/dlf/2005/interview\\_051004](http://www.zeit.de/politik/dlf/2005/interview_051004)
- 48  
Stern, 26.04.2006:  
„Deutsche sind mitschuldig“, Interview mit dem Anwalt des einstigen russischen Öl-Magnaten Michail Chodorkowskij,  
<http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/unternehmen/index.html?id=560141&nv=redir>
- 49  
Der TI Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) listet Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird. Es ist ein zusammengesetzter Index, der sich auf verschiedene Umfragen und Untersuchungen stützt, die von neun unabhängigen Institutionen durchgeführt wurden. Es wurden Geschäftsleute sowie Länderanalysten befragt und Umfragen mit Staatsbürgern im In- und Ausland miteinbezogen.  
[http://www.transparency.de/Fragen\\_und\\_Antworten.814.o.html](http://www.transparency.de/Fragen_und_Antworten.814.o.html)
- 50  
Transparency International, 18.10.05:  
Corruption Perceptions Index 2005,  
<http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.813.o.html>
- 51  
The Russia Journal, 05.12.2005:  
Anti-Corruption Committee reveals price list on key Russian government positions,  
<http://www.therussiajournal.com/?p=61>

- 52  
INDEM Foundation: *Diagnostics of corruption in Russia: 2001-2005*,  
[http://www.indem.ru/en/publicat/2005diag\\_engV.htm](http://www.indem.ru/en/publicat/2005diag_engV.htm),  
vgl. *Russlandanalysen* 78, 2005,  
<http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen78.pdf>
- 53  
[boerse.ard.de](http://boerse.ard.de), 02.06.2005:  
Russland: Korruption, na und?  
[http://boerse.ard.de/content.jsp?go=meldung&key=dokument\\_105638](http://boerse.ard.de/content.jsp?go=meldung&key=dokument_105638)
- 54  
Bei der Untersuchung wurden zwischen Dezember 2001 und März 2002  
insgesamt 835 Befragungen, vor allem mit ranghohen Führungskräften  
inländischer und ausländischer Unternehmen, ranghohen Angestellten  
von Rechnungsprüfungsfirmen, binationalen Handelskammern, natio-  
nalen und ausländischen Geschäftsbanken und Wirtschaftskanzleien  
in Argentinien, Brasilien, Indien, Indonesien, Kolumbien, Marokko,  
Mexiko, Nigeria, den Philippinen, Polen, Russland, Südafrika, Süd-  
korea, Thailand und Ungarn durchgeführt. Vgl. *Transparency Interna-  
tional*, 14.05.02: *Bribe Payers Index 2002*,  
<http://www.transparency.de/2-Bestechung-in-Wirtschaftsbr.371.o.html>
- 55  
*Spiegel Online*, 26.06.2006:  
Moskau ist teuerste Stadt der Welt,  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,423594,00.html>
- 56  
UNDP 2005: *Human development Report 2005 Russian Federation:  
Russia in 2015: Development goals and policy priorities*,  
[http://hdr.undp.org/docs/reports/national/RUS\\_Russian\\_Federation/  
Russian\\_Federation\\_2005\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/docs/reports/national/RUS_Russian_Federation/Russian_Federation_2005_en.pdf)
- 57  
*Forbes*, 13.02.2006: *The World's Richest People*, [http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship\\_12.html](http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship_12.html)
- 58  
UNDP (2005b): *Human development Report 2005 Russian Federation:  
Russia in 2015: Development goals and policy priorities*,  
[http://hdr.undp.org/docs/reports/national/RUS\\_Russian\\_Federation/  
Russian\\_Federation\\_2005\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/docs/reports/national/RUS_Russian_Federation/Russian_Federation_2005_en.pdf)
- 59  
Denisova, Irina; Kartseva, Marina (2006):  
*Poverty is no crime: measuring poverty in Russian regions. Working  
Paper WP/2006/054 – Moscow, New Economic School*,  
[http://www.nes.ru/russian/research/pdf/2006/Denisova\\_Kartseva\\_  
2005.doc](http://www.nes.ru/russian/research/pdf/2006/Denisova_Kartseva_2005.doc)
- 60  
Götz, Roland (2006):  
*Russlands Ressourcen: Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse und  
die Außenbeziehungen*,  
[http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1616](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1616)
- 61  
UNDP (2005):  
*Human development Report 2005 Human Development Report 2005.  
International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an  
unequal world*,  
[http://hdr.undp.org/reports/global/2005/pdf/HDRo5\\_complete.pdf](http://hdr.undp.org/reports/global/2005/pdf/HDRo5_complete.pdf)
- 62  
*Forbes*, 06.02.2004: *Forbes World's Richest people 2004*,  
[http://www.forbes.com/finance/lists/10/2004/LIR.jhtml?passListId=10  
&passYear=2004&passListType=Person&uniqueId=M1IF&datatype=P  
erson](http://www.forbes.com/finance/lists/10/2004/LIR.jhtml?passListId=10&passYear=2004&passListType=Person&uniqueId=M1IF&datatype=Person)
- 63  
Andreas Bornefeld: *Michail Chodorkowski*,  
<http://www.netstudien.de/Russland/chodorkowski.htm>
- 64  
*Handelsblatt*, 31.05.2005: *Vom Ölbaron zum Lagersträfling*,  
[http://www.handelsblatt.com/Politik/International/psbh/fn/relhbi/sfn/  
buildhbi/cn/GoArt!200013,200051,905782/SH/o/depot/o/vom-oelbaron-  
zum-lagerstraefling-.html](http://www.handelsblatt.com/Politik/International/psbh/fn/relhbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,200051,905782/SH/o/depot/o/vom-oelbaron-zum-lagerstraefling-.html)
- 65  
*RIA Novosti*, 15.10.2004:  
*Dresdner Kleinwort Wasserstein gibt Zahlen zu Yukos-Tochter bekannt*,  
<http://wirtschaft.russlandonline.ru/jukos/morenews.php?iditem=419>
- 66  
*tagesschau.de*: *Yukos-Zerschlagung geht in die nächste Runde*,  
<http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,01D3809856,00.html>
- 67  
*Netzeitung*, 08.12.2004:  
*Deutsche Bank finanziert Verkauf von Jukos-Tochter an Gasprom*,  
<http://www.netzeitung.de/wirtschaft/unternehmen/316273.html>
- 68  
*BBC News*, 29.12.2004: *Deutsche Bank attacks Yukos case*,  
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/4131549.stm>
- 69  
*President of Russia*, 07.02.2006: *Interview to the Spanish Media*,  
[http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2006/02/07/2343\\_type82916\\_  
101277.shtml](http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2006/02/07/2343_type82916_101277.shtml)
- 70  
*FTD*, 01.02.2005: *China mischte bei Yukos-Verstaatlichung mit*,  
<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/1107175289587.html>
- 71  
*FTD*, 05.02.2005: *China erhält russisches Öl zum Freundschaftspreis*,  
<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/1107175298691.html>
- 72  
*The Economist*, 16.03.2006: *Yukos: The dirty work*,  
[http://economist.com/displayStory.cfm?story\\_id=5637548](http://economist.com/displayStory.cfm?story_id=5637548)

## Kapitel 3

- 1  
IEA (2003): *World Energy Investment Outlook - 2003 Insights*,  
<http://www.iea.org/Textbase/nppdf/free/2003/weio.pdf>
- 2  
Die Mitglieder der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD, deut.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Südkorea, Tschechien, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten.
- 3  
Götz, Roland (2005): *Rußlands Erdöl und der Welterdölmarkt, Trends und Prognosen. SWP-Studie*.  
[http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1525](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1525)
- 4  
Aton Capital, Research, *Fixed Income, Eurobonds*:  
<http://research.aton.ru/themes/research/key-figures-index.asp?folder=1610#corporate>
- 5  
Fisher, Steven (2006): *Russia – Where will we go from here? Presentation of Managing Director, Emerging Markets Corporate Bank Head, Russia and CIS, Citigroup at the EBRD's 8th Annual Co-financiers Meeting, held on Wednesday, 29th March 2006 at the headquarter in London*. <http://www.ebrd.com/oppor/syndi/meeting/fisher.pdf>
- 6  
Gadanecz, Blaise (2004): *Struktur, Entwicklung und Bedeutung des Marktes für Konsortialkredite*. In: *BIZ-Quartalsbericht 12/2004*, S. 85-101,  
[http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r\\_qto412ger\\_g.pdf](http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qto412ger_g.pdf)
- 7  
Der LIBOR ist der Zinssatz, zu welchem Banken bereit sind, anderen Banken Geld zu verleihen. Bei den Beteiligten handelt es sich grundsätzlich um Londoner Banken mit erstklassigem Standing. Der Zinssatz bildet sich grundsätzlich frei am Markt und ist in der Regel der Basiszinssatz für alle internationalen Kreditgeschäfte. Der EURIBOR hat die gleiche Funktion, wird aber als Durchschnitt aus den Briefsätzen von 57 Panelbanken (47 aus Euroland, 4 aus der übrigen EU und 6 aus Nicht-EU-Staaten) ermittelt. Die interbank rate beschreibt also die Kosten, zu welchen die Konsortialbanken die vergebenen Kredite selbst wieder refinanzieren können.
- 8  
Gadanecz, Blaise (2004): *Struktur, Entwicklung und Bedeutung des Marktes für Konsortialkredite*. In: *BIZ-Quartalsbericht 12/2004*, S. 85-101,  
[http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r\\_qto412ger\\_g.pdf](http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qto412ger_g.pdf)
- 9  
Eigene Berechnung nach BIZ-Quartalsberichten Juni 2005, September 2005, Dezember 2005 und März 2006. <http://www.bis.org/publ/quarterly.htm>
- 10  
Ausführlich zur Projektfinanzierung vgl. urgewald, Südwind (2004): *International und katastrophal: Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB*, Kapitel 3.
- 11  
Thomson Financial 2006: *Global Project Finance Review, Fourth Quarter 2005*,  
[http://www.thomson.com/cms/assets/pdfs/financial/league\\_table/project\\_finance/2005/4Q05\\_PF\\_Review.pdf](http://www.thomson.com/cms/assets/pdfs/financial/league_table/project_finance/2005/4Q05_PF_Review.pdf)
- 12  
vgl. Kapitel 2.1.3
- 13  
Zu den Equator Principles vgl. urgewald, Südwind (2004): *International und katastrophal: Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB*, Kapitel 5 und die Homepage des Sekretariats für die Equator Principles unter <http://www.equator-principles.com/dt1.shtml>
- 14  
EBRD (2004): *Working in Russia. Presentation held by Mark Rachovides., Principal Banker, Natural Ressource Team London HQ, EBRD, at the Canada–Russia Intergovernmental Economic Commission Mining Working Group investment Seminar 2004*.  
<http://www.nrcan-rncan.gc.ca/mms/invest/rus/rachovides.pdf>
- 15  
Diese Daten sind voraussichtlich nicht umfassend. Denn die Finanzzeitschrift *Euroweek* enthält nicht unbedingt alle Kredite, die an die russische Öl- und Gasindustrie vergeben wurden. Außerdem werden bei vielen Krediten Informationen nur teilweise veröffentlicht und die Informationen über einzelne Kredite können veraltet sein. Da die Banken selbst aber keine detaillierte Auskunft über die von ihnen vergebenen Kredite erteilen, bieten solche Datenbanken die einzige Möglichkeit, zu fundierten Aussagen über ihre Finanzierungsaktivitäten zu kommen.  
<http://www.euroweek.com>
- 16  
Welt am Sonntag, 21.05.2006: *Wildes Wachstum in Russland*,  
<http://www.wams.de/data/2006/05/21/889953.html>
- 17  
Die Homepage der Deutschen Bank Ltd. Moscow liegt im Internet unter <http://www.deutsche-bank.ru>
- 18  
Die Homepage der Deutschen UFG liegt im Internet unter <http://www.ufg.com/>

- 19  
Deutsche UFG: Notable Transactions,  
[http://www.ufg.com/investment\\_banking/notable\\_transactions/](http://www.ufg.com/investment_banking/notable_transactions/)
- 20  
Euroweek, Issue: 951, 28.04.2006.
- 21  
Die Homepage der Dresdner Bank ZAO liegt im Internet unter  
<http://www.dresdner-bank.ru/>
- 22  
Vgl. Andreas Nölting und Arne Stuhr (2005): Der Präsident, die Stasi und der Banker. *manager-magazin.de*, 23.02.2005:  
<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/atikel/0,2828,343332,00.html>
- 23  
Russland-Aktuell, 24.02.2005: Putin-Dresdner Bank: Eine Hand wäscht die andere?  
<http://www.aktuell.ru/ruwiroo10/morenews.php?iditem=1116>
- 24  
Zitiert nach RIA Nowosti, 08.12.2005: „Wremja Nowostej“: Dresdner Bank erwirbt ein Drittel der Gasprombank,  
<http://de.rian.ru/business/20051208/42388922.html>
- 25  
The Moscow Times, 29.06.2006: Gazprombank Cancels Dresdner Deal,  
<http://www.moscowtimes.ru/stories/2006/06/29/044.html>
- 26  
MosNews.Com, 12.09.2005: Gazprom's Subsidiary Bank Warns Investors of Iran Risks,  
<http://www.mosnews.com/money/2005/09/12/gazprombankwarns.shtml>
- 27  
bfai (Bundesagentur für Außenwirtschaft) (2006):  
Energiewirtschaft - Russische Föderation 2006, 04.05.2006,  
[http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_1980.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_1980.pdf)
- 28  
Die Homepage der International Moscow Bank liegt im Internet unter  
<http://www.imb.ru>
- 29  
Aus: Russland ist besser als sein Ruf, Pressebericht zur Handelsblatt Konferenz „Russland“ (29. Juni bis 1. Juli 2005, Berlin),  
<http://www.euroforum.de/data/presse/729.pdf>
- 30  
Die Homepage der Commerzbank (Eurasija) SAO liegt im Internet unter  
<https://www.commerzbank.ru>
- 31  
urgewald, Südwind (2004) International und Katastrophal: Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB

## Kapitel 4

- 1  
„Umweltrelevante Entscheidungsverfahren in einem erweiterten Europa“, Prof. Dr. J. Köppel, TU Berlin
- 2  
Hans-Christoph Neidlein 2003: Ein Fass ohne Boden? Umweltschutz in Russland. In: Die Gazette, Januar 2003, <http://www.gazette.de/Archiv/Gazette-Januar2003/Neidlein6.html>
- 3  
World Bank, 28.07.2004: Environmental Management in Russia: Status, Directions and Policy Needs, <http://www.oecd.org/dataoecd/10/19/35486874.pdf>
- 4  
Russlandanalysen 63/2005, 29.4.2005: Umweltprobleme und Umweltbewegung, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen63.pdf>
- 5  
Moskauer Deutsche Zeitung, 19.1.2006: „Wir rollen auf einen Abgrund zu“ Politik und Wirtschaft denken fatal kurzfristig – meint Grünen-Chef Alexej Jablokow im MDZ-Interview, [http://62.5.183.114/Russland\\_heute/2006/01/19/18.55.08.htm](http://62.5.183.114/Russland_heute/2006/01/19/18.55.08.htm)
- 6  
Greenpeace 2000: Russland: Öl- und Gaslecks abdichten – Atomkraftwerke abschalten! April, 2000, [http://archiv.greenpeace.de/GP\\_DOK\\_3P/STU\\_LANG/C12ST01.PDF](http://archiv.greenpeace.de/GP_DOK_3P/STU_LANG/C12ST01.PDF)
- 7  
TNK-BP Information Sheet, January 2006, <http://www.tnk-bp.com/common/en/press/presentations/TNKBP-InformationSheet-Jano6-eng.pdf>
- 8  
Bellona, 13.9.2005: Official says number of oil accidents growing in Russia, [http://www.bellona.org/english\\_import\\_area/energy/39771](http://www.bellona.org/english_import_area/energy/39771)
- 9  
RIA Novosti, 19.05.2006: Oil pipe break spews tons of oil onto far-east island, <http://en.rian.ru/russia/20060519/48339762.html>
- 10  
RIA Novosti, 12.05.2006: River near Gulf of Finland hit by 6,000 sq m oil spill, <http://en.rian.ru/russia/20060512/48044746.html>
- 11  
Kommersant, 20.12.2005: Oil for Ecology, [http://www.kommersant.com/tree.asp?rubric=3&node=38&doc\\_id=636924](http://www.kommersant.com/tree.asp?rubric=3&node=38&doc_id=636924)
- 12  
Novorossiysk Commercial Sea Port, Statistics: <http://www.ncsp.nross.ru/english/news/stat.htm>
- 13  
Pressemitteilung von Transneft, 25.01.2006: <http://www.transneft.ru/press/Default.asp?LANG=EN&ATYPE=8&PG=3&ID=10221>

- 14  
„Oil Transportation and Oil Terminals in the Northern Part of the Baltic Sea“, Peeter Vissak, Valdur Lahtvee, CCB Yearbook 2003
- 15  
Rytkönen, Jorma (2005): *On the Marine Oil Transportation and Terminal Development in the Gulf of Finland*. In: *Baltic Rim Economies*, bimonthly review No: 1/2005, Expert Article 13, Page 6: [http://www.tukkk.fi/pei/bre/expert\\_article13\\_12005.pdf](http://www.tukkk.fi/pei/bre/expert_article13_12005.pdf)
- 16  
OSTSEE exclusive, 08.18.2003: *Tanker-Katastrophen : Hintergründe und Konsequenzen* <http://www.ostseeexclusiv.de/sommer2003/kadetrinne.htm>
- 17  
Witte, Kristin: *Marea negra, Ein Bericht über die Havarie des Tankers „Prestige“ vor der nordspanischen Küste und die Wahrscheinlichkeit einer Ölpest in der Ostsee am Beispiel der Kadetrinne*: [http://vorort.bund.net/mv/texte/oel\\_pres.pdf](http://vorort.bund.net/mv/texte/oel_pres.pdf)
- 18  
Oil Transportation and Oil Terminals in the Northern Part of the Baltic Sea“, Peeter Vissak, Valdur Lahtvee, CCB Yearbook 2003
- 19  
RIA Novosti, 24.03.2006: „Gaseta“: *Ostpipeline könnte sich als sinnlos erweisen* <http://de.rian.ru/business/20060324/44765151.html>
- 20  
Vgl. *Greenpeace Russia, IFAW Russia, Moscow Zoo, Pacific Environment (USA), Phoenix Fund (Vladivostok, Russia), Professor Preobrazhensky (Institute of Geography, Russian Academy of Science, Russian Far Eastern Branch), Sea Protection Institute (Vladivostok, Russia), Tigris Foundation (Holland), WWF Russia (2005): Siberia-Pacific Oil Pipeline, Economic and Environmental Impact and Risks of an Oil Terminal in Southern Primorsky Krai*: <http://www.greenpeace.org/raw/content/russia/en/press/reports/siberia-pacific-oil-pipeline.pdf>
- 21  
*Amur Leopard Conservation Support Programme: Pipeline Campaign Victory! Oil terminal will not be built in the Amur leopard's range*, <http://www.amur-leopard.org/campaign.htm>
- 22  
Frankfurter Rundschau, 3.5.2006: *Florian Hassel: Baikalsee, Unerwartetes Machtwort*: [http://www.fr-aktuell.de/in\\_und\\_ausland/hintergrund/?sid=7c07f7e42f01fda7faaf7f85222c03fo&em\\_cnt=873497](http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/hintergrund/?sid=7c07f7e42f01fda7faaf7f85222c03fo&em_cnt=873497)
- 23  
*Greenpeace Russia verfasste darauf hin einen Brief an ehemalige Kreditgeber von Transneft, um sie für den Fall einer Kreditanfrage Transnefts auf die mit dem Projekt verbundenen Probleme hinzuweisen und sich als Gesprächspartner dazu anzubieten. Der Brief wurde an insgesamt 12 Banken verschickt, unter ihnen auch die deutschen Banken WestLB und LB Sachsen*. *Russia Newswire*, 28.02.06: *International Banks Cautioned on Loans for Siberian Oil Pipeline*: [http://www.russiannewswire.com/releases\\_headlines\\_details.php?id=1779](http://www.russiannewswire.com/releases_headlines_details.php?id=1779)
- 24  
*Russia Newswire*, 03.03.2006: *Greenpeace Condemns Russia's Environmental Review Process*: [http://www.russiannewswire.com/releases\\_headlines\\_details.php?id=1831](http://www.russiannewswire.com/releases_headlines_details.php?id=1831)
- 25  
*Russland-Aktuell*, 18.04.2006: *Stolpert Vize-Umweltminister über Baikalsee-Pipeline?* [http://www.aktuell.ru/russland/politik/stolpert\\_vize\\_umweltminister\\_ueber\\_baikal\\_pipeline\\_3095.html](http://www.aktuell.ru/russland/politik/stolpert_vize_umweltminister_ueber_baikal_pipeline_3095.html)
- 26  
*Der Brief der UNESCO an Präsident Putin kann herunter geladen werden unter*: <http://whc.unesco.org/uploads/news/documents/news-238-1.pdf>
- 27  
*Frankfurter Rundschau*, 3.5.2006: *Florian Hassel: Baikalsee, Unerwartetes Machtwort*: [http://www.fr-aktuell.de/in\\_und\\_ausland/hintergrund/?sid=7c07f7e42f01fda7faaf7f85222c03fo&em\\_cnt=873497](http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/hintergrund/?sid=7c07f7e42f01fda7faaf7f85222c03fo&em_cnt=873497)
- 28  
*RIA Novosti* 27.04.2006: „Iswestija“, „Kommersant“: *„Guter Zar“ Putin nahm Baikalsee in Schutz*, <http://de.rian.ru/russia/20060427/46968523.html>
- 29  
Teile des Textes basieren auf der Greenpeace Kampagne „Oil of ELF“, <http://www.oil-of-elf.de>  
*Greenpeace hatte im Februar 2002 bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafanzeige gegen TOTAL eingereicht. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, dass die dargestellten Umweltschäden in Russland unstrittig seien und auch der Ankauf des Öls durch TOTAL als Grund für die Verschmutzungen in Westsibirien gewertet werde. Mit der Begründung, dass ihr bei weitergehenden Ermittlungen in Russland keine Rechtshilfe gewährt würde, stellte die Berliner Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen TOTAL jedoch ein.*
- 30  
*Eingehende Informationen zur Lage der indigenen Völker in den Ölfördergebieten Westsibiriens und der Komi-Republik in: „Taiga im Tank. Russlands indigene Völker und das Erdöl.“ INFOE-Magazin 18. Bezug über INFOE e.V., Melchiorstr. 3, 50670 Köln*, <http://www.infoe.de/>
- 31  
*Nach der offiziellen Webseite des Autonomen Kreises der Chanten und Mansen* [http://www.admhmao.ru/english/economE/dob\\_neft.htm](http://www.admhmao.ru/english/economE/dob_neft.htm)
- 32  
*Webseite von TNK-BP zum Samotlor-Ölfeld*. <http://www.tnk-bp.com/operations/exploration-production/projects/samotlor/>
- 33  
*Webseite von TNK-BP*, <http://www.tnk-bp.com/operations/exploration-production/production/>

- 34  
IWACO 2001: Umwelt- und Sozialprofil der West-Sibirischen Ölindustrie, [http://www.greenpeace.de/GP\\_DOK\\_3P/HINTERGR/C12H138.pdf](http://www.greenpeace.de/GP_DOK_3P/HINTERGR/C12H138.pdf)
- 35  
WorldsBank (2000): Russian Federation- Energy and environment review. Washington.
- 36  
BP pollution in Russia: Respect's eye-witness report, 06.10.2005, <http://www.respectcoalition.org/index.php?ite=888>  
„What we saw was devastation - oil deposits up to a couple of hundred metres wide, some as much as a kilometre long. These were particularly prevalent alongside roads and near to small extraction yards which had anywhere from 2 to 15 working pumps, connected to larger storage facilities by a network of pipelines, where there were more incidences of leaks onto the ground. Most yards had at least a small spillage beside them and some had much larger deposits. ... There was one area that had been cleaned up and re-cultivated, ... but it was a tiny area compared to the untreated swathes of oil swamps there.“ (eigene Übersetzung)
- 37  
Quelle: GfbV, 16.09.2005: Der Wilde Osten. Das Land vieler indigener Völker wird rabiatisch erschlossen, <http://www.gfbv.it/3dossier/siberia/sibirien.html>
- 38  
Homepage des Khanty-Mansiysk Autonomous Okrug: Oil production over the regions of the Russian Federation in 2004, <http://www.admhmao.ru/english/statistE/subekt/neft.htm>
- 39  
Homepage von Gazprom Neft, Production: <http://www.gazprom-neft.ru/pages.php?lang=1&page=16>
- 40  
Rosneft, Production and development, Purneftegaz and Selkupneftegaz: <http://www.rosneft.com/english/upstream/purneftegaz.html>
- 41  
Lukoil (2005): Lukoil Annual Report 2004, S. 98 <http://www.lukoil.com/materials/doc/reports/annual/AR%202004%20ENG.pdf>
- 42  
Lukoil-Press-Release 20.07.2004: Lukoil starts Commercial Production at Kravtsovskoye (D-6) Field in the Baltic Sea, [www.lukoil.com/press](http://www.lukoil.com/press)
- 43  
„Know your client“ Präsentation von Linas Vainius und Alexandra Koroleva, April 2005
- 44  
„Lukoil-Threat to environment and democracy“ Ecodefense, 2003
- 45  
„Know your client“ Präsentation von Linas Vainius und Alexandra Koroleva, April 2005
- 46  
„Lukoil Company: Imitation of a good image“, Alexandra Koroleva, Vladimir Sliviyak, Elena Gorbacheva in: Coalition Clean Baltic Yearbook 2003
- 47  
ebd.
- 48  
Mündliche Mitteilung Alexandra Koroleva, April 2005
- 49  
„Lukoil Company: Imitation of a good image“, Alexandra Koroleva, Vladimir Sliviyak, Elena Gorbacheva in: Coalition Clean Baltic Yearbook 2003
- 50  
„Know your client“ Präsentation von Linas Vainius und Alexandra Koroleva, April 2005
- 51  
Die Helsinki-Konvention wurde 1974 von den damaligen sieben Ostseestaaten vereinbart. Sie wurde 1992 überarbeitet und fordert die nun 10 Vertragsparteien (Dänemark, Deutschland, EU, Estland, Finland, Lettland, Litauen, Polen, Russland, Schweden) auf, individuell und gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um natürliche Lebensräume, Naturprozesse und die biologische Vielfalt des Ökosystems Ostsee einschließlich der Küstenzonen zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln. Zur Durchsetzung der gemeinsamen Schutzziele wurde die Helsinki-Kommission (HELCOM) ins Leben gerufen. Vgl. die HELCOM Homepage unter <http://www.helcom.fi/>
- 52  
Die Espoo-Konvention zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist ein Instrument der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) zur Beteiligung betroffener Staaten und deren Öffentlichkeit an UVP-Verfahren in anderen Staaten für Vorhaben, die erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben können. Die Espoo-Konvention ist seit 10. September 1997 in Kraft. Vgl. die Espoo Homepage unter <http://www.unece.org/env/eia/welcome.html>
- 53  
Lukoil Company: Imitation of a good image“, Alexandra Koroleva, Vladimir Sliviyak, Elena Gorbacheva in: Coalition Clean Baltic Yearbook 2003
- 54  
„Analysis of natural and technogenic factors aggravating the impacts of emergency oil spills at D6 oil field and being a threat of oil pollution to the Curonian Spit coast“, Alexandra Koroleva, Andrey Ivanov, Kaliningrad 2003

55  
Nähere Informationen zur Coalition Clean Baltic (CCB) im Internet unter <http://www.ccb.se/>

56  
Solovyanov, Mike: *Baltic Leaders Blast Russia Over Drilling*. In: *The St. Petersburg Times* vom 26.03.2004. Abrufbar unter: [www.sptimesrus-sia.com](http://www.sptimesrus-sia.com)

57  
UNESCO, 1.2.2005: „Agreement between Lithuania and the Russian Federation keeps Curonian Spit off List of World Heritage in Danger“; Abrufbar unter [www.whc.unesco.org](http://www.whc.unesco.org)

58  
*Euroweek*, London vom 12.11.2003: *Russia Loans*; *Euroweek*, London vom 21.11.2003: *Russia Loans*. Erhältlich unter [www.euroweek.com](http://www.euroweek.com)

59  
„Lukoil obtains a US \$ 750 million syndicated financing facility“  
Presseerklärung Lukoil, 27.10.2003

60  
Das Konsortium Sakhalin Energy Investment Company (SEIC) besteht aus Royal Dutch Shell 55% und den japanischen Ölkonzernen Mitsui 25% und Mitsubishi 20%.

61  
„Impacts of Sakhalin II Phase II on the Western North Pacific Gray Whales and Related Biodiversity“ Bericht des Independent Scientific Review Panel, Zitat eigene Übersetzung; [www.iucn.org/themes/business](http://www.iucn.org/themes/business)

62  
„Trouble in the Pipeline“, Nick Mathiason, *The Observer*, 20.3.2005

63  
Joint letter to the president of EBRD requesting the board not to finance the Sakhalin II project, 11.10.2005, [www.bankwatch.org/project.shtml?apc=147580-166066---1&d=c](http://www.bankwatch.org/project.shtml?apc=147580-166066---1&d=c)

64  
„The Sakhalin II PSA – a Production ‚Non-Sharing‘ Agreement“, Dr. Ian Rutledge, November 2004

65  
„State May Squeeze Sakhalin Majors“, Stephen Boykewich, *Moscow Times*, 26.5.2006, <http://www.themoscowtimes.com/stories/2006/05/26/002.html>

## Kapitel 5

1  
Center for Russian Environmental Policy, Greenpeace Russia, International Socio-Ecological Union, World Wide Fund for Nature (WWF) Russia (2005): *Environmental Standards for Operations of Oil and Gas Companies*, <http://www.wwf.ru/pic/docdb//publ/serihblokgr-eng.pdf>

2  
Es handelt sich um Flächen von der Größe Westeuropas, wo die Reinigung unter den sehr wenig produktiven und nährstoffarmen Bedingungen der Tundra stattfinden müsste,

3  
Deutschland deckt 34 Prozent seines Rohölbedarfs aus Russland und ist mit einem Anteil von über 15 Prozent am russischen Ölexport größter Importeur.

4  
Europäische Kommission, Mai 2006: *The EU's relations with Russia*, [http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/russia/intro/index.htm](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/russia/intro/index.htm)

5  
Rat der Europäischen Union, Juni 2006: *Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich*, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/sto9971.de06.pdf>

6  
„EU-Kommission umgarnt Russland“, *Süddeutsche Zeitung* 3./4./5. Juni 2006

7  
Center for Russian Environmental Policy, Greenpeace Russia, International Socio-Ecological Union, World Wide Fund for Nature (WWF) Russia (2005): *Environmental Standards for Operations of Oil and Gas Companies*, <http://www.wwf.ru/pic/docdb//publ/serihblokgr-eng.pdf>

8  
Homepage von Publish What You Pay unter <http://www.publishwhatyoupay.org/deutsch/index.shtml>

9  
Bundestagsfraktion der Grünen, 14.01.2005: *Wörlitzer Erklärung „Weg vom Öl. Auf dem Weg ins postfossile Zeitalter“*, <http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/79/79646.pdf> und 06.09.2005: *10-Punkte-Sofortprogramm: Weg vom Öl – Rein in die neuen Energien*, <http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/85/85333.pdf>

10  
„Sweden plans to be the world's first oil-free economy“, *The Guardian*, 8.2.2006 <http://www.guardian.co.uk/oil/story/0,,1704954>



## Anwalt für Umwelt und Menschenrechte

Wir suchen die Ursachen globaler Armut und Umweltzerstörung und finden sie auch in der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir recherchieren in mühevoller Kleinarbeit, wie deutsche Banken und Firmen zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen in Ländern des „globalen Südens“ beitragen. urgewald nennt Namen und fordert von Entscheidungsträgern in der Praxis nachhaltiges Handeln ein. Wir treten ein für verbindliche

Umwelt- und Sozialstandards in der deutschen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, um globale Entwicklungen zugunsten von Mensch und Natur zu beeinflussen.

Seit Jahren arbeiten wir dabei eng mit Betroffenen zusammen. Dadurch ist urgewald eine wichtige Anlaufstelle geworden für kanadische Indianer, die gegen Kahlschläge großer Holzfirmen auf ihrem Land kämpfen, für indische

### Recherche



#### Fakten:

Wir recherchieren Daten, Fakten und Hintergründe: im Internet, bei Ministerien, Banken und anderen Institutionen, und manchmal auch direkt vor Ort. Informationen „aus erster Hand“ bekommen wir direkt von unseren Partnerorganisationen in vielen Ländern der Erde. **Wir sprechen gerne mit den Betroffenen selbst, um uns ein komplettes Bild über die Risiken und Chancen eines Großprojektes zu verschaffen.** Denn unsere Erfahrung zeigt, dass man sich auf die Angaben der Projektbetreiber häufig nicht verlassen kann.

### Anwaltschaft



#### Konkrete Hilfe:

Häufig sind wir die erste Anlaufstelle für Menschen, die in ihrer Heimat durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bedroht sind. **Deshalb verstehen wir uns als „Anwalt für Umwelt und Menschenrechte“.** urgewald lädt Betroffene, die unter den Auswirkungen deutscher Politik oder deutscher Finanzierung leiden, nach Deutschland ein. Wir besuchen mit ihnen die „Verursacher“ ihrer Probleme: Bundestagsabgeordnete, Verantwortliche in den Ministerien, die über die Unterstützung für einen zerstörerischen Großstaudamm entscheiden, oder die Umwelta Abteilung der Deutschen Bank, die durch ihre Kredite Kahlschläge von Regenwaldgebieten finanziert. Wir unterstützen unsere Gäste durch die Vorbereitung, Koordination und Begleitung solcher Lobbyreisen und sorgen für deutschlandweite Pressearbeit.

### Lobbying/Konfrontation/Kampagne



#### Politik und Finanzwelt beeinflussen:

Für unseren Rohstoffhunger wird fruchtbares Ackerland in monotone Holzplantagen umgewandelt oder werden Naturschutzgebiete durch den Bau von Ölpipelines gefährdet. Den Interessen und Bedürfnissen der Menschen in den Rohstoffländern läuft dies oft zuwider. Da Nachfrage und Finanzierung aus Deutschland kommt, lautet unsere Hauptforderung an Politik und Banken: **Kein deutsches Geld für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen!**

urgewald streitet für verbindliche Umwelt- und Sozialstandards in der Politik und bei öffentlichen und privaten Banken.

## Ihr Engagement ist wichtig!

Ihre Spende oder Ihr regelmäßiger Förderbeitrag hilft uns für betroffene Menschen und gegen Umweltzerstörung einzutreten.

**Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld - Bitte unterstützen Sie urgewald!**

Nutzen Sie den beiliegenden Überweisungsträger für Ihre Spende oder überweisen Sie direkt auf unser Konto:

Volksbank Sassenberg  
Konto 64 339 900  
BLZ 412 625 01

Möchten Sie **urgewald** regelmäßig als Förderer unterstützen?

Bitte füllen Sie dazu die beiliegende Unterstützungs-Erklärung aus und senden oder faxen Sie sie an unsere Adresse zurück.

Für Ihre Rückfragen, Wünsche und Anregungen steht Ihnen bei urgewald Andrea Soth gerne zur Verfügung! Sie erreichen sie unter **02583/91899-30** oder per Email unter **andrea@urgewald.de**

**urgewald e.V.** ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Ihre Spenden an uns sind steuerabzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung senden wir Ihnen automatisch am Jahresanfang - für Spenden des zurückliegenden Jahres - zu.

**Danke!**

Kleinbauern, die sich gegen ihre Vertreibung für große Staudämme wehren oder für russische Umweltschützer, die einmalige Ökosysteme gegen die Interessen von Ölfirmen und Banken verteidigen müssen. Wir sorgen dafür, dass ihre Stimmen in Deutschland gehört werden. In Lobbygesprächen mit Entscheidungsträger/innen, auf Aktionärsversammlungen oder in Form öffentlichkeitswirksamer Aktionen.

### Verbraucherkampagnen



#### Informieren, begeistern, und weitersagen:

Unsere Verbraucher-Kampagnen fordern auf, aktiv zu werden. Wir setzen auf die Multiplikatorwirkung von begeisterten Menschen. Darauf sind Projekte wie die Papierwende und die Initiative 2000 plus ausgerichtet. Mit Erfolg: über 1.700 Schulklassen haben sich schon an der Gemeinschaftsaktion „Wir setzen Zeichen – Schulen pro Recyclingpapier“ beteiligt und machen sich für den Einsatz von Recyclingpapier stark. Die Internetseite der Initiative 2000 plus informiert über bundesweite Aktivitäten:

**[www.treffpunkt-recyclingpapier.de](http://www.treffpunkt-recyclingpapier.de)**

Weitere Informationen zu unseren Verbraucherkampagnen:

**[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de),**

**[www.papierwende.de](http://www.papierwende.de)**

### Kooperation/Vernetzung



**Zusammenarbeit macht stark: urgewald-Kampagnen sind selten „Alleingänge“, denn Kooperationen und Bündnisse stärken die Wirksamkeit und erhöhen den Erfolg der gemeinsamen Arbeit.** Deshalb arbeiten wir in nationalen und internationalen Netzwerken wie der Initiative 2000 plus, dem Taiga Rescue Network oder BankTrack mit und wir initiieren Bündnisse wie z.B. die Kampagne zur Hermesreform. Außerdem kooperieren wir mit kirchlichen Organisationen und vielen Umweltverbänden, z.B. mit Misereor, Robin Wood, Greenpeace, International Rivers Network, Friends of the Earth, dem deutschen BUND und vielen anderen.



**Herausgeber:**

**urgewald e.V.**  
Hauptgeschäftsstelle  
Von Galen Str. 4  
48336 Sassenberg  
025 83/1031  
[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)

**urgewald e.V.**  
Büro Berlin  
Im Grünen Haus  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin  
030/44 3391-68  
030/44 3391-69

**Autor:** Kai Schäfer mit Texten von Regine Richter und Karsten Smid

**Gestaltung:** punkt orange, Sabine Benz, Köln, [www.punktorange.de](http://www.punktorange.de)

**Druck:** Darpe Industriedruck GmbH & Co KG, Warendorf

**Hinweis:** Diese Studie wurde gedruckt auf der Papiersorte „Cyclus Print“ aus 100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel

Juli 2006